

Zeitschrift für angewandte Chemie.

XVIII. Jahrgang.

Heft 36.

8. September 1905.

Alleinige Annahme von Inseraten bei den Annoncenexpeditionen von August Scherl G. m. b. H., und Daube & Co., G. m. b. H., Berlin SW. 12, Zimmerstr. 37—41

sowie in deren Filialen: **Breslau**, Schweidnitzerstr. Ecke Karlstr. 1. **Dresden**, Seestr. 1. **Elberfeld**, Herzogstraße 38. **Frankfurt a. M.**, Kaiserstr. 10. **Hamburg**, Alter Wall 76. **Hannover**, Georgstr. 39. **Kassel**, Obere Königstr. 27. **Köln a. Rh.**, Hohestr. 145. **Leipzig**, Petersstr. 19, I. **Magdeburg**, Breiteweg 184, I. **München**, Kaufingerstraße 25 (Domfreiheit). **Nürnberg**, Kaiserstraße Ecke Fleischbrücke. **Stuttgart**, Königstr. 11, I. **Wien I**, Graben 28.

Der Insertionspreis beträgt pro mm Höhe bei 45 mm Breite (3 gespalten) 15 Pfennige, auf den beiden äußeren Umschlagseiten 20 Pfennige. Bei Wiederholungen tritt entsprechender Rabatt ein. Beilagen werden pro 1000 Stück mit 8.—M für 5 Gramm Gewicht berechnet; für schwere Beilagen tritt besondere Vereinbarung ein.

INHALT:

Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Bremen am 14.—18. Juni 1905 (Vorstandssitzung) 1409.

Referate:

Pharmazeutische Chemie 1451; — Patentwesen 1454; — Metallurgie und Hüttenfach. Metallbearbeitung 1458.

Wirtschaftlich-gewerblicher Teil:

Tagesgeschichtliche und Handelsrundschau: Neu-York, Die Zeigler Kohlengrubenexplosion; — Die Ahornzucker-industrie in den Vereinigten Staaten 1466; — Handelsnotizen 1467; — Personalnotizen; — Neue Bücher 1468; — Büchersprechungen 1469; — Patentlisten 1470.

Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Bremen am 14.—18. Juni 1905.

1. Sitzung des Gesamtvorstandes
am Mittwoch, den 14. Juni in Hillmanns Hotel zu Bremen, Nachmittags
2 Uhr.

Anwesend vom Vorstande:
Medizinalrat Dr. E. A. Merck, Vorsitzender,
Direktor Prof. Dr. C. Duisberg, stellvertr.
Vorsitzender,
Geh. Hofrat Prof. Dr. E. Beckmann } Beisitzer,
Direktor Dr. H. Krey, }
Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. M. Delbrück hatte
sein Ausbleiben entschuldigt.

Als Abgeordnete der Bezirksvereine:
Dr. P. Redenz für den Bezirksverein Aachen,
Dr. A. Wermund für den Bezirksverein
Belgien,
Dr. H. Kast für den Bezirksverein Berlin,
Apotheker O. Wentzki für den Bezirksverein
Frankfurt,
Prof. Dr. M. Dennstedt für den Bezirksverein
Hamburg,
Dr. R. Hase für den Bezirksverein Hannover,
Geheimer Reg.-Rat Dr. A. Lehne für den
Märkischen Bezirksverein,
Prof. Dr. H. Stockmeier für den Bezirks-
verein Mittelfranken,
Dr. R. Woy für den Bezirksverein Mittel-
und Niederschlesien,
Dr. H. Schweitzer und Dr. G. Plath für
den Bezirksverein Neu-York,
Hofrat Dr. H. Caro für den Bezirksverein
Oberrhein,

Direktor Fr. Russig für den Bezirksverein
Oberschlesien,
Direktor J. Creutz für den Bezirksverein
Pommern,
Direktor Dr. G. Schmidt für den Bezirks-
verein Rheinland,
Dr. Karl Goldschmidt und Dr. E. Wirth
für den Bezirksverein Rheinland-West-
falen,
V. Meurer für den Bezirksverein an der Saar,
Prof. Direktor H. Precht für den Bezirks-
verein Sachsen-Anhalt,
Dr. F. Wilhelm für den Bezirksverein
Sachsen-Thüringen,
Dr. A. Bujard für den Bezirksverein
Württemberg,

An den Verhandlungen nahmen weiter teil:
Der Geschäftsführer Direktor Fritz Lüty, und
der Redakteur der Vereinszeitschrift Prof.
Dr. Rassow.

Ferner Herr Dr. Gustav Keppeler aus
Darmstadt.

Den Vorsitz führt Herr Medizinalrat
Dr. E. A. Merck. Er öffnet die Sitzung um
2 $\frac{1}{4}$ Uhr und heisst die anwesenden Mitglieder
des Vorstandsrates im Namen des Vorstandes
herzlichst willkommen.

Sodann stellt der Vorsitzende fest, daß die
Einladung zu der Versammlung und die Tages-
ordnung derselben an die Vertreter der Be-
zirksvereine und deren Stellvertreter recht-
zeitig versendet worden ist.

Die Feststellung der Stimmenzahl ergibt, daß von den anwesenden Abgeordneten der Bezirksvereine stimmberechtigt sind:

mit je 3 Stimmen: Herr Dr. Kast (Berlin), Herr Geh. Reg.-Rat Dr. Lehne (Märkischer B.-V.), Herr Hofrat Dr. H. Caro (Oberrhein), Herr Dr. Wilhelm (Sachsen-Thüringen), Herr Dir. Dr. G. Schmidt (Rheinland), Herr Prof. Dr. H. Precht (Sachsen-Anhalt);

mit je 2 Stimmen:

Herr O. Wentzki (Frankfurt), Herr Prof. Dr. Dennstedt (Hamburg), Herr Dr. R. Hase (Hannover), Herr Dr. Plath New-York), Herr Dir. Russig (Oberschlesien), Herr Dr. Karl Goldschmidt (Rheinland-Westfalen).

Die übrigen stimmberechtigten Mitglieder der nicht über 100 Mitglieder zählenden Bezirksvereine die Herren: Dr. P. Redenz (Aachen), Dr. A. Wermund (Belgien), Prof. Dr. Stockmeier (Mittelfranken), Dr. R. Woy (Mittel- und Niederschlesien), Dir. J. Creutz (Pommern), V. Meurer (Saar), Dr. A. Bujard (Württemberg) geben bei Abstimmungen und Wahlen je 1 Stimme ab.

Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, stellt der Vorsitzende Herrn Dr. Gustav Keppeler vor, welcher mit dem 1. Juli die Geschäftsführung im Verein übernehmen soll.

Der Vorsitzende teilt ferner mit, daß von seiten des Vorstandes ein Dringlichkeitsantrag vorliegt und bittet Herrn Prof. Dr. Duisberg die Dringlichkeit des Antrages zu begründen.

Direktor Prof. Dr. C. Duisberg: Es wird Ihnen, meine Herren, nicht unbekannt sein, daß im März d. Js. im Reichstage über eine Denkschrift der Patentanwälte, betreffend Mißstände im Patentwesen, verhandelt worden ist. Ich verweise auf den diesbezüglichen stenographischen Bericht. Wenn es auch nicht offen ausgesprochen wurde, so konnte man doch zwischen den Zeilen lesen, daß den Patentanwälten die Basis unseres Patentwesens in Deutschland, das Vorprüfungsverfahren, nicht recht paßt. Um nun rechtzeitig Vorsorge zu treffen, sind wir im Vorstand der Meinung, daß die chemische Industrie möglichst bald zu derartigen Bemühungen Stellung nimmt. Wir haben nur einmal im Jahr und zwar bei unserer Hauptversammlung, Gelegenheit hierzu. Wollten wir bis zum nächsten Jahre warten, so könnte es zu spät sein. Deshalb habe ich mir gestattet, einen diesbezüglichen Dringlichkeitsantrag zu stellen, damit dem Vorstandsrat und unseren Mitgliedern heute und morgen Gelegenheit geboten wird, die Meinung der chemischen Industrie über das Vorgehen der Patentanwälte zum Ausdruck zu bringen. Ich bitte Sie deshalb die Dringlichkeit des Antrages zu genehmigen.

Vorsitzender: Wünscht jemand zu dem Antrage das Wort? — Das geschieht nicht. Dann

bitte ich die Herren, die nicht für die Dringlichkeit des Antrages eintreten wollen, sich zu erheben. — Es erhebt sich niemand; die Dringlichkeit des Vorstandsantrages ist einstimmig genehmigt.

Es wird nunmehr in die Tagesordnung eingetreten.

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.

Der Geschäftsbericht ist den Mitgliedern des Vorstandsrates gedruckt zugesandt worden; es wird daher auf die Verlesung desselben verzichtet.

Der Geschäftsbericht hat den folgenden Wortlaut:

Mitgliedernachrichten.

Der Verein deutscher Chemiker hat seine günstige Entwicklung auch im Jahre 1904 fortgesetzt.

Die Gesamtzahl der Mitglieder betrug am 31. Dezember 1903 2907

Neugemeldet wurden vom 1. Januar bis 31. Dezember 1904 402
zusammen 3309

Ausgeschieden sind:

a) Gestorben vom 1./1. bis 31./12.	
1904	35
b) Ausgetreten	156 191

Daher Mitgliederbestand am

31. Dezember 1904 3118

Vom 1. Januar 1905 bis zum 31. Mai sind an neuen Mitgliedern gemeldet und aufgenommen worden 161, während 8 verstorben und 61 ausgeschieden sind. Der Verein zählte daher Ende Mai d. J. 3210 Mitglieder, gegen 3009 Mitglieder am 1. Mai 1904.

Ein erfreuliches Bild der Entwicklung des Vereins seit dem 1. Januar 1888 wird durch die nachfolgende Tabelle gegeben:

Mitgliederbestand am 1./1.	Neugemeldet i. J. 1. Jahr	Ausgetreten	Gestorben	Reiner Zuwachs	Zahl der Bev.
1888	238	—	—	—	—
1889	237	—	—	—	237 4
1890	429	—	—	—	192 5
1891	568	—	—	—	139 6
1892	703	—	—	—	135 7
1893	796	—	—	—	93 8
1894	860	—	—	—	64 9
1895 ¹⁾	1120	—	—	—	260 9
1896	1129	—	—	—	162 10
1897	1291	—	—	—	102 10
1898	1393	467	65	14	388 12
1899	1781	388	16	16	315 15
1900	2096	430	105	15	310 18
1901	2406	341	143	17	181 19
1902 ²⁾	2587	379	187	23	169 19
1903	2756	357	187	19	151 19
1904	2907	402	156	35	211 19
1905	3118	—	—	—	—

¹⁾ Am 1./7. 1894 hatte der Verein die Mitgliederzahl von 1000 erreicht.

²⁾ Am 31./5. 1901 wurde bei der Hauptversammlung in Dresden das 2500ste Mitglied aufgenommen.

Die Zahl der Bezirksvereine ist im Geschäftsjahr 1904 unverändert geblieben, doch ist die Zahl der Mitglieder, welche den Bezirksvereinen angehört, bedeutend gestiegen.

Die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Bezirksvereine gibt die folgende Aufstellung vom 30. April 1905:

	1905	1904	1903	1902	1901	1900	1899
Aachen . . .	39	42	41	39	40	42	45
Belgien . . .	82	69	69	66	62	57	45
Berlin . . .	265	305	369	409	466	450	466
Frankfurt . . .	163	148	148	141	141	135	120
Hamburg . . .	101	99	91	87	71	76	70
Hannover . . .	124	120	122	120	109	110	107
Märkischer . . .	220	190	151	95	—	—	—
Mittelfranken . . .	71	73	65	58	43	42	—
Mitt.-Niederschl. . .	63	65	66	68	73	69	—
Neuyork . . .	162	144	116	98	75	34	—
Oberrhein . . .	253	249	191	167	149	133	104
Oberschlesien . . .	117	125	131	127	136	136	142
Pommern . . .	35	34	37	43	43	38	—
Rheinland . . .	247	235	233	210	207	180	160
Rheinl.-Westf. . .	155	149	146	135	119	114	90
Saar . . .	29	30	22	22	22	20	22
Sachsen - Anhalt	249	206	220	217	206	199	191
Sachs.-Thüring. . .	206	161	144	155	149	135	104
Württemberg . . .	61	63	60	63	68	70	65
	2644	2507	2422	2330	2180	2040	1721

oder in Prozenten der Gesamtzahl der Mitglieder:
83,03, 83,02, 85,73, 87,28, 88,08, 88,40, 87,50.

Der Prozentsatz der Zahl der Mitglieder, welche Bezirksvereinen angehören, hat im letzten Jahre eine Veränderung also nicht erfahren.

Die meisten Bezirksvereine zeigen eine befriedigende Weiterentwicklung. Die scheinbare Abnahme der Mitgliederzahl einiger Bezirksvereine ist zum Teil auf die Steigerung der Zahl der außerordentlichen Mitglieder zurückzuführen.

Die nachstehende Tabelle zeigt, in welcher Weise sich die Zahl der außerordentlichen Mitglieder bei den einzelnen Bezirksvereinen entwickelt hat.

	1904	1903	1902	1901	1900
Aachen	7	12	9	7	10
Berlin	28	—	—	—	—
Frankfurt	22	23	20	20	26
Hannover	66	62	48	42	42
Mittelfranken	4	4	4	1	1
Mittel-Niederschlesien	40	45	37	24	17
Oberschlesien	45	36	30	21	6
Rheinland	25	34	39	33	31
Rheinland - Westfalen	13	15	6	7	5
Saar	1	—	—	—	—
Württemberg	43	40	37	46	40
	294	271	230	201	178

Es waren daher den Bezirksvereinen im Jahre 1904 noch 294 außerordentliche Mitglieder angegliedert. Die Bezirksvereine Berlin, Pommern und an der Saar haben im abgelaufenen Geschäftsjahr die Institution der außerordentlichen Mitglieder neu eingeführt.

Unter Berücksichtigung der außerordent-

lichen Mitglieder sind daher im Mai 1905 im Verein deutscher Chemiker 3504 Chemiker, Institute und Firmen der chemischen Industrie vereinigt, gegen 3296 im Jahre 1904 und 3080 zur gleichen Zeit des Jahres 1903.

Berichte der Bezirksvereine.

Die Jahresberichte der Bezirksvereine geben ein günstiges Bild des regen Lebens in den einzelnen Vereinen, wie die folgenden Angaben aus diesen Berichten zeigen:

Bezirksverein Aachen. Das Vereinsleben im Jahre 1904 spielte sich ungefähr in demselben Rahmen ab, wie in den Vorjahren. Der Verein hat vier Sitzungen abgehalten, von denen namentlich die Versammlungen am 23. und 24. April 1904 hervzuheben sind, an welchen Tagen der Rheinische und Rheinisch-Westfälische Bezirksverein als Gäste in Aachen weilten. Die Besichtigungen der Anlagen der Aktiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg, der höheren Fachschule für Textilindustrie und des Institutes für Metallhüttenwesen und Elektrometallurgie gaben den Teilnehmern reichliche Gelegenheit, technische und wissenschaftliche Fragen zu studieren und zu erörtern.

In den Sitzungen wurden größere Vorträge nicht gehalten, dagegen wurden in Form von Referaten die verschiedensten Gebiete der chemischen Wissenschaft in ihren Neuerrscheinungen behandelt, besonders auch die Organisationsfragen unter reger Teilnahme besprochen.

Bezirksverein Belgien. Das Geschäftsjahr 1904 zeichnete sich nicht durch besondere Ereignisse aus. Das geschäftliche Leben ging wie in den vorhergehenden Jahren ruhig seinen Gang, die geselligen und kollegialischen Beziehungen wurden nicht nur in den offiziellen Versammlungen, sondern auch an den Lokalabenden und bei den gelegentlichen Zusammenkünften kräftig gepflegt. Dennoch klagt der Verein über nicht hinreichenden Besuch der Vereinsversammlungen. Die Hoffnung, daß in absehbarer Zeit auch andere bedeutende Städte Belgiens als Versammlungsorte von Ortsgruppen in Frage kommen würden, hat sich bislang nicht erfüllen lassen. Vielleicht bietet die Ausstellung in Lüttich den dortigen Fachgenossen Gelegenheit, der Frage der Organisation einer Ortsgruppe näher zu treten.

Der Verein hat die Aufnahme von außerordentlichen Mitgliedern abgelehnt. Dagegen wurde die Kategorie der korrespondierenden Mitglieder geschaffen, die pekuniär nichts zu leisten haben, aber wunschgemäß als Mitglieder des Bezirksvereins geführt werden,

alle Veröffentlichungen des Bezirksvereins erhalten, jedoch nur in interne Angelegenheiten eine beratende Stimme haben.

Vorträge wurden nicht gehalten, dagegen durch ausführliche Referate eine Anzahl von interessanten Themen behandelt.

Die Bezirksvereinsmitteilungen sollen möglichst ausgebaut und erweitert werden.

Bezirksverein Berlin. Der Bezirksverein Berlin hielt 13 Vereinssitzungen ab, in welchen 11 Vorträge gehalten wurden, auch fand eine technische Exkursion statt. Den Mitgliedern war Gelegenheit geboten, an sechs besonderen geselligen Abenden in nähere Beziehungen zueinander zu treten.

Geschäftlich wurde der Verein von der Begründung des Bezirksvereinsblattes stark in Anspruch genommen, dessen Gründung nach vielfachen Verhandlungen in der Februar-sitzung einstimmig beschlossen wurde. Es erschienen Nr. 1 am 6. September und Nr. 2 am 27. Dezember 1904. Die Vermögenslage des Vereins ist sehr günstig.

Bezirksverein Frankfurt. Die Entwicklung des Frankfurter Bezirksvereins im letzten Vereinsjahr muß wiederum als eine befriedigende bezeichnet werden, besonders da die Besuchsziffern der Versammlungen eine erfreuliche Steigerung aufwiesen.

Im Laufe des Jahres wurden drei Vorstandssitzungen und neun Monatsversammlungen abgehalten, unter welchen sich zwei Wanderversammlungen befanden. Die erste der Wanderversammlungen fand gemeinschaftlich mit der Ortsgruppe Frankfurt der deutschen Bunsengesellschaft und der Frankfurter chemischen Gesellschaft in Aschaffenburg im Frühjahr statt, während die zweite Wanderversammlung den Verein mit denselben Gesellschaften im Herbst nach Wetzlar führte. In den Versammlungen selbst wurden sieben Vorträge gehalten.

Außer an den offiziellen Versammlungen nahmen die Mitglieder des Bezirksvereins zahlreich an den Veranstaltungen befreundeter Vereine teil, so daß sich ein reger Verkehr entwickelte.

Der Bezirksverein vertrat den Hauptverein bei den Hauptversammlungen des Vereins deutscher Ingenieure und des Verbandes selbstständiger öffentlicher Chemiker, die beide in Frankfurt stattfanden. Ebenso war der Verein vertreten bei der Einweihung des Denkmals für Remigius Fresenius, welche im September in Wiesbaden stattfand.

Bezirksverein Hamburg. Mit dem Schluß des Jahres 1904 hat der Hamburger Bezirksverein zum erstenmal eine Mitgliederzahl, welche 100 überschreitet, erreicht.

Der Vorstand hielt vier Sitzungen zur Vorbereitung der in den geschäftlichen Sitzungen vorzulegenden Verhandlungsgegenstände ab. Geschäftliche Sitzungen des Bezirksvereins fanden sechs statt. Die wissenschaftlichen Sitzungen, ebenfalls sechs an der Zahl, fanden wie bisher gemeinschaftlich mit dem Chemikerverein in Hamburg unter wechselndem Vorsitz im großen Hörsaal des Staatslaboratoriums statt. Sieben Vorträge gaben den Mitgliedern reichliche Anregung.

Der in Gemeinschaft mit anderen wissenschaftlichen Verbänden herausgegebene Katalog der chemischen Werke in Hamburger Bibliotheken wurde fertiggestellt und ist nunmehr im Buchhandel zu beziehen.

Bezirksverein Hannover. Das 15. Vereinsjahr hat einen recht befriedigenden Verlauf genommen. Der Vorstand mußte zu mehreren Sitzungen zusammentreten, um Anträge vorzuberaten, die teils wichtig für den Verein, teils von Interesse für den neu gründeten Verband der wissenschaftlichen Vereine Hannovers waren.

Mit dem 1. Januar 1904 ist der Verband der technisch-wissenschaftlichen Vereine in Hannover in Tätigkeit getreten, in welchem der Hannoversche Bezirksverein deutscher Ingenieure, der Hannoversche Bezirksverein deutscher Chemiker und der Hannoversche Elektro-Technikerverein zur gemeinsamen Behandlung allgemein interessierender Fragen zusammengetreten sind. Monatlich fanden zwei Verbandssitzungen statt und ist zu hoffen, daß die Entwicklung dieser Vereinsform eine günstige sein wird. Der Bezirksverein verschweigt jedoch nicht, daß durch die Verbandssitzungen das eigene Vereinsleben und der engere Verkehr der Mitglieder des Bezirksvereins untereinander nicht besonders gefördert worden ist.

Außer den Verbandsabenden hielt der Bezirksverein noch sechs gut besuchte Sondervereinssitzungen ab, an welchen fünf größere Vorträge gehalten wurden. Außerdem nahm der Verein noch an zwei größeren Besichtigungen teil, veranstaltete einen Ausflug mit Damen nach Hameln und beging das Stiftungsfest gegen Ende Februar in hergebrachter festlicher Weise.

Märkischer Bezirksverein. Das dritte Vereinsjahr war ein äußerst günstiges für den Verein und gibt ein erfreuliches Zeichen dafür ab, daß die bei der Gründung gesteckten Ziele erreicht worden sind. Die Sitzungen sind stets gut besucht, und ist auch der kollegialische Verkehr der Mitglieder untereinander in erfreulicher Weise stets als lebhaft zu bezeichnen.

Vor den Sitzungen fanden meist Vorstandssitzungen statt. Sieben größere Vorträge wurden gehalten, auch mehrere Besichtigungen vorgenommen. Der Pommersche Bezirksverein war im Oktober als Gast des Vereins in Berlin anwesend und darf mit Befriedigung konstatiert werden, daß durch diese Zusammenkunft eine wesentliche Hebung des Vereinslebens und der Beziehungen der Mitglieder untereinander stattgefunden hat. Der Verein stellte zum ersten Male selbständige Anträge bei der Hauptversammlung des Vereins in Mannheim.

Bezirksverein Mittelfranken. Das fünfte Geschäftsjahr des Vereins verlief in zufriedenstellender Weise. Es wurden wieder vier Wanderversammlungen abgehalten, welche vier größere Vorträge brachten. Die technische Kommission des Vereins hielt eine Sitzung ab. Der Vorstand beschäftigte sich schon lebhaft mit den Vorbereitungen für die Hauptversammlung 1906 in Nürnberg.

Bezirksverein für Mittel- und Niederschlesien. Der Bezirksverein hielt neun ordentliche Sitzungen ab, an welchen dreizehn größere Vorträge gehalten wurden. Außerdem fanden zahlreiche Demonstrationen von neuen chemischen Präparaten, Apparaten und dergleichen mehr, sowie lebhafte Diskussionen statt.

Bezirksverein New York. Das vergessene Vereinsjahr war für den Bezirksverein ein sehr ereignisreiches und steht in bezug auf das Emporblühen des Vereins nicht hinter den Vorjahren zurück, indem die Zunahme der Mitgliederzahl einen bedeutenden Aufschwung erkennen läßt. Dieser Zuwachs ist um so bemerkenswerter, als bei der Aufnahme neuer Mitglieder die Persönlichkeit des Kandidaten und seine gesellschaftliche Stellung eine große Rolle spielen.

Im Laufe des Vereinsjahres fanden zahlreiche Zusammenkünfte des Vorstandes statt, die zumeist der Beteiligung an der Jahresversammlung der Society of Chemical Industry gewidmet waren, die zum ersten Male jenseits des Ozeans ihre Versammlung abhielt.

Von Seiten des Vorstandes wurde ein Stellennachweisbüro errichtet, welches schon mehrfach fördernd wirken konnte.

Die monatlichen Vereinssitzungen wurden nach altem Brauch in Gemeinschaft mit der New Yorker Sektion der Society of Chemical Industry abgehalten und boten in den acht Sitzungen 26 Vorträge.

Veranlaßt durch die Weltausstellung in St. Louis hatte der Bezirksverein das Vergnügen, eine große Anzahl von Mitgliedern des Hauptvereins bei sich zu Gast zu sehen.

Da die meisten Mitglieder des Bezirks-

vereins bei einem oder mehreren New Yorker Zweigvereinen amerikanischer oder englischer Gesellschaften als Mitglieder teilnehmen, legte der Bezirksverein einen großen Wert darauf, die geselligen Beziehungen seiner Mitglieder zu pflegen. Die Erfolge dieses Vorgehens sind ausgedrückt in der wachsenden Mitgliederzahl.

Bezirksverein Oberrhein. Im abgelaufenen Jahre fanden drei Versammlungen in Mannheim und Heidelberg statt, bei welcher Gelegenheit vier größere Vorträge gehalten wurden.

Das Vereinsleben konzentrierte sich hauptsächlich um die in Mannheim abgehaltene Hauptversammlung des Zentralvereins. Die Hauptversammlung verlief in jeder Hinsicht befriedigend, so daß der Bezirksverein mit den Erfolgen seiner Bemühungen in jeder Weise zufrieden sein kann. Den Teilnehmern der Hauptversammlung werden die schönen Tage von Mannheim stets im Gedächtnis bleiben.

Der Pflege des Vereinslebens innerhalb des Bezirksvereins dienen zwei Ortsgruppen. Die Gruppe Darmstadt veranstaltete neun Sitzungen in denen ebenso viele wissenschaftliche Vorträge gehalten wurden, während die Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen alle vierzehn Tage abwechselnd in Mannheim und Ludwigshafen Zusammenkünfte abhielt. Wie zu erwarten, waren die Sitzungen nach der Hauptversammlung nur verhältnismäßig schwach besucht.

Bezirksverein Oberschlesien. Das abgelaufene Vereinsjahr verlief in ruhiger Weiterentwicklung. Der Vorstand hielt acht Sitzungen ab, in denen die Versammlungen und Vergnügungen des Vereins vorbereitet wurden. Im Laufe des Vereinsjahrs hielt der Bezirksverein vier Wanderversammlungen ab, welche ziemlich gut besucht waren. Drei größere Vorträge wurden gehalten. Im übrigen beschäftigte sich der Verein mit einer Reihe von Anträgen beim Vorstande des Hauptvereins, welche die Vereinszeitschrift, die Vereinsnachrichten derselben, das Mitgliederverzeichnis und die Ausdehnung der Versicherungsverträge betrafen.

Bezirksverein Pommern. Der Vorstand hielt zwei Sitzungen ab. Die monatlichen geselligen Zusammenkünfte wurden gut besucht und boten öfters erwünschten Anlaß zur Besprechung von Vereinsangelegenheiten, wie auch zu kurzen Mitteilungen wissenschaftlichen und technischen Inhaltes. Im September tagte der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands in Stettin. Die Mitglieder des Bezirksvereins veranlaßten als Ortsausschuß die Vorbereitungen für jene Versammlung.

Die durchaus gelungene Exkursion nach Berlin Ende Oktober hat die Teilnehmer in jeder Weise befriedigt. In der ordentlichen Schlußsitzung des Jahres wurde ein Vortrag gehalten.

Bezirksverein Rheinland. Der rheinische Bezirksverein hat im verflossenen Vereinsjahre einen starken Wechsel innerhalb seines Mitgliederbestandes gehabt. Der Grund für die Abnahme der Zahl der außerordentlichen Mitglieder liegt hauptsächlich in dem Umstande, daß in diesem Jahre zum ersten Male die neue Bestimmung der Satzungen in Kraft trat, der zufolge die Mitgliedschaft der außerordentlichen Mitglieder nach drei Jahren erlischt, sofern dieselben zur Aufnahme als ordentliche Mitglieder berechtigt sind. Diese Bestimmung hat nicht den gewünschten und vorausgesetzten Erfolg gehabt, insofern als die auf diese Weise unfreiwillig austretenden außerordentlichen Mitglieder nur zum geringen Teil zum Hauptverein übertraten.

Es wurden vier Wanderversammlungen veranstaltet, welche sämtlich mit Besichtigungen industrieller Werke verknüpft waren und zum Teil hervorragende Vorträge boten.

Das Vereinsleben war ein recht reges, und waren besonders die Wanderversammlungen gut besucht. In Köln wurde eine neue Ortsgruppe gegründet.

Bezirksverein Rheinland - Westfalen. Der rheinisch-westfälische Bezirksverein hielt sieben Versammlungen ab, welche mit Vorträgen und Besichtigungen den Mitgliedern reiche Anregungen boten. Der Bezirksverein beschäftigte sich vornehmlich mit der Frage des Studiums der Ausländer an deutschen Hochschulen und der Gebührenfrage und stellte in beiden Fällen Anträge zur Hauptversammlung.

In den Ortsgruppen Dortmund und Essen wurden durch regelmäßige Zusammenkünfte die kollegialen Beziehungen und wissenschaftlichen Interessen der Mitglieder gepflegt. Für diese engeren Vereinigungen ist das Institut der außerordentlichen Mitglieder von besonderer Bedeutung.

Bezirksverein an der Saar. An jedem zweiten Samstag eines jeden Monats fanden in St. Johann gesellige Zusammenkünfte der Vereinsmitglieder statt, bei welchen Vereinsangelegenheiten und technische Fragen besprochen wurden. Auch fand ein größerer Ausflug zur Besichtigung eines industriellen Etablissements statt und wurde ein wissenschaftlicher Vortrag gehalten.

Im Anschluß an die Hauptversammlung in Mannheim hatte der Bezirksverein die Teilnehmer zum Besuch der Stadt Saarbrücken, des Schlachtfeldes von Spichern und der Werke der Gebr. Stumm in Neukirchen

eingeladen. Der gut gelungene Ausflug wird noch lange sämtlichen Teilnehmern in angehnemster Erinnerung bleiben.

Bezirksverein Sachsen-Anhalt. Der Vorstand hielt in dem Berichtsjahre sieben Sitzungen ab.

Die geselligen Zusammenkünfte, welche in früheren Jahren regelmäßig am ersten Montag im Monat nur zu Halle stattfanden, wurden im Laufe des Jahres zu Dessau, Halle, Magdeburg und Staßfurt monatlich einmal, bzw. zweimal abgehalten, und haben zur Pflege des persönlichen Verkehrs der Mitglieder bedeutend beigetragen. Das Winterfest wurde wieder in Halle gefeiert.

Vier Wanderversammlungen fanden statt und boten mit den angeschlossenen Besichtigungen und sorgsam ausgewählten guten Vorträgen den Mitgliedern reiche Belehrung und Anregung. Die Versammlungen waren durchgängig sehr gut besucht.

Bezirksverein Sachsen-Thüringen. Der Bezirksverein Sachsen-Thüringen hat im Laufe des Jahres 1904 vier Vorstandssitzungen abgehalten, während zwei Wanderversammlungen stattfanden, welche den Mitgliedern vier Vorträge boten. Der Besuch der Versammlungen war gut.

Die Ortsgruppe Dresden hat auch im letzten Jahre eine sehr gedeihliche Wirksamkeit entfaltet, indem fünf Versammlungen mit größeren Vorträgen zustande gebracht wurden.

Bezirksverein Württemberg. Der Verein kann auch im verflossenen Jahre wieder auf eine rege wissenschaftliche Tätigkeit und im allgemeinen auf eine recht befriedigende Beteiligung an seinen Monatsversammlungen zurückblicken. Insgesamt fanden sieben Sitzungen statt, welche den Mitgliedern 16 Vorträge boten. Außerdem wurden drei Besichtigungen industrieller Anlagen ausgeführt.

Im Monat Mai hatte der Verein Gelegenheit, die freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittel-Chemiker gelegentlich ihrer Jahresversammlung in Stuttgart zu begrüßen.

In sämtlichen Berichten sprechen sich die Bezirksvereine mit außerordentlichen Mitgliedern sehr günstig über diese Einrichtung aus und heben namentlich hervor, daß das Interesse für chemische Fragen durch die außerordentlichen Mitglieder in weitere Kreise getragen werde.

Die Finanzlage der sämtlichen Bezirksvereine ist durchaus günstig.

Die Einrichtung, die Sonderbeiträge der Bezirksvereine durch die Geschäftsstelle einzuziehen, die zuerst im Jahre 1903 versuchsweise durchgeführt wurde, hat sich auch im abgeschlossenen Jahre vorzüglich bewährt.

Während im Jahre 1903 nur 1686 Mark Sonderbeiträge eingingen und abgeführt wurden, führte die Geschäftsstelle im Berichtsjahre den bedeutenden Betrag von 3942 Mk. Sonderbeiträge an die Bezirksvereine Frankfurt, Hannover, Märkischen, Mittel-Niederschlesien, Oberschlesien, Oberrhein, Sachsen-Anhalt, Sachsen-Thüringen und Württemberg ab.

Verstorben.

Der Verein hat im verflossenen Jahre ganz besonders schwere Verluste durch den Tod der nachfolgenden 36 Mitglieder erlitten, deren Andenken zum Teil durch Wort und Bild in der Vereinszeitschrift geehrt wurde. Am schwersten wurde der Verein durch den Verlust seines allverehrten Ehrenmitgliedes „Geheimer Rat Prof. Dr. Clemens Winkler“, Dresden betroffen, welcher nach langem schweren Leiden am 8. Oktober 1904 seinem segensreichen Wirken entrissen wurde.

Weiter sind folgende 35 Mitglieder gestorben:

H. C. Aspinwall, New York,
Dr. Fritz Bergmann, Marburg, a. d. Lahn,
Dr. C. Bissinger, Mannheim,
Prof. Dr. Bodländer, Braunschweig,
Dr. C. Brandt, Fürfurt a. d. Lahn,
F. R. Bremme, Gleiwitz, Generaldirektor der
Oberschlesischen Kokswerke und chemischen Fabriken,
Van Diecken, Zabrze,
Dr. Dollfus, Frankfurt,
Direktor Emil Grauer, Lauffen,
Dr. Herfeldt, Bonn,
Dr. Heubach, Darmstadt,
Fabrikbesitzer Jean Hospelt, Köln-Ehrenfeld,
Fabrikbesitzer Dr. A. König, Aschersleben,
Fabrikdirektor Gustav Köster, Werden,
Fabrikbesitzer Dr. Landsberg, Idaweiche,
Prof. Dr. Lobry de Bruyn, Amsterdam,
Dr. E. W. Meyer, Dresden,
Dr. Paul Meyer, Berlin,
Dr. Paradies, Frankfurt a. Main,
Fabrikbesitzer P. Peters, Stolberg (Rheinl.),
Dr. W. Reuß, Darmstadt,
Dr. Max Reuter, Berndorf,
Direktor Dr. Riepenhausen, Breslau,
Direktor Dr. W. Rohn, Mannheim,
E. H. Rueben, Blumenthal,
Alexander Spiermann, Hamburg,
Dr. Richard Stein, Warschau,
H. Stücklen, Fabrikbesitzer, Charlottenburg,
Dr. Waas, Magdeburg,
Dr. H. Warnecke, List-Hannover,
Arnold Wegener, Grabow,
Th. Weidle, Nürnberg,
Fabrikbesitzer Dr. Jul. Weiler, Köln-Ehrenfeld,

Direktor F. J. Weinck, Nienburg a. d. Weser.

Seit dem 1. Januar 1904 sind die folgenden acht Mitglieder dahingeschieden:
Prof. Dr. Paul Behrend, Danzig-Langfuhr,
Francois A. Goodhue, Boston,
Dr. A. E. Haswell, Meran,
Geheimrat Prof. Dr. Hilger, München,
Franz Kathreiner, Worms,
Direktor Dr. H. Kohlstock, Rheinau,
Prof. Dr. E. Meisl, Wien,
Dr. Ad. Schönjahn, Bremen.

Der Verein wird seinen dahingeschiedenen Mitgliedern ein dankbares Andenken bewahren.

Rechnungsabschluß, Vermögen.

Der Rechnungsabschluß für 1903 weist einen Überschuß von 5120,42 Mk. auf, wodurch sich das Vereinsvermögen auf 50194,25 Mk. erhöht. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Anhalt für das Anwachsen des Vereinsvermögens seit dem 1. Januar 1897.

	Bestand am 1. Januar	Zugang
1897	19 132,04	5089,84
1898	24 221,88	590,50
1899	24 812,38	2042,30
1900	26 854,69	7938,87
1901	34 793,56	5145,12
1902	39 938,68	3165,63
1903	43 104,31	1969,52
1904	45 073,83	5120,42
1905	50 194,25	

Vereinszeitschrift.

Der Zeitschriftenreservefond bleibt auf der gleichen Höhe wie im Vorjahr mit 22 971,97 Mk. bestehen.

Die Zeitschrift für angewandte Chemie wurde gemäß Vertrag mit der Firma Springer am 1. Januar 1904 in den Besitz des Vereins übernommen. Über die Verhältnisse und der Entwicklung der Vereinszeitschrift wird der Hauptversammlung ein besonderer Bericht seitens der Redaktion und der Geschäftsführung erstattet werden.

Verträge mit Versicherungsgesellschaften.

Im Jahre 1904 wurden bei der Lebensversicherungs- und Ersparnisbank in Stuttgart auf Grund des bestehenden Vertrages von Mitgliedern des Vereins deutscher Chemiker 38 Policien mit 524 500 Mk. Versicherungssumme neu abgeschlossen. Das Gesamtergebnis der seit dem Jahre 1884 von den Mitgliedern des Vereins abgeschlossenen Versicherungen hebt sich somit auf 272 Policien mit 3 769 000 Mk. Versicherungssumme. Welches Ergebnis gewiß als ein erfreulicher Be-

weis dafür angesehen werden darf, daß der Nutzen der Lebensversicherung auch in Chemikerkreisen immermehr anerkannt wird.

Mit der Frankfurter Unfall-Versicherungs-A.-G. wurden im Jahre 1904 32 Versicherungen abgeschlossen mit zusammen 678000 Mk. für den Todesfall und 1319000 Mk. für Invalidität. Auch dieses Resultat ist in hohem Grade beachtenswert.

Mit der Frankfurter Transport-, Unfall- und Glasversicherungs-A.-G. wurde der nachfolgende Vertrag am 28. November 1904 abgeschlossen.

§ 1. Die Frankfurter Transport-, Unfall- und Glasversicherungs-A.-G. verpflichtet sich, die Wasserleitungsschädenversicherungen der Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker zu den tarifmäßigen Prämien und Gebühren in Deckung zu nehmen und auf diese Prämien einen Rabatt von 10 % zu gewähren.

§ 2. Versicherte Mitglieder, welche aus dem Verein ausscheiden, bleiben bis zum Ablauf ihrer Policen im Genusse der ihnen durch den getätigten Vertrag gewährten Vorteile.

§ 3. Der Verein deutscher Chemiker verpflichtet sich:

a) Weder mit einer anderen Gesellschaft einen Vertrag für Versicherung für Wasserleitungsschäden abzuschließen, noch eine andere als die Frankfurter Transport-, Unfall- und Glasversicherungs-A.-G. seinen Mitgliedern zu empfehlen, so lange der gegenwärtige Vertrag gültig ist.

b) Den Mitgliedern von dem gegenwärtigen Vertrag empfehlende Kenntnis zu geben.

c) Der Frankfurter Transport-, Unfall- und Glasversicherung-A.-G. ein jährlich zu ergänzendes Verzeichnis der Mitglieder zu übergeben.

§ 4. Gegenwärtiger Vertrag ist auf die Dauer von 5 Jahren abgeschlossen, beginnend mit dem 28. November 1904 und gilt vom Ablauf ab unter den gleichen Bedingungen von fünf zu fünf Jahren als erneuert, wenn derselbe nicht sechs Monate vor Ablauf von einem der beiden Kontrahenten mittelst eingeschriebenen Briefes gekündigt wird.

§ 5. Der gegenwärtige Vertrag ist in zwei gleichlautenden Exemplaren ausgefertigt, von welchen jeder der beiden Kontrahenten eine Ausfertigung erhalten hat."

Der Abschluß weiterer Verträge für die Versicherung gegen Einbruch, Diebstahl, Feuerschäden u. dgl. erwies sich als unmöglich, da die beteiligten Gesellschaften zu einem Kartell zusammengetreten sind.

Stellenvermittlung.

Die Stellenvermittlung des Vereins hat auch im Jahre 1904 weiter gute Fortschritte

gemacht, da die Hilfe des Vereins in einer größeren Anzahl von Fällen zur Besetzung von Stellen in Anspruch genommen wurde. Während im Jahre 1902 54 Stellen angeboten wurden, im Jahre 1903 66, wurde im Jahre 1904 der Verein bei 50 und seit dem 1. Januar d. J. bei 33 Stellen zu Rate gezogen. Wenn auch nicht alle Stellen vom Vereine besetzt werden konnten, so gelang es doch, einer größeren Anzahl von Mitgliedern durch die Hilfe des Vereins Stellung zu verschaffen. Die Stellenvermittlung erfreute sich auch fortgesetzt des Zuspruchs von Nichtmitgliedern. Das Vermögen der Stellenvermittlung hob sich infolge dieser Benutzung durch zahlende Stellensucher von 1026 Mk. am 31. Dezember 1903 auf 1524,77 Mk. am 31. Dezember 1904.

Hilfskasse.

Das Kuratorium der Hilfskasse des Vereins wird einen besonderen Bericht über seine Tätigkeit der Hauptversammlung erstatten.

Technolexikon.

Die Arbeiten für das Technolexikon erreichen einen vorläufigen Abschluß damit, daß der Beauftragte des Vereins, Direktor Dr. Scheithauer, am 4. Januar d. J. die letzten eingelaufenen Merkhefte dem Verein deutscher Ingenieure übermittelte.

Gebührenfrage.

Infolge des Beschlusses der Hauptversammlung zu Mannheim begab sich eine Kommission des Vereins deutscher Chemiker in der ersten Hälfte des Juni 1904 nach Berlin, um persönlich in der Gebührenfrage bei den zuständigen Stellen vorstellig zu werden. An dieser Reise konnten nur Prof. Dr. Fresenius und Dr. Woy teilnehmen. Dieselben haben einen ausführlichen Bericht an den Vorsitzenden Medizinalrat Dr. E. A. Merck erstattet.

Dem Hause der Abgeordneten sowie den Ministern der Justiz und des Kultus wurden Eingaben des Vereins persönlich überreicht, sowie mit den Mitgliedern der Kommission des Abgeordnetenhauses und den Dezernenten der Ministerien konferiert. Der Hauptversammlung wird ein besonderer Bericht über diese Tätigkeit der Kommission erstattet werden.

Ausländerstudium.

Der Beschluß der Hauptversammlung Mannheim in der Frage des Studiums der Ausländer an deutschen Hochschulen führte zu der nachfolgenden Eingabe des Vereins.

Halle a. d. S., den 15. September 1904.

Euer Exzellenz

gestattet sich der unterzeichnete Vorstand des Vereins deutscher Chemiker ergebenst mitzuteilen, daß die diesjährige Hauptversammlung des Gesamtvereins in Mannheim am 26. Mai einstimmig den nachfolgenden Beschuß gefaßt hat:

„Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker beauftragt den Vorstand, in einer Eingabe an die Reichsregierung und an die Regierungen der deutschen Bundesstaaten dahin zu wirken:

„daß nach gemeinsamen Grundsätzen, Vorkehrungen getroffen werden gegen den Zuzug nach deutschen Hochschulen von solchen ausländischen Studierenden, die nicht genügende wissenschaftliche Bildung besitzen. Dieses wäre zu bewerkstelligen durch die Forderung, daß die Ausländer eine Vorbildung nachzuweisen haben, welche den Anforderungen entspricht, welche wir für die Zulassung als ordentliche Studierende stellen, und die ferner im Heimatlande dieser Ausländer zum Studium an einer Universität oder technischen Hochschule, als ordentliche Studierende berechtigt. Ferner sollen die Ausländer auch nur soweit zugelassen werden, als die Plätze nicht von deutschen Studierenden beansprucht werden.“

Der Verein deutscher Chemiker beschäftigt sich schon seit dem Jahr 1901 mit der Frage des Studiums der Ausländer an den deutschen Hochschulen und möchte in heutiger Eingabe seine Stellungnahme hierzu ausführlich vorlegen:

Bei der Behandlung dieser Frage scheiden selbstverständlich alle politischen Gesichtspunkte aus, obwohl der Verein darüber keine Zweifel hegt, daß die deutschen Hochschulen denjenigen Ausländern verschlossen bleiben sollen, deren Hauptzweck die Förderung meistens sehr radikaler politischer Bestrebungen ist.

Es ist nicht zu verkennen, daß die deutschen Regierungen seit einiger Zeit bemüht sind, die Nachteile zu beseitigen, welche aus dem übermäßigen Andrang der Ausländer für gewisse Hochschulen sich herausgebildet haben. Dennoch erscheint es nicht überflüssig, wenn wir nochmals die Gründe darlegen, welche den Verein zu dem vorstehenden Beschuß geführt haben.

Im Wintersemester 1903/04 studierten an den 21 deutschen Universitäten 3114 Ausländer, darunter 972 Russen. Im Jahre 1900/01 war die Zahl der ausländischen Stu-

dierenden an den technischen Hochschulen zu Berlin, Hannover, Aachen, Darmstadt, Braunschweig, Stuttgart, München, Dresden und Karlsruhe 1994, während sich die Zahl im Wintersemester 1902/03 auf 2096 erhöht hatte. Man darf also wohl mit Recht sagen, daß an den deutschen Hochschulen 5000 bis 6000 Ausländer studieren. Diese große Zahl legt die Verpflichtung auf, zu untersuchen, ob die Verhältnisse an den verschiedenen Hochschulen den berechtigten Ansprüchen der inländischen Studierenden entsprechen.

In erster Linie muß, wie bereits eingangs erwähnt, die Forderung aufgestellt werden, daß die zugelassenen Ausländern an Vorbildung unseren Studenten nicht nachstehen. Wir glauben, daß gegen die Berechtigung dieses Verlangens ernstliche Einwände nicht erhoben werden können, da feststeht, daß die ausländischen Schulen, besonders die russischen und balkanstaatlichen Gymnasien und Realanstalten den unseren an wissenschaftlicher Bedeutung und Leistungsfähigkeit durchaus nicht ebenbürtig sind. Es ist also mindestens zu verlangen, daß nur solche Ausländer als Studierende auf deutschen Hochschulen aufgenommen werden, die nach den Bestimmungen ihres Heimatlandes zum Studium einer Hochschule zugelassen wären. Das Reifezeugnis einer russischen siebenklassigen Realschule oder eines russischen achtklassigen Gymnasiums berechtigt außerdem in Rußland selbst nur dann zum Besuch einer russischen technischen Hochschule, wenn die für die Aufnahme festgesetzte Prüfung bestanden worden ist. Diese Prüfung soll in Rußland schwierig sein, so daß sie nur ungefähr ein Viertel der Kandidaten besticht. Die Durchgefallenen wenden sich dann nach Deutschland. Ähnliche Verhältnisse finden wir in Holland vor, wo das Zeugnis einer höheren Bürgerschule, nicht zum Besuch einer technischen Hochschule berechtigt, dennoch werden tatsächlich in Aachen diese holländischen Bürgerschulabiturienten zum Studium zugelassen.

Ferner hat der massenhafte Zuzug ausländischer Studierender für unsere Jugend einen großen erzieherischen Nachteil, indem an einzelnen Hochschulen die Inländer in Laboratorien und Zeichensälen Plätze nicht in genügender Zahl finden können, weil solche von Ausländern bereits belegt sind. Es ist daher die Forderung berechtigt, daß diese Plätze bis zu einem gewissen Zeitpunkt in erster Linie für die Angehörigen des Deutschen Reiches, sowie Österreicher und Schweizer, deren Muttersprache die deutsche ist, reserviert werden, damit den jungen Studierenden unseres Volkes und der deutschen Stämme außerhalb der Reichsgrenze diejenige Lern-

gelegenheit ungeschmälert zur Verfügung steht, welche die Fürsorge unserer Regierung ihnen geschaffen hat, und auf deren Vorhandensein bauend diese Herren ihre Studien begannen. Wenn auch einzelne Hochschulen zugunsten der deutschen Studierenden Schutzbestimmungen getroffen haben, so muß doch die Forderung erhoben werden, daß alle deutschen Hochschulen den gleichen Grundsatz befolgen und nur diejenigen Plätze an Ausländer vergeben, welche von den eben geschilderten Deutschen nicht innerhalb einer gewissen Frist im begonnenen Semester belegt werden.

Es genügt aber nicht, daß wir unseren Studenten die Lehrmittel zur Verfügung halten, sondern es ist für die Erziehung, die der Student auf der Hochschule erfährt, auch von größter Wichtigkeit, in welche Gesellschaft wir ihn bringen. Wir verlangen von unseren Hochschulen nicht nur, daß sie unseren jungen Leuten eine bestimmte Menge Wissens beibringen, sondern erwarten auch von ihnen, daß die ganze Organisation mit ihrer vollständigen Lern- und Bewegungsfreiheit darauf zugeschnitten werde, aus den meist eben vom Elternhause und aus strengem Schulzwang kommenden jungen Leuten von idealem Streben erfüllte Männer von hohem Verantwortlichkeitsgefühl heranzubilden. Daß sich unter den Studenten unserer Hochschulen eine Anzahl von Ausländern befindet, könnte für die allgemeine Ausbildung das und Reifen unserer studierenden Jugend nur heilsam wirken, indem gegenteilige Anschauungen zum Nachdenken anregen und dahin führen, die einmal als richtig erkannte Auffassung zur Gelung zu bringen. Eine derart günstige und erfreuliche Annahme ist aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen irrig. Es kann von einem solchen wohltätigen Einfluß fremder Studenten auf unsere deutsche Jugend oder umgekehrt keine Rede sein, da die Ausländer in großen kompakten Massen unsere Studentenschaft durchsetzen, landsmannschaftsweise sich absondern, und so ein gegenseitiges Verstehen und Kennenlernen gar nicht in Frage kommt. Die nachstehenden Zahlen beweisen eben Gesagtes. Es befinden sich zum Beispiel auf der Universität in Berlin 440 Russen, in Leipzig 132, in München 193, auf der Technischen Hochschule in Darmstadt 330 Russen; auf der Bergakademie Freiberg in Sachsen stehen gar 164 Russen und Rumänen 180 Deutschen gegenüber.

Neben dieser erzieherischen Frage spielt zweifellos die wirtschaftliche ebenfalls eine hervorragende Rolle, indem wir nicht erkennen dürfen, daß die einzelnen Wirtschaftsbetriebe immer mehr sich bemühen, sich von-

einander abzuschließen. Dieses Bestreben ist z. B. bei den Nordamerikanern kräftig entwickelt, während Rußland sein ungeheueres Gebiet mit einer starken Schutzzollmauer umgeben hat. Es ist keine Aussicht vorhanden, daß dieses System der getrennten Wirtschaftsgebiete in absehbarer Zeit aufgegeben werde. Hart ringen die Nationen um die Märkte, indem jede ihren natürlichen Vorteil auszunutzen sucht, um den alten Bestand zu sichern und neue Gebiete zu erobern. Von allen den Gaben, mit denen Deutschland gesegnet ist, erscheint als die wirtschaftlich wertvollste die Intelligenz und Erwerbsfähigkeit unserer Bevölkerung, während im Vergleich mit anderen Ländern die Schätze des Bodens nur spärlich vertreten sind. Deutschlands Wohlstand beruht zum größten Teil auf der Kunst unseres Volkes die Stoffe zu veredeln. Diesen Erfolg verdanken wir aber unbestritten dem deutschen Hochschullehrer, den auch das Ausland voll zu würdigen weiß, wie die Tatsache des großen Zuzugs fremder Studentenschaft, soweit nicht andere Gründe mitsprechen, beweist.

So ehrend für uns auch diese Tatsache sein mag, bleibt es doch zweifellos ein großer wirtschaftlicher Nachteil, daß auf unseren Hochschulen Angehörige fremder Staaten unsere Art zu arbeiten, zu prüfen und zu forschen, kennen lernen und manche schwer errungene Erfahrung uns absehen. Den Abschluß bildet dann immer, daß sie, von uns belehrt und von ihrem Heimatlande durch Schutzzölle wohl geschützt, sowohl eigene wie fremde Rohstoffe selbst zu veredeln beginnen, während diese Staaten bisher in Ermangelung eigenen Könnens darauf angewiesen waren, diese gewinnbringende Arbeit deutschen Arbeitern, Chemikern und Ingenieuren, kurz deutschem Unternehmungsgeist und deutscher Arbeitskraft zu überlassen.

Freilich können wir das Ausland nicht hindern, deutsche Ingenieure und Chemiker ins Land zu rufen, damit diese hinter den Schutzzollmauern für die einheimischen Arbeiter Fabriken errichten und Bergwerke abbauen. Aber es ist ein großer Unterschied, ob die aus dieser Arbeit resultierenden Gehälter deutschen Technikern zugeführt werden oder fremden, die bei uns gelernt haben. Jeder deutsche Ingenieur oder Chemiker, der ins Ausland geht, ist dort in erster Linie mit den deutschen Bezugsquellen bekannt und mit deutschen Maschinen vertraut; er wird daher immer so weit wie möglich in Deutschland seine Bestellungen machen. Der Verlust in wirtschaftlicher Beziehung ist daher wesentlich geringer, als wenn ein in Deutschland vorgebildeter Ausländer Unternehmungen

im Ausland errichtet und leitet. Auch aus diesem wirtschaftlichen Gesichtspunkte erheben wir daher die Forderung, daß die Bedingungen geändert werden, unter denen Ausländer an unsren Hochschulen zugelassen werden, besonders so weit technische Fächer in Betracht kommen.

Um irrgen Deutungen vorzubeugen, erklären wir, daß wir keineswegs die Ausländer von deutschen Hochschulen ausschließen oder den Zuzug derartig erschweren wollen, daß dies einer tatsächlichen Fernhaltung ähnlich sähe. Wir möchten nur diejenigen Ausländer nicht bei uns haben, welche bisher unerwünschte Elemente unserer Hochschulen bildeten. Wir erkennen selbstverständlich in dem geistigen Austausch der Völker ein wesentliches Mittel für einen steten Kulturfortschritt. Wie wir selbst alljährlich Tausende unserer jungen Leute hinausschicken, seien es Künstler in die romanischen Länder, um an alter und neuer Kunst zu lernen, seien es junge Kaufleute nach England, welche dort die Organisation des Großhandels und Weltverkehrs studieren und die weltbeherrschende englische Sprache erlernen, wie alljährlich junge deutsche Ingenieure hinüberfahren über den Ozean, um von den Amerikanern zu lernen, wie sie Massen bewegen, den Raum verkürzen, die Handarbeit durch sinnreiche Maschinen ersetzen, so sollen auch wir den fremden Völkern geben, was wir ihnen anvertrauen können. Wir sollen es ihnen aber nur in der Weise bieten, daß ihre Angehörigen bei dem Aufenthalt in Deutschland nicht nur lernen, wie wir unsere Maschinen bauen und unsere Analysen anfertigen, sondern diese Ausländer sollen auch bekannt werden mit deutscher Denkungsart und deutschem Empfinden.

Darum wollen wir daran arbeiten, daß von ausländischen Studierenden nur solche aufgenommen werden, die in jeder Hinsicht als eine Bereicherung der Studentenschaft angesehen werden können. Dann wird sich auch die Annäherung des deutschen Elementes an das ausländische zu beiderseitigem Nutzen vollziehen, dann wird sich sozusagen eine Elite von Ausländern bei uns heranbilden, die, in die Heimat zurückgekehrt, stets dem Lande und seinem Volke ein dankbares Erinnern bewahren wird, das die Grundfeste zu ihrer Existenz gegeben: ein reiches, den höchsten Anforderungen Genüge leistendes Wissen und Können.

Indem wir dieses Gesuch dem geneigten Wohlwollen ganz ergebenst unterbreiten, verharren wir

Ew. Exzellenz ganz ergebenster
Vorstand des Vereins deutscher Chemiker, E.V.
gez. Dr. E. A. Merck, Vorsitzender.

Hierauf sind bislang die nachfolgenden Antworten eingegangen:

Stuttgart, den 3. Oktober 1904.

Dem Verein deutscher Chemiker beehe ich mich auf das Gesuch vom 15. v. Mts. um Regelung des Zuzuges ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen zu erwidern, daß, wie aus § 29 Absatz 2 und 3 der vorliegenden Verfassung der technischen Hochschule in Stuttgart entnommen werden wolle, an dieser Hochschule die Aufnahme ausländischer Studierender bereits im Sinne der Eingabe vom 15. v. Mts. geregelt ist.

An der Universität Tübingen ist bei der sehr kleinen Zahl ausländischer Studierender die vorliegende Frage bis jetzt nicht praktisch geworden.

Der Kgl. Württembergische Staatsminister
des Kirchen- und Schulwesens,
gez. Weizsäcker.

Der angezogene Paragraph der Verfassung der technischen Hochschule Stuttgart lautet:

„Der Nachweis der erforderlichen Vorkenntnisse wird von solchen, welche als ordentliche Studierende eintreten wollen, durch das Reifezeugnis einer deutschen Oberrealschule, eines deutschen Real- oder humanistischen Gymnasiums oder einer diesen Schulen für das technische Studium von dem Ministerium gleichgestellten Lehranstalt des Deutschen Reiches erbracht.

„Wer seine Vorbildung im Auslande erhalten hat, kann als ordentlich Studierender aufgenommen werden, wenn er ein Reifezeugnis besitzt, das von dem Ministerium als gleichwertig mit den vorgenannten deutschen Reifezeugnissen anerkannt ist, und das im Lande seiner Ausstellung zum Studium an einer technischen Hochschule oder an einer Universität als ordentlich Studierender berechtigt.

Für Ausländer ist weitere Bedingung, daß in ihrem Heimatland Angehörige des Deutschen Reiches mit einem der in Absatz 1 genannten Reifezeugnisse zum Hochschulstudium als ordentliche Studierende zugelassen werden.“

Straßburg, den 6. Dezember 1904.

„Auf das an das Ministerium für Elsaß-Lothringen gerichtete, an mich zur Prüfung und Bescheidung abgegebene Gesuch vom 15. September d. Js. erwidere ich im Einverständnis mit dem akademischen Senat ergebenst, daß an der hiesigen Universität ein Bedürfnis, besondere Vorkehrungen zur Regelung des Zuzugs ausländischer Studierenden zu treffen, sich nicht ergeben hat. Die be-

treffenden Bestimmungen des Universitätsstatuts werden hier so streng ausgelegt, daß die immatrikulierten Ausländer hinsichtlich ihrer Vorbildung den deutschen Studenten nicht nachstehen. Überdies ist die Gesamtzahl der hier studierenden Ausländer nicht so groß, daß die Nachteile, die durch ihren Zuzug an manchen technischen Hochschulen zutage getreten sein mögen, jemals hier sich geltend gemacht hätten.“

Der Kurator
der Kaiser Wilhelms-Universität.

Wenn auch von den anderen Regierungen Antworten auf die Eingaben des Vereins nicht eingegangen sind, so läßt sich doch nicht leugnen, daß die Behörden in weitgehender Weise den Wünschen, die in unserer Eingabe ausgesprochen waren, entgegengekommen sind. Das Statut der neuen technischen Hochschule in Danzig zeigt ganz besonders scharfe Bestimmungen über das Studium der Ausländer, die zum Teil noch über dasjenige hinausgehen, was der Verein deutscher Chemiker verlangt hat. Auch die technische Hochschule in Braunschweig wie die Hochschulen in München haben Bestimmungen getroffen, welche den Zuzug ausländischer Studierenden beschränken im Sinne der Eingaben des Vereins deutscher Chemiker.

Zudem haben in der jüngsten Zeit Konferenzen, welche das Studium der Ausländer an preußischen Hochschulen zum Gegenstand hatten, im preußischen Unterrichtsministerium zwischen dem Minister, seinen Räten und den Rektoren der Universitäten und technischen Hochschulen stattgefunden. Wenn auch beglaubigte Nachrichten über die dort gefaßten Beschlüsse noch nicht in die Öffentlichkeit gedrungen sind, so läßt sich doch erwarten, daß man den Eingaben des Vereins Beachtung geschenkt hat.

Autrag des Märkischen Bezirksvereins.

Der Beschuß der Hauptversammlung Mannheim über den Antrag des Märkischen Bezirksvereins hat zu der folgenden Eingabe geführt:

Halle-Trotha, den 23. Februar 1905.

,Euer Exzellenz

gestattet sich der unterzeichnete Vorstand des Vereins deutscher Chemiker in Ausführung eines Beschlusses der Hauptversammlung des Gesamtvereins vom 26. Mai 1904 zu Mannheim die ergebene Bitte vorzutragen, dahin zu wirken:

1. daß in den Ministerien die Bearbeitung der für die chemische Industrie und dem

Chemikerstande wichtigen Fragen Chemikern übertragen werden.“

2. daß die verantwortliche Leitung von behördlichen Anstalten zur Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln ausschließlich Chemikern, die den Ausweis als Nahrungschemiker haben, übertragen werden.“

Zur Begründung von Punkt 1 gestatten wir uns ergebenst darauf hinzuweisen, daß die chemische Industrie und der Chemikerstand eine solche Bedeutung für das Erwerbsleben des deutschen Volkes gewonnen haben, daß es angebracht erscheint, bei allen Maßnahmen der Behörden darauf Rücksicht zu nehmen, die Interessen dieser wichtigen Industrie zu fördern und zu vermeiden, daß Schädigungen irgend welcher Art eintreten. Dies ist namentlich bei allen Maßnahmen der Behörden zur Regelung des Konzessionswesens im Auge zu behalten. Auch verweisen wir vor allen Dingen auf die Dienstanweisung für die Kreisärzte in Preußen, in welchen diesen Beamten große Befugnisse eingeräumt werden bei der Beurteilung der Abwässer aus gewerblichen Anlagen, ohne daß Fachchemiker als solche in maßgebender Weise zugezogen werden. Die Obliegenheiten, welche man den Kreisärzten in beiden Fällen auferlegt hat, setzen ein Maß von chemischen Kenntnissen voraus, über welches diese Beamten bei ihrem Bildungsgange unmöglich verfügen können.

Der Wortlaut des § 76 der Dienstanweisung für die Kreisärzte in Preußen verlangt daher von diesen Beamten Unmögliches, indem die Obliegenheiten wohl für einen Chemiker, nicht aber für einen Mediziner passen.

Das gleiche gilt von der Mitwirkung von Kreisärzten bei der Konzessionierung von gewerblichen Anlagen, wobei Fälle vorgekommen sind, daß Beanstandungen nur deshalb stattfanden, weil das Verständnis für die Beurteilung chemischer Anlagen und chemischer Prozesse fehlte. Es erscheint daher angebracht entsprechend dem ersten Teile unseres Antrages in den Ministerien Chemiker mit der Bearbeitung der für die chemische Industrie und den Chemikerstand wichtigen Fragen zu beauftragen, wie dies schon mit den ärztlichen und pharmazeutischen Fragen durch Fachreferenten geschieht.

Der 2. Teil unseres Antrages sollte eigentlich ganz selbstverständlich erscheinen, zumal das Examen für Nahrungsmittelchemiker nur deshalb eingeführt wurde, um geeignete Kräfte zur Leitung und Überwachung öffentlicher Untersuchungsanstalten zu haben. Die Überwachung der Geschäftsführung solcher Anstalten durch die Kreisärzte scheint um so weniger geeignet, als besondere Spezialkenntnisse erforderlich sind, über welche nicht ein-

mal jeder Chemiker verfügt, um den komplizierten Geschäftsgang dieser Anstalten zu erfassen. Daher ist es erklärlich, daß dieser Zustand schon wiederholt zu unangenehmen Mißverständnissen und Reibungen geführt hat.

Indem wir dieses Gesuch dem geneigtesten Wohlwollen Euer Exzellenz ganz ergebenst unterbreiten, verharren wir

Euer Exzellenz ganz ergebenster
Vorstand des Vereins deutscher Chemiker, E.V.

gez.: Dr. E. A. Merck,
Vorsitzender.

Auf diese Eingabe ist bislang erst eine Antwort erfolgt, welche lautet:

,Karlsruhe, den 10. April 1905.

Die nebenbezeichnete Eingabe des Vereins deutscher Chemiker ist für uns gegenstandslos, denn das Ministerium pflegt jetzt schon, wenn es sich um die Beurteilung von Fragen handelt, die für die chemische Industrie und den Chemikerstand von Wichtigkeit sind, Chemiker als Sachverständige beizuziehen, und es stehen uns in dieser Hinsicht in den Professoren der technischen Hochschule (Geheimrat Dr. Engler und Geheimer Hofrat Dr. Bunte) hervorragende Persönlichkeiten zur Verfügung. Auch sind der großherzoglichen Fabrikinspektion mehrere in der Chemie ausgebildete Beamte beigegeben.

Die verantwortliche Leitung der staatlichen und kommunalen Anstalten zur Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln ist ausschließlich Chemikern, die den Ausweis als Nahrungsmittelchemiker haben, anvertraut.

Großherzoglich Badisches Ministerium
des Innern.

Deutsches Bäderbuch.

Das vom Reichsgesundheitsamt neu herausgegebene Buch „Deutschlands Heilquellen und Bäder“ ist noch nicht abgeschlossen. Es haben im Jahre 1904 verschiedene Sitzungen stattgefunden, denen der Vorsitzende als Vertreter des Vereins beiwohnte.

Rechtschreibung von Fremdwörtern.

Auf Einladung des Vereins deutscher Ingenieure hat der Vorstand Geheimrat Prof. Dr. Delbrück und Prof. Dr. Rassow in die Kommission zur Rechtschreibung der Fremdwörter entsendet. Über die Sitzung dieser Kommission ist in der Vereinszeitschrift S. 595 berichtet worden.

Förderung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts.

Die Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte hat eine Kommission ernannt zur

Förderung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts an den höheren Schulen. Als Mitglied des Vereins deutscher Chemiker gehört dieser Kommission Direktor Prof. Dr. C. Duisberg an, welcher über die bisherigen Beratungen der Hauptversammlung berichten wird.

Verkehr mit den befreundeten Fachvereinen.

Der Verkehr mit den befreundeten Vereinen war ein äußerst lebhafter. Namentlich war der Verein vertreten bei den Hauptversammlungen des „Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands“, der „deutschen Bunsengesellschaft“, des „Verbandes selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands“ und der „freien Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker“.

Auf Anregung der deutschen Bunsengesellschaft fand am 14. März im Hofmannshaus zu Berlin eine Konferenz statt, welcher die deutsche chemische Gesellschaft, der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, der Verein deutscher Chemiker, der Verband selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands, die freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker und die deutsche Bunsengesellschaft bewohnten. Die Versammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit Beratungen über die Ordnung des Referatenwesens. Es wurde der Beschuß gefaßt, eine Kommission zu erwählen zur Verhandlung mit der deutschen chemischen Gesellschaft und zur Beratung mit der Redaktion des Zentralblattes darüber, wie eine Verbilligerung des Zentralblattes herbeigeführt werden könne. Jede der beteiligten Gesellschaften wird in diese Kommission ein Mitglied entsenden. Die deutsche chemische Gesellschaft übernahm es, die Kommission einzuberufen.

Auf Grund einer Einladung des Vereins deutscher Chemiker hatten sich am 27. März d. Js. die Vertreter der „deutschen Bunsengesellschaft“, des „Verbandes selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands“ und der „freien Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker“ im Hofmannshause eingefunden, um mit den Vertretern unseres Vereins darüber zu beraten, ob eine Annäherung der Vereine zur Durchführung gemeinsamer Interessen möglich sei.

Es wurde allseitig anerkannt, daß die gemeinsame Behandlung gleicher Fragen von großem Vorteil sein würde, doch wurde es nicht für zweckdienlich erachtet, die Hauptversammlungen der einzelnen Verbände zusammenzulegen, weil dadurch die von den Verbänden gepflegten Sonderbestrebungen

leiden würden. Dagegen wurde als wünschenswert bezeichnet, einen gemeinsamen Ausschuß zu erwählen, welcher die Vertretung gemeinsamer Interessen der vier Vereine in die Hand nehmen solle. Man einigte sich über die folgenden Satzungen des Ausschusses:

§ 1.

Zur Vertretung gemeinsamer Interessen wird ein Ausschuß gebildet, in welchen jeder der vier Vereine zwei Vertreter entsendet.

§ 2.

Der Vorsitz und die mit diesem verbundene Geschäftsführung des gemeinsamen Ausschusses wechseln mit dem Kalenderjahr unter den vier Vereinen. Die Reihenfolge bestimmt das Los.

§ 3.

Der Ausschuß tritt nach Bedarf zusammen. Er ist binnen 14 Tagen einzuberufen, sobald ein Verein dies beantragt.

§ 4.

Jeder Verein hat eine Stimme. Zur Fassung gültiger Beschlüsse ist Einstimmigkeit erforderlich.

§ 5.

Die allgemeinen Kosten werden von den Vereinen zu gleichen Teilen getragen, die Reiseentschädigung der Vertreter tragen deren Vereine.

§ 6.

Die Vereine verpflichten sich, den geschäftsführenden Vereine rechtzeitig die Vertreter für das nächste Kalenderjahr mitzuteilen. Im Behinderungsfalle der Vertreter haben die Vereine Ersatzmänner zu entsenden.

Die Übergabe der Geschäfte erfolgt am 2. Januar eines jeden Kalenderjahres.

§ 7.

Der geschäftsführende Verein hat das Recht, in einzelnen Fällen Vertreter anderer Korporationen zu den Beratungen des Ausschusses einzuladen.

Sobald die zuständigen Organe der beteiligten Gesellschaften die erforderliche Genehmigung erteilt haben, tritt der Ausschuß in Tätigkeit.

Bei den weiteren Beratungen wurde die erfreuliche Tatsache konstatiert, daß der Verein deutscher Chemiker, der Verband selbstständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands und die freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker nach wie vor auf dem gleichen Standpunkte stehen, der zu den Eingaben über die „Vorbildung der Chemiker“, „über das Studium der Ausländer an deutschen

Hochschulen“, „über die Gebührenfrage“ usw. geführt haben.

Der Vorstand trat im Geschäftsjahre 1904 am 7. Mai in Frankfurt, am 25. Mai in Mannheim und am 12. November in Berlin zusammen. Der Hauptverhandlungsgegenstand dieser Tagungen bildete die Regelung der Angelegenheiten der Vereinszeitschrift, welche außerdem durch einen regen schriftlichen Verkehr zwischen Geschäftsstelle und Vorstand gefördert wurde.

2. Jahresrechnung für 1904, Bericht der Rechnungsprüfer.

Gemäß Satz 15 b der Satzungen wird die Abrechnung gedruckt vorgelegt. Sie wird von dem Geschäftsführer erläutert.

Direktor Fritz Lüty: Meine Herren, aus der vorliegenden Abrechnung werden Sie entnehmen, daß in diesem Jahre eine ganz wesentliche Verschiebung in der Einnahme aus den Beiträgen stattgefunden hat. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, daß wir mit dem 1. Januar d. Js. die Postüberweisung bei der Vereinszeitschrift eingeführt und infolgedessen schon zu Beginn des Monats November 1904 angefangen haben, die verehrten Mitglieder an ihre Zahlungsverpflichtung zu erinnern. Wir haben infolgedessen schon in den Monaten November und Dezember 1904 einige 30 000 M an Beiträgen für das Jahr 1905 entgegengenommen, während wir in früheren Jahren in den gleichen Monaten nur etwa den Betrag von 6500—7000 M für das folgende Jahr einnahmen. Infolge dieses Umstandes hat die Geschäftsführung beim Vorstande die Erlaubnis eingeholt, von den eingenommenen Beiträgen, die doch zum großen Teil auf das Jahr 1905 vorgreifen, den Betrag von 24 000 M in das nächste Jahr zu übertragen, und Sie finden infolgedessen als vorletzten Posten der Abrechnung bezeichnet: Übertragung von Beiträgen auf das Jahr 1905: „24 000 M“. Wenn Sie diese Summe von der Einnahme mit 86 000 M absetzen, kommen Sie auf 62 000 M Beiträge für 1904, eine Summe, die dem Wachstum des Vereins entspricht. Wir sind in dieser Beziehung vorsichtig gewesen, denn wir hätten eigentlich nur die Summe von 20000 M zu übertragen gehabt im Verhältnis zu anderen Jahren. Trotz alledem schließt aber die Abrechnung mit einem Überschuß von 5120,42 M ab, so daß wir ruhig sagen können, daß das Jahr 1904 unseren Erwartungen einigermaßen entsprochen hat.

Die Einnahme aus Zinsen mit 3694,58 M zeigt Ihnen gegenüber dem Haushaltungsplan eine Steigerung von über 1000 M, und es ist dies darauf zurückzuführen, daß die Geschäftsführung mit den Geldern des Vereins sehr wirtschaftlich verfahren ist insofern, als sie die sämtlichen eingehenden Rechnungen, namentlich diejenigen des Zeitschrifunternehmens diskontiert hat und infolgedessen neben den Bankzinsen auch den Diskont für die Rechnungen vereinommen konnte. Die Vereinsleitung hat sich für

berechtigt gehalten, diese Diskontbeträge in die allgemeine Rechnung einzustellen, weil wir unsere Gelder für das Zeitschriftunternehmen ständig herleihen. Die Zeitschrift besitzt keine eigenen Mittel, und die Zinsen des Reservefonds der Zeitschrift sind nach dem Voranschlag für die allgemeine Vereinsrechnung festgelegt.

Kommen wir nun zu den Ausgaben, so weist das Konto „Zeitschriftenlieferung“ an die Mitglieder“ eine Etatsüberschreitung von 3657,50 M nach, welche dem Anwachsen des Hauptvereins entspricht. Es ist diese Etatsüberschreitung eine stets wiederkehrende Sache, die uns in hohem Grade erfreuen kann. Bei den Schätzungen zum Haushaltungsplan wird immer nur die Mitgliederzahl zugrunde gelegt, die am Tage der Schätzung, also am Tage der Hauptversammlung tatsächlich vorhanden ist; z. B. legen wir für das Jahr 1906 als Mitgliederbestand vorsichtigerweise die Zahl von 3220 zugrunde, diejenige Zahl also, die am 1. Juni 1905, dem Tage des Erscheinens des Mitgliederverzeichnisses, also quasi am Tage der Hauptversammlung vorliegt.

Die Ausgabeposten, die nun folgen, „Beitrag zum deutschen Haftpflicht-Schutzverband“, „Beitrag zum Verband für Materialprüfungen der Technik“, „Beitrag zum Verein für gewerblichen

Rechtsschutz“ sind durch Vereinbarungen mit den betreffenden Vereinen festgelegt.

Es folgt dann als größerer Posten die Ausgabe für Verbands- und Ausschußsitzungen mit 2894,67 M. Sie sehen, wir sind hier eine Kleinigkeit gegenüber dem Haushaltungsplan zurückgeblieben. Es entzieht sich dies insofern unserer Einwirkung, als wir bei der Schätzung des Haushaltungsplanes für das folgende Jahr stets — wir wissen ja meist, wo wir tagen — die einzelnen Reisen der Herren und die entsprechende Zahl für Diäten zugrunde legen, und wir müssen infolgedessen ziemlich genau auskommen.

Die Rückvergütung an die Bezirksvereine ist um 416 M hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Das ist insofern kein Fehler, als der Hauptverein Gelder spart. Bedauerlich ist, daß die Zahl der Mitglieder in den Bezirksvereinen gegenüber der Gesamtzahl der Mitglieder des Hauptvereins nicht gewachsen, sondern zurückgegangen ist. Ich möchte die verehrten Herren Kollegen bitten, recht tätig für die Bezirksvereine zu sein und ihnen möglichst viele Mitglieder fest anzuschließen, weil erfahrungsgemäß die Mitglieder der Bezirksvereine viel weniger schnell aus dem Hauptverein ausscheiden, als wenn sie zu den, ich möchte sagen, „Nicht Eingemeindeten“ gehören.

Abrechnung

des Vereins deutscher Chemiker für das Jahr 1904 im Vergleich zur Abrechnung 1903 und dem Haushaltplan 1904.

Einnahme	1903		1904		Haushalt- plan 1904		Ausgabe		1903		1904		Haushalt- plan 1904		
	M	fl	M	fl	M	fl		M	fl	M	fl	M	fl	M	fl
Beiträge d. Mitglieder	57 641	31	86 516	23	56 000	—	Zeitschrift geliefert an d. Mitglieder	36 394	49	38 657	50	35 000	—		
Zinsen	2 605	47	3 694	58	2 500	—	Zeitschrift für den österreichischen								
							Chemiker-Verein	12	50	—	—	12	50		
							Beitrag zum deutschen Haftpflicht- schutzverband	25	—	25	—	25	—		
							Beitrag zum Verband für Material- prüfungen der Technik	20	—	20	—	20	—		
							Beitrag zum Verein für gewer- blichen Rechtsschutz	50	—	30	—	30	—		
							Beitrag zum V. internationalen								
							Kongreß	1 520	—	—	—	—	—		
							Vorstands- und Ausschußsitzungen	2 697	05	2 894	67	3 000	—		
							Rückvergütung an Bezirksvereine	7 326	—	7 584	—	8 000	—		
							Liebigdenkmünze	2 226	50	429	90	600	—		
							Zuschuß zur Hauptversammlung .	—	—	600	—	600	—		
							Stenograph zur Hauptversammlung	205	15	275	—	400	—		
							Drucksachen: Etats, Abrechnungen,								
							Sonderabzüge usw. zur Haupt- versammlung	351	30	785	22	550	—		
							Bureaubedürfnisse des Vorstandes	251	85	119	18	500	—		
							Drucksachen: Kosten des Mit- gliederverzeichnisses, Berichte, Eingaben usw.	954	17	986	—	900	—		
							Kosten der Geschäftsführung . .	5 797	65	7 019	37	7 100	—		
							Zuschuß zur Hilfskasse	—	—	1 000	—	—	—		
							Erweiterung des Inventars der Ge- schäftsstelle	134	—	—	—	—	—		
							Konto für unvorhergesehene Fälle	331	60	664	55	1 862	50		
							Mitgliederbeiträge 1905, im Jahre	1904 eingenommen	—	24 000	—	—	—		
							Überschuß	1 969	52	5 120	42	—	—		
	60 246	78	90 210	81	58 500	—				60 246	78	90 210	81	58 500	—

Die Kosten der Liebigdenkmünze sind um ungefähr 170 M hinter dem Voranschlag zurückgeblieben.

Ferner haben wir die Kosten für die Hauptversammlung Mannheim in dem Posten „Etat, Abrechnungen, Sonderabzüge usw.“ überschritten. Die Überschreitung ist dadurch bedingt, daß eine größere Zahl von Vorträgen gehalten wurde, und daß die betreffenden Vortragenden mehr Sonderabzüge verlangt haben, als wir in Rechnung gestellt hatten.

Die Bedürfnisse des Vorstandes für Porti usw. sind hinter dem Voranschlag zurückgeblieben, wie ja auch in früheren Jahren, weil der Vorstand recht sparsam wirtschaftet und naturgemäß ein großer Teil der Korrespondenz, die früher vom Vorstande besorgt wurde, auf die Geschäftsstelle übergegangen ist.

Die Kosten des Mitgliederverzeichnisses sehen sie ausgeworfen mit 986 M, während wir im Voranschlag nur 900 M aufgeführt hatten. Die Überschreitung entspricht dem Wachstum des Vereines.

Die Kosten der Geschäftsführung betragen 7019,57 M, gegenüber den im Voranschlage ausgeworfenen 7000 M.

Der Beitrag des Hauptvereins zur Hilfskasse ist seinerzeit in Berlin von der Hauptversammlung mit 1000 M bewilligt worden, war aber damals noch nicht etatisiert, weshalb er im Voranschlag nicht erscheint.

Endlich finden Sie für unvorhergesehene Fälle an Stelle von 1800 M nur 664,55 M verbraucht.

Der Vorstand stellt nun bei Ihnen den Antrag, den Überschuß von 5120,42 M wie in früheren Jahren dem Vermögen des Hauptvereins zuzuschreiben, welches auf diese Weise von 45073,83 M auf 50194,25 M anwachsen würde.

Vorsitzender: Das Protokoll der Rechnungsprüfer lasse ich zirkulieren.

Das Protokoll hat folgenden Wortlaut:

Halle-Trotha, den 29. Mai 1905.

Am heutigen Tage revidierten die Unterzeichnerne die Geschäftsbücher des Vereins deutscher Chemiker.

Es wurde die Übereinstimmung der Bücher mit den aufgestellten Bilanzkonto und Abrechnungskonto konstatiiert.

Durch zahlreiche Stichproben im Kassabuch und dem Journal, durch Vergleichen mit den Beilagen und Einzelkonten wurde die richtige Übertragung in das Hauptbuch festgestellt.

Das Abrechnungskonto ergab einen

Überschuß von 5 120,42 M
welcher richtig auf das Vermögenskonto übertragen ist.

Das Vermögenskonto schließt mit einem Saldo von 50 194,25 ,

Das Konto Reservefond der Zeitschrift mit 22 971,97 ,

Das Totalvermögen beträgt also . 73 166,22 M

Es ergibt sich die nachfolgende Bilanz:

An Saldo	Per Saldo
Vereinsvermögen 50 194,25 M	Kassabuch 1448,82 M
Reservefond	Anlagen Wertpap. 63 615,85 ,
Zeitschr. 22 971,97 ,	Inventar-
Konto Bez.-V. Neu-York 54,— ,	konto 1,— ,
Mitgliederbeiträge f. 1905 in 1904 ver- einnahmt 24 000,— ,	Konto O.-Rh. 3,— ,
	Vorschuß an Zeitschrift 5 412,07 ,
	Bankkonto 26 739,48 ,
	97 220,22 M
	97 220,22 M

Die Anlagewerte wurden nachgewiesen.

Das Stammkapital der Hilfskasse betrug am 1. Januar 1905 27 320,50 M und wurde nachgewiesen durch Effektenkonto. Außerdem waren am 1. Januar 1905 für laufende Ausgaben vorhanden 1345 M, die durch das Sparkassenbuch Nr. 103028 nachgewiesen wurden.

Das Vermögen der Stellenvermittlung betrug am 1. Januar 1905 1524,77 M und war angelegt im Sparkassenbuch Nr. 94413 der städtischen Sparkasse Halle/Saale.

Schließlich wurde die neuingerichtete einfache Buchführung des Zeitschriftunternehmens kontrolliert. Auch hier wurden zahlreiche Stichproben und Aufrechnungen vorgenommen. Das Gesamtergebnis des Zeitschriftunternehmens ist eine Unterbilanz von 4412,07 M, die richtig für 1. Januar 1905 vorgetragen ist.

Die Revisoren

gez. Paul Kobe, gez. Max Engelcke.

Dir. Fritz Lüty: Ich mache Sie darauf aufmerksam, meine Herren, daß die Rechnungsprüfer extra noch eine Bilanz des Vereinsvermögens aufgestellt haben, welche Sie in dem Prüfungsbericht aufgeführt finden. Ferner waren die Herren so liebenswürdig, die Rechnungen der Hilfskasse, der Kasse der Stellenvermittlung und schließlich auch die Geschäftsführung der Vereinszeitschrift einer Kontrolle zu unterziehen und darüber zu berichten. Die Vermögenswerte des Vereins geben folgendes Bild:

Vereinsvermögen.

1904		M	A
1. Januar	Bestand	45 073	83
31. Dezember	Zugang	5 120	42
		50 194	25

Reservefonds für die Zeitschrift.

1904		M	A
1. Mai	Bestand	22 971	97
31. Dezember		—	—
		22 971	97

Anlage des Vereinsvermögens gemäß den effektiv gezahlten Werten.

M		M	A
10 000	3% deutsche Reichsanleihe	9 413	35
10 000	3½% deutsche Reichsanleihe	10 410	20
9 000	3½% preußische Zentral-Boden-Kredit	8 907	40
22 500	3½% preußische Konsols	22 199	35
6 000	3% preußische Konsols	5 557	—
1 000	4% badische Eisenbahn-Anleihe	1 056	—
6 000	3½% westfälische Provinzial-Anleihe	6 072	55
64 500		63 615	85

Dr. Goldschmidt: Ich möchte um eine kleine Aufklärung bitten. Nach der Vermögensaufstellung beläuft sich das Vermögen des Vereins auf 50194 M, während es unter „Anlage des Vereinsvermögens gemäß den effektiv gezahlten Werten“ auf 63 615,85 M angegeben ist, haben wir denn an den Papieren soviel verdient?

Dir. Fritz Lüty: In der Anlage des Vereinsvermögens ist der Zeitschriftenreservefond enthalten. Ich möchte dazu bemerken, daß das Vereinsvermögen nicht weniger geworden ist, sondern wir haben einen Teil der Mittel nicht in Papieren angelegt, weil wir der Zeitschrift

wegen flüssige Gelder halten müssen, um Rechnungen sofort zahlen zu können. Das nicht angelegte Vermögen ist daher sehr lukrativ für den Verein, da wir bei den Zahlungen den Diskont kürzen und dadurch die Einnahmen erzielen, die wir unter Zinsen als Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag nachgewiesen haben.

Dr. Goldschmidt: Das Geld ist also doch angelegt?

Dir. Fritz Lüty: Insofern ja, als es sich gut verzinst.

Vorsitzender: Wünscht jemand noch das Wort? — Wenn das nicht der Fall ist kommen wir zu:

3. Haushaltungsplan

des Vereins deutscher Chemiker für das Jahr 1906 im Vergleich mit dem Haushaltungsplan für das Jahr 1905.

Einnahme	1905		1906		Ausgabe		1905		1906		
	M	A	M	A			M	A	M	A	
Mitgliederbeiträge, von 3210 Mitgliedern à 20 M Zinsen d. Vereinsvermögens	60 000	—	64 200	—	Zeitschrift für 3210 Mitglieder à 12.50 M	37 500	—	40 125	—		
	2 600	—	3 600	—	Beitrag zum deutschen Haftpflichtschutzverband	25	—	25	—		
					Beitrag zum internationalen Verband für Materialprüfung der Technik	20	—	20	—		
					Beitrag zum Verein für gewerblichen Rechtsschutz	30	—	30	—		
					Vorstands- und Ausschußsitzungen	3 000	—	3 250	—		
					Rückvergütung an die Bezirksvereine	8 500	—	9 000	—		
					Zuschuß zur Hauptversammlung	600	—	600	—		
					Stenograph zur Hauptversammlung	400	—	400	—		
					Drucksachen: Etats, Sonderabzüge usw. zur Hauptversammlung	550	—	750	—		
					Bureaubedürfnisse des Vorstandes	500	—	500	—		
					Drucksachen: Berichte, Mitgliederverzeichnisse usw.	950	—	1 050	—		
					Kosten der Geschäftsführung	7 500	—	8 000	—		
					Liebigdenkmünze	600	—	600	—		
					Hilfskasse	1 000	—	1 000	—		
					Konto für unvorhergesehene Fälle und zur Verfügung des Vorstandes	1 425	—	2 450	—		
	62 000	—	67 800	—				62 600	—	67 800	—

Vorsitzender: Ich glaube, daß der Haushaltungsplan keiner besonderen Diskussion bedarf. Der Vorstand schlägt Ihnen vor, der Hilfskasse wie im vorigen Jahre 1000 M zu überweisen. Ich glaube, wir können das verantworten.

Dir. Lüty: M. H. Im vorigen Jahre hat der Vorstandsrat beschlossen, in den Haushaltungsplan einzusetzen: „Beitrag des Hauptvereins zur Hilfskasse bis 1000 M.“ Ich möchte heute als Geschäftsführer des Kuratoriums der

Hilfskasse Ihnen vorschlagen, diesen Beschlüß auf Grund des leidlich guten Geschäftsabschlusses des Jahres 1904 dahin zu erweitern, daß Sie der Hilfskasse für das Jahr 1905 nicht bis zu 1000 M, sondern effektiv 1000 M überweisen, und daß Sie weiter für das Jahr 1906 schon heute festlegen: „Beitrag für die Hilfskasse 1000 M.“

Das Institut der Hilfskasse hat sich insofern gut entwickelt, als auch in diesem Jahr schon eine ganze Reihe von Anfragen, d. h. Unter-

stützungsgesuchen aus den Kreisen von Vereinsmitgliedern und Nichtvereinsgenossen an uns herangetreten ist. Im letzteren Falle hat das Kuratorium festgelegt, daß nur auf einstimmigen Beschuß Bewilligungen gemacht werden dürfen. In mehreren Fällen war das Kuratorium in der Lage, einstimmig die Bewilligung einer Unterstützung auszusprechen. Vor allen Dingen haben wir aber das größte Interesse daran, unsere Vereinsgenossen bei plötzlichen Verlegenheiten zu unterstützen, also in Fällen wo momentan größere Summen verlangt werden, um irgend eine Zahlung sofort zu leisten. Die Rückzahlungen an die Hilfskasse erlauben dann, die Last gleichmäßig wieder auf einen größeren Zeitraum zu verteilen. Voraussichtlich werden notleidende Kollegen aus dem engeren Verein auch an uns mit größeren Forderungen herantreten. Jedenfalls haben wir als Vertreter der Hilfskasse ein großes Interesse daran, daß wir möglichst viele bereite Mittel zur Verfügung haben. Wir sind aber auch bestrebt, die Hilfskasse dahin zu festigen, daß das Stammkapital möglichst anwächst. Je mehr Sie die Kasse stärken, umso weniger werden wir in späteren Zeiten an Ihre Güte appellieren müssen, und darum bitten wir, beide Anträge der Hilfskasse zu genehmigen, also in diesem sowohl wie im nächsten Jahre je 1000 M für dieselbe fest zu bewilligen.

Die Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme des Antrages.

4. Wahl eines Ehrenmitgliedes.

Vorsitzender: M. H., der Vorstand schlägt Ihnen vor, in diesem Jahre Herrn Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Emil Fischer in Berlin zum Ehrenmitglied zu ernennen. Wünscht jemand von den Herren zu diesem Antrag das Wort? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen Herren, die für den Antrag sind, sich zu erheben. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Wir werden also in der geschäftlichen Sitzung Herrn Prof. Dr. E. Fischer zum Ehrenmitglied vorschlagen.

5. Vorstandswahl (Neuwahl eines Beisitzers).

Vorsitzender: In diesem Jahr hat Herr Prof. Dr. Beckmann aus dem Vorstande auszuscheiden. Herr Prof. Dr. Beckmann hat mir leider vorhin mitgeteilt, daß er nicht in der Lage sei, eine Wiederwahl anzunehmen, da er zu sehr mit anderen Angelegenheiten überlastet sei. Der Vorstand schlägt Ihnen vor, unseren seitherigen Geschäftsführer Dir. Fritz Lüty zu wählen und ich gebe mich der Gewißheit hin, daß wir niemand in den Vorstand wählen können, der so vertraut mit den Geschäften ist, als Herr Lüty.

Prof. Dr. Beckmann: Hochverehrte Herren! Es könnte so aussehen, als ob ich mich hier aus dem Vorstande drücken wollte. Die Sache liegt aber so, daß, als die Anfrage an mich vor 3 Jahren gelangte, ich schon damals Kollisionen mit meinen anderen Verpflichtungen voraussah. Aber Ihr Vertrauen ehrte mich in einem Maße, daß ich die Wahl annahm, aber gleichzeitig bat, mir nach 3 Jahren einen Nachfolger bestellen zu wollen. Wenn ich nun diese Bitte heute wieder-

hole, so beabsichtige ich durchaus nicht, den Interessen des Vereins ferner zu rücken, im Gegenteil, ich glaube in etwas freierer Situation hier und da für den Verein mehr wirken zu können, durch irgend welche wissenschaftliche Betätigung, als es mir jetzt in den Vorstandssitzungen möglich ist. Ich glaube, es liegt in Ihrem Interesse, jetzt die günstige Gelegenheit eines solchen Ersatzes beim Schopfe zu fassen. Ich danke Ihnen herzlich für das Vertrauen, das Sie in mich gesetzt haben, und werde, wie gesagt, immer für den Verein und mit dem Verein weiter zu wirken bemüht sein.

Vorsitzender: M. H. Ich glaube in Ihrer aller Sinne zu sprechen, wenn ich Herrn Prof. Dr. Beckmann für die große Mühe und Arbeit die er lange Zeit für den Verein ausgeführt hat, und für die Liebenswürdigkeit und Liebe, mit der er an den Vereinsangelegenheiten mitgearbeitet hat, den wärmsten Dank ausspreche. Ich glaube, daß wir die Hoffnung daran knüpfen dürfen, daß er sich später einmal wieder in den Vorstand wählen lassen wird und uns seine Hilfe wieder zur Verfügung stellt. (Bravo!)

Ich konstatiere, daß die Versammlung mit dem Vorschlage, Herrn Dir. Lüty in den Vorstand zu wählen, einverstanden ist.

6. Wahl von 2 Rechnungsprüfern.

Vorsitzender: Infolge Verlegung der Geschäftsstelle nach Darmstadt können die beiden bewährten Rechnungsprüfer, die wir zur Zeit haben, nicht wieder gewählt werden.

Der Vorstand schlägt die Herren Prof. Dr. Kolb und Dr. W. Flimm, beide in Darmstadt, zu Rechnungsprüfern vor. Ich glaube die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen zu dürfen, den beiden bisherigen Rechnungsprüfern, die das schwierige Amt 8 Jahre lang so vorzüglich verwaltet haben, unseren Dank auszusprechen. Ich bitte den Geschäftsführer, den Herren Engelcke und Kobe den Dank des Vereins schriftlich auszudrücken. (Bravo!)

7. Feststellung von Ort und Zeit der Hauptversammlung.

Dir. Fritz Lüty: Der Verein hat sich im vorigen Jahre bzw. im vorvorigen Jahre wegen der Hauptversammlung an verschiedene Bezirksvereine gewendet. Die Korrespondenz über diese Angelegenheit hat ergeben, daß unser junger Bezirksverein Mittelfranken eigentlich derjenige war, welcher am unternemsten vorging, indem er nämlich schon damals uns nach Nürnberg einladen wollte. Der internationale Kongreß und die Einladung des oberrheinischen Vereins nach Mannheim verhinderten uns damals, die Einladung von Mittelfranken anzunehmen. In der Korrespondenz wurde von dem damaligen Vorsitzenden des Mittelfränkischen Bezirksvereins darauf hingewiesen, daß im Jahre 1906 eine bayerische Landesausstellung in Nürnberg stattfinden werde, und daß der Mittelfränkische Bezirksverein es gern sehen würde, wenn der Verein deutscher Chemiker zu diesem Termin nach Nürnberg käme. Herr Prof. Dr. Stockmeier,

als Vertreter des Bezirksvereins Mittelfranken, wird Ihnen persönlich die Einladung übermitteln, die übrigens durch Schreiben vom 20. Mai d. J. der Geschäftsführung schon zugegangen ist.

Prof. Dr. H. Stockmeier. M. H., eigentlich hat der Herr Geschäftsführer mit seinem Berichte mir schon den besten Teil meiner Einladungsrede vorweggenommen und ich kann im großen und ganzen nicht mehr viel dazu sagen. Ich kann nur dem Auftrage des Bezirksvereins Mittelfranken hier Ausdruck verleihen, der dahin geht, Sie zu bitten, im Jahre 1906 Nürnberg zum Versammlungsort zu wählen. Nürnberg begibt im kommenden Jahre das 100jährige Erinnerungsfest seiner Einverleibung als ehemalige freie Reichsstadt in das Königreich Bayern. Zur Durchführung dieses Festes ist u. a. die Veranstaltung einer Landesausstellung im Gange, in welcher nicht nur die industrielle Leistungsfähigkeit Bayerns zur Jetzzeit, sondern auch der gewerbliche Werdegang in den letzten hundert Jahren vor Augen geführt werden soll.

M. H., Nürnberg — das darf ich wohl betonen — hat sich als Kongreßstadt längst bewährt. Es tagte in Nürnberg bereits zweimal die Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte und im vorigen Jahre hatten wir die Ehre, den ersten internationalen Schulhygienekongreß willkommen zu heißen. Alle Gäste zogen befriedigt von dannen und so steht zu erwarten, daß auch Sie sich bei uns wohlfühlen werden. Deshalb, meine Herren, willfahren Sie unserer Bitte, im nächsten Jahre einen Besuch Ihrem jüngsten, auf deutscher Erde geborenen Sohne, zu widmen. (Lebhafter Beifall!)

Vorsitzender: Ich glaube, M. H., Ihr Beifall genügt, und ich brauche wohl über den Antrag nicht erst abstimmen zu lassen. Wir werden also unsere Hauptversammlung nächstes Jahr in Nürnberg halten.

Dr. Wirth: M. H., ich glaube, daß verschiedenen Herren die Zeit direkt nach Pfingsten wenig paßt, speziell Familienväter würden die Ferien ihrer Jungen gern benutzen, um zu Pfingsten Ausflüge zu machen. Das wird durch die Tagung unmittelbar nach Pfingsten verhindert. Ich möchte daher anregen, ob es nicht praktisch wäre, eine andere Zeit zu wählen.

Vorsitzender: Wünscht jemand von den Herren zu diesem Vorschlage das Wort? Ich für meine Person glaube, daß es schwer sein wird, da eine Änderung zu schaffen. Wir sind es seit vielen Jahren gewöhnt, um diese Zeit zu tagen und müssen außerdem dem Umstand Rechnung tragen, daß eine große Anzahl von Chemikern am leichtesten in der Pfingstwoche Urlaub bekommt. Das war auch, glaube ich, ursprünglich die Ursache, die Tagung des Hauptvereins in die Pfingstwoche zu verlegen.

Dir. Prof. Dr. C. Duisberg: Es kommt dazu, daß eigentlich die Tagungszeiten zwischen den verschiedenen Vereinen geteilt sind. Sie wissen, daß die Bunsengesellschaft lange herumgeföhlt hat, auf welche Tage sie wohl am besten ihre Hauptversammlung legen solle. Wir haben auch Beratungen darüber gepflogen, ob es nicht richtig

wäre, einen gemeinsamen Tag nach Art der Naturforscherversammlung für die verschiedenen chemischen Vereine festzulegen. Die Sache ist aber, wie Ihnen bekannt, gescheitert, und da die Bunsengesellschaft sich dafür entschieden hat, in der Woche nach Himmelfahrt ihre Hauptversammlung abzuhalten, und wir im Herbst die Naturforscherversammlung haben, an der die Akademiker meist teilnehmen, so wird, glaube ich, nichts für uns übrig bleiben als die Woche nach Pfingsten. In der Woche vor Pfingsten geht es nicht, schon mit Rücksicht auf die Bunsengesellschaft, und wollen Sie die nächste Woche wählen, so wird dadurch die Sache für die Akademiker sehr erschwert, denn in der nächsten Woche fängt wieder das Semester an, so daß also keiner von den Herren erscheinen würde. Darum, m. H., möchte ich Sie bitten, es bei dem alten Modus bewenden zu lassen. Wenn es gelänge, alle chemischen Vereine zusammen tagen zu lassen, so wäre das allerdings das Beste.

Dir. Dr. Krey: Ich möchte mich in demselben Sinne wie Herr Prof. Dr. Duisberg aussprechen, daß wir an der Tradition, die Versammlungen in der Woche nach Pfingsten stattfinden zu lassen, festhalten. Etwa 13 Jahre sind es her — es war während meines Vorsitzes im Jahre 1892 — daß wir die Versammlungen, die früher im Herbst stattfanden, auf die Woche nach Pfingsten verlegten, nicht deshalb allein, weil die Naturforscherversammlung, sondern auch der Verein deutscher Düngerfabrikanten, der der Zuckerfabrikanten und andere im September tagen, und da kommen wir noch mehr in Konkurrenz. Ich möchte also vorschlagen, es bei der bisherigen Übung zu belassen.

Prof. Dr. Beckmann: Ich möchte darauf hinweisen, daß die Himmelfahrtswoche ganz besetzt ist. Vor Himmelfahrt tagt der Verein deutscher Nahrungsmittelchemiker — wir sind in diesem Jahr in Dresden zusammen gewesen —, und die Bunsengesellschaft tagt in der Woche nach Himmelfahrt; also ist hier nichts zu machen.

Dr. Redenz: In der Pfingstwoche des nächsten Jahres tagt der VI. internationale Kongreß in Rom. Es ist daher zu erwägen, ob nicht eine Kollision der Interessen stattfindet, da sicherlich viele von den Herren dort teilnehmen wollen. (Zuruf: Ostern!) Der Tag ist, glaube ich, noch nicht festgestellt. (Zuruf: Er ist in den Ostertagen!)

Prof. Dr. Beckmann: In der Einladung steht: „im Frühling“.

Dr. Wirth: Es scheint keine rechte Stimmung für meinen Vorschlag zu sein, ich ziehe ihn deshalb zurück.

Vorsitzender: Der Antrag ist zurückgezogen. Wir werden also morgen Nürnberg für das nächste Jahr als Versammlungsort vorschlagen und die Woche nach Pfingsten als Tagungszeit.

Wir gehen über zu:

8. Berichte des Vorstandes:

Ich möchte zunächst die Frage stellen, wollen Sie wirklich heute alle Berichte hören und morgen nochmals? Oder glauben Sie, daß es zu einer Diskussion kommen wird? (Jawohl!)

Dir. Lüty: M. H. Ich möchte bitten, den ausführlichen Bericht über die Zeitschrift hier entgegenzunehmen. Da unser Zeitschriftunternehmen doch ein rein geschäftliches ist, sind eine Anzahl von Mitteilungen zu machen, die diskreter Natur sind und sich nicht für die Hauptversammlung eignen. Andererseits fühlt der Vorstand sich veranlaßt, Ihnen gerade die Angelegenheiten der Zeitschrift ausführlich mitzuteilen, damit Sie nicht nur darüber unterrichtet sind, sondern auch gewisse Maßnahmen des Vorstandes, die scharf kritisiert wurden, richtig beurteilen. Also m. H., ich möchte Sie bitten, wenigstens den Bericht über die Zeitschrift von Herrn Prof. Dr. Rassow bzw. von mir entgegenzunehmen.

Geh. Reg.-Rat Dr. Lehne: Ich möchte bitten, den Bericht des Herrn Dr. Wirth über die Gebührenordnung entgegenzunehmen, weil ich dazu im Auftrage des Märkischen Bezirksvereins Anregungen geben möchte.

Dr. Karl Goldschmidt: Ich möchte beantragen, die Berichte morgen erstatten zu lassen. Nach eifriger Selbstprüfung muß ich sagen, daß ich es nicht empfehlen kann, die Sachen zweimal zu hören.

Vorsitzender: Ich nehme also an, die Herren sind damit einverstanden, daß wir den Bericht über die Zeitschrift und über die Gebührenordnung hier entgegennehmen und die anderen Berichte auf morgen verschieben. — Wenn sich niemand mehr zum Worte meldet, darf ich annehmen, daß die Herren damit einverstanden sind. Wir kommen also zunächst zu

a. Vereinszeitschrift.

Abrechnung für 1904 und Bericht über die Entwicklung der Zeitschrift im Jahre 1904.

Prof. Dr. Rassow: Unsere Vereinszeitschrift hat, seitdem sie in den Alleinbesitz des Vereines Deutscher Chemiker übergegangen ist, ihr Programm ganz erheblich erweitert. Dies tritt schon bei der Betrachtung des Umfanges der letzten sechs Jahrgänge zu Tage. Dieser betrug im Jahre

1899	1264	Seiten
1900	1338	"
1901	1340	"
1902	1360	"
1903	1276	"
1904	2008	"

Eine mäßige Vergrößerung (auf ca. 1700 Seiten) war zwar bei dem Übergang in die neuen Verhältnisse vorgesehen worden; die Vergrößerung von fast der Hälfte des Umfanges wurde aber von der Redaktion beantragt und mit Genehmigung des Vorstandes durchgeführt, um dem Bedürfnis unserer Vereinsmitglieder nach wissenschaftlichem und technischem Lesestoff in noch weiterem Maße entgegenzukommen.

Das Programm, welches der neue Redakteur vor Beginn seiner Tätigkeit aufgestellt hatte, ging, besonders was zusammenhängende Fortschrittsberichte, Einzelreferate und Patentreferate anbetrifft, erheblich über das frühere

Maß hinaus. Es hat sich aber gezeigt, daß auch der Stoff an Originalaufsätzen nicht ab-, sondern zugenommen hat. Die Redaktion ist stets reichlich mit Originalaufsätzen versehen gewesen und hat trotz aller Kritik bei der Annahme von Aufsätzen viele Mitteilungen nur mit starker Verzögerung abdrucken lassen können.

Zusammenfassende Jahresberichte sind ja auch schon in früherer Zeit in unserer Zeitschrift veröffentlicht worden. Indessen war diese Abteilung der Zeitschrift in den letzten Jahren etwas kümmerlich ausgefallen. Es war der Redaktion eine große Freude, aus der Feder hervorragender Fachgenossen Jahresberichte publizieren zu können, die in den Kreisen unserer Leser viel Beifall gefunden haben.

Das seinerzeit aufgestellte Ideal, aus dem eigentlichen Referatenteil der Zeitschrift ein vollständiges Repertorium der angewandten und technischen Chemie zu machen, hat sich leider noch nicht vollständig verwirklichen lassen. Obgleich im Laufe des Jahres 1904 von uns 1800 Referate aus den genannten Gebieten abgedruckt worden sind, so sind doch einzelne Richtungen der technischen Chemie noch nicht mit der wünschenswerten Vollständigkeit behandelt worden. Leider war die Redaktion bisher nicht in der Lage, diese Lücke vollständig auszufüllen, da trotz des vergrößerten Umfanges der Zeitschrift es an dem nötigen Platz gebrach.

Sehr vollständig ist unsere Patentreferierung. Wir haben aus den Klassen: 12. Chemische Verfahren und Apparate, 16. Düngerbereitung, 18. Eisenhüttenwesen, 22. Farben, Firnisse, Lacke, Anstriche, Klebemittel, 23. Fett- und Ölindustrie, 40. Hüttenwesen, Legierungen, 48. Chemische Metallbereitung, 89. Zucker- und Stärkegewinnung, über sämtliche Patente referiert und aus einer großen Anzahl weiterer Klassen diejenigen, welche für die chemischen Leser irgendwie von Wichtigkeit sein könnten. Wir haben in diesen Referaten stets den Patentanspruch wörtlich gebracht und aus der Beschreibung die für das Verständnis des Anspruches nötigen Erläuterungen. Zu wünschen bleibt nur noch, daß die Publikation der Patente in unserer Zeitschrift etwas schneller erfolgte; indessen würde sich das auch nur mit einem etwas vergrößerten Umfang der Zeitschrift erreichen lassen.

Die wirtschaftlich-gewerblichen Aufsätze und Mitteilungen haben im großen und ganzen die Zustimmung unserer Leser gefunden; sie sollen in dem jetzigen Rahmen beibehalten werden. In diesem Gebiete vermißt indessen die Redaktion noch ganz besonders die Mitarbeiterschaft der Vereinsmitglieder. Nur von ganz wenigen Seiten bekommen wir Mitteilungen über Vorgänge im wirtschaftlichen und industriellen Gebiete von unseren Lesern direkt und ehe sie sonst in der Presse erschienen sind, übermittelt. Auch in dem Kapitel Personalien wäre uns eine eifrigere Berichterstattung von Seiten der Vereinsmitglieder sehr erwünscht.

Die Bücherbesprechungen sind im Jahre

1904 gleichfalls in sehr viel größerer Zahl als früher erschienen. Es läßt sich natürlich nicht vermeiden, daß bei einer Besprechung bisweilen die Kritik ungünstig ausfällt, und daß sich dann eine Polemik anschließt, für die wir die Spalten unserer Zeitschrift offen halten müssen.

Die deutschen und ausländischen Patentanmeldungen bringen wir mit möglichster Beschleunigung und unseres Erachtens hinreichender Vollständigkeit. Da diese Listen, ebenso wie die der neuerschienenen Bücher nur vorübergehenden Wert haben, erscheint es mir wünschenswert, sie künftig im Anzeigenteil erscheinen zu lassen, wir würden dann in dem gebundenen Band 200—250 Seiten für Veröffentlichungen von dauerndem Werte frei bekommen.

Besonders schnell werden von der Redaktion jedesmal die Sitzungsberichte der Bezirksvereine veröffentlicht. Wenn von manchen Seiten über mangelhafte Berücksichtigung der Bezirksvereine seitens der Zeitschrift geklagt worden ist, so ist die Schuld dafür den Bezirksvereinen selber zuzumessen, die ihre Sitzungsberichte zu spät oder überhaupt nicht der Geschäftsführung eingesendet haben. Es sind im Jahre 1904 bei uns 71 Sitzungsberichte eingegangen, von denen 1904 62 abgedruckt wurden, während der Rest, der Mitte bis Ende Dezember 1904 einging, in den ersten Heften des Jahres 1905 publiziert wurde. Die Redaktion möchte wiederholt die dringende Bitte an sämtliche Bezirksvereinsvorstände richten, dafür zu sorgen, daß regelmäßig ausführliche Sitzungsberichte der Geschäftsführung zur Publikation eingesandt werden.

Der Absatz unserer Zeitschrift hat sich im Jahre 1904 in erfreulicher Weise gesteigert. Er hat sich von 3730 am Schlusse des Jahres 1903 auf 3949 vermehrt.

Es bleiben noch viele Wünsche für die Verbesserungen bei der Zeitschrift offen. Niemand ist das klarer geworden als dem Redakteur. Ich glaube aber sagen zu dürfen, daß die großen Opfer, die der Verein im letzten Jahre für seine Zeitschrift gebracht hat, nicht vergeblich waren. Sind wir doch im Jahre 1904 einen sehr erheblichen Schritt vorwärts gekommen auf dem Wege zu dem uns allen vorschwebenden Ideal:

Die Zeitschrift für angewandte Chemie zum führenden Organ für alle in der Praxis stehenden Chemiker zu machen.

Vorsitzender: Wünscht jemand von den Herren dazu das Wort?

Geh. Reg.-Rat Dr. Lehne: M. H. Wir haben im Märkischen Bezirksverein lange und eingehende Kommissionsberatungen über die Zeitschriftfrage geflogen und ich konnte feststellen, daß die meisten Herren, das was der Herr Redakteur selbst ausgesprochen hat, bestätigt haben, daß die Zeitschrift auf eine ganz andere Höhe gekommen ist als bisher. (Sehr richtig!)

Es sind aber noch einige fromme Wünsche übrig, die wir im Bezug auf die Zeitschrift hegen. Ich verhehle nicht, daß verschiedene dieser Wünsche mit der Kasse im engen Zusammenhang stehen, welche häufig den Redakteur nötigt,

an sich berechtigte Verbesserungsvorschläge zunächst zurückzustellen.

In erster Linie möchte ich eine Resolution des Märkischen Bezirksvereins zur Sprache bringen, die einen dieser Wünsche wiedergibt: „Die Schriftführer der Bezirksvereine sollen tunlichst bald die Berichte über die Vereinssitzungen sowohl dem Herrn Geschäftsführer des Hauptvereins, wie dem Redakteur der Zeitschrift einsenden, und die Redaktion nach Rücksprache mit dem betreffenden Vortragenden auf dessen Bereitwilligkeit, seinen Vortrag oder ein ausführliches Referat in der Zeitschrift zu veröffentlichen, aufmerksam machen. Auch soll auf angebogener Karte um baldige Antwort ersucht werden, ob die Veröffentlichung erfolgen wird. Es ist häufig vorgekommen, daß die Sitzungsberichte erst sehr spät erschienen sind und daß viele interessante Vorträge, die in den einzelnen Bezirksvereinen gehalten worden sind, und die eine Fülle neuen Materials enthielten, tatsächlich nicht mitgeteilt worden sind. Selbstverständlich will ich damit nicht etwa einen versteckten Vorwurf gegen die Redaktion erheben; die Redaktion hat sich ja verschiedentlich darüber beklagt, daß sie die Berichte überhaupt nicht bekommen hat. Diesem Übelstand würde abgeholfen, wenn direkt im Anschluß an den Vortrag der betreffende Verein den Vortragenden veranlassen würde, entweder ein Autorreferat oder sein Manuscript selbst zur Verfügung zu stellen. Diese möglichst bald der Redaktion der Zeitschrift zu übermitteln, wäre die Pflicht des Schriftführers des betreffenden Bezirksvereins.“ Wir versprechen uns von dieser Einrichtung eine Bereicherung der Zeitschrift mit schätzenswertem Material. Kürzungen liegen ja immer in der Hand des Redakteurs und wenn er viel Material hat, kann er sich unter Umständen selbst mit dem Autor in Verbindung setzen und Kürzungen anregen. Die Einholung einer Äußerung, ob die Veröffentlichung erfolgen wird, ist deshalb angeregt worden, damit man bestimmt darauf rechnen kann, daß die Sache nicht etwa in den Papierkorb gerät. Das, m. H., ist in Kürze der Inhalt unserer Resolution, und ich stelle anheim, ob darüber nicht eine kleine Diskussion eröffnet werden soll.

Vorsitzender: Ich möchte die Diskussion darüber etwas zurückstellen, denn die Resolution deckt sich mit dem Inhalt eines Antrages des Oberschlesischen Bezirksvereins und ich glaube, daß sich am besten nachher diese Anträge vereinigen lassen.

Geh. Reg.-Rat Dr. Lehne: Dann darf ich vielleicht zu einem anderen Punkt übergehen. Dieser betrifft die Reklame, die teilweise noch in der Zeitschrift im redaktionellen Teil gemacht wird. Es sind mehrere Male von annonzierenden Firmen verdeckte Reklamen im redaktionellen Teil veröffentlicht worden. Ich kann hier darauf verzichten, einzelne Beispiele anzuführen. Der Eingeweihte ist sich sofort über den Charakter solcher Veröffentlichungen im klaren, während mancher Harmlose darüber hinwegliest. Es ist aber zu befürchten, daß die Zeitschrift dadurch in den Ruf kommen

könnte, sie ließe sich durch Inserate bewegen, eine geschäftliche Empfehlung in den redaktionellen Teil aufzunehmen. Nach meiner Ansicht ist dieser Punkt sehr wichtig und für die Entwicklung und Ansehen unseres Vereinsorgans von erheblicher Bedeutung.

Es ist dann noch der Wunsch geäußert worden, daß die Referate doch etwas übersichtlicher geordnet werden möchten, besonders soweit sie sich auf den wirtschaftlich-gewerblichen Teil beziehen und ein weiterer Wunsch ist der, daß die Vereinsnachrichten und das Mitgliederverzeichnis in jeder Nummer auf demselben Blatt des Umschlages abgedruckt werden.

(Dir. Lüty ruft: Das ist schon seit vier Monaten geschehen!)

Ein anderer Punkt, in dem ich ganz einig mit dem Herrn Redakteur bin, ist der, daß die Aufnahme von Polemiken nach Möglichkeit vermieden wird und keinesfalls solche Veröffentlichungen honoriert werden. Letzteres ist das einfachste Mittel sie zu beschränken.

M. H., ich habe meiner Pflicht genügt, indem ich Ihnen diese einzelnen Punkte, die in unserer Zeitschriftenkommission erörtert worden sind, vorgetragen habe. Sonst ist im allgemeinen anerkannt worden, daß die Zeitschrift jetzt einen ganz anderen Eindruck macht, wie früher und das hört man auch von außerhalb bestätigen.

Prof. Dr. Rassow: Was die Polemiken anbetrifft, so lassen sich dieselben wohl nicht umgehen. Wir machen die Sache aber so, daß wir, wenn jemand sich angegriffen fühlt und antwortet, diese Antwort an den ursprünglichen Autor im Fahnenabzug gehen lassen und ihn bitten, wenn er noch etwas zu erwideren hat, es sofort zu tun, damit die Sache sich nicht zu lange hinzieht. Sodaum wird selbstverständlich für polemische Aufsätze kein Honorar gezahlt.

Direktor Fritz Lüty: Reklamen sind im vorigen Jahre nur zwei in der Zeitschrift erschienen. Beim Abschluß unseres Vertrages mit Scherl ist ohne unser Zutun, oder ich will besser sagen durch meine Unkenntnis, in diesen Vertrag der Passus aufgenommen worden, daß der Verein ab und zu auf die eine oder andere Beilage durch eine redaktionelle Notiz aufmerksam machen soll. Eine solche Reklame ist, soviel ich weiß, im Februar erschienen und eine andere im Juni oder Juli. Das sind aber die beiden einzigen. Wir haben der Firma Scherl dargelegt, daß derartige Reklamen viel Mißliches für uns haben und infolgedessen wird die sehr entgegenkommende Firma einen Ausweg suchen, der uns den redaktionellen Hinweis erspart. Hinweise auf die Beilagen zur Zeitschrift finden Sie stets im Inseratenteil, das ist ja usuell und geschieht bei sämtlichen Zeitschriften. Vorstand und Geschäftsführung haben es aber strikte abgelehnt, und zwar in Übereinstimmung mit Herrn Prof. Dr. Rassow, Artikel im Text aufzunehmen, die eine Reklame enthalten. Damit Sie darüber unterrichtet sind,

auf was sich das Monitum des Herrn Vorredners bezieht, teile ich Ihnen mit, daß die eine Reklame sich auf eine photographische Kamera bezog und die zweite auf ein Kunstwerk, welches in einem Verlage in Berlin erschien ist. Diese beiden Sachen sind in der Zeitschrift erschienen, sonst ist aber nichts abgedruckt worden, und ich kann nur wiederholt versichern, daß auch für die Folge möglichst Ähnliches vermieden wird.

Vorsitzender: Wenn auch die Zeitschrift keine Reklame machen darf, so möchte ich doch immer für die Zeitschrift Reklame machen. Schicken Sie uns Annoncen und helfen Sie mir annoncieren, denn das ist ein sehr wichtiger Punkt für eine Zeitschrift. — Wünscht noch jemand das Wort zum Vortrage des Herrn Prof. Dr. Rassow? Das ist nicht der Fall; dann erteile ich Herrn Dir. Lüty das Wort.

Dir. Lüty: Herr Prof. Dr. Rassow hat Ihnen die redaktionelle Entwicklung unserer Zeitschrift vorgeführt, mir liegt die Aufgabe ob, Ihnen die geschäftliche Entwicklung zu schildern. Da ich im Begriff stehe, mein Amt als Geschäftsführer niederzulegen, werden Sie mir verzeihen, wenn ich Ihre Geduld etwas länger in Anspruch nehme, indem ich ausführlicher berichte, als es sonst üblich war. Dabei muß ich mir andererseits diejenige Beschränkung auferlegen, welche bedingt ist durch die geschäftliche Natur unseres Zeitschriftenunternehmens. Ein Teil der Zahlen, welche ich Ihnen heute nenne, ist diskretes Material und wird nicht in den Veröffentlichungen des Vereins erscheinen, auch nicht in der geschäftlichen Sitzung morgen vorgetragen werden. — Auf Grund des Vertrages vom 18. bzw. 22. Juni 1903 hat der Verein die zweite Hälfte der Zeitschrift für angewandte Chemie von seinem bisherigen Associé, der Firma Jul. Springer, gegen Zahlung einer einmaligen Abfindungssumme übernommen und seinen Besitz mit dem 1. Januar 1904 angetreten. Die sämtlichen Bestände von älteren Jahrgängen, soweit sie der Firma Springer gehörten, wurden gegen Zahlung einer besonderen Summe ebenfalls übernommen.

In der Vorstandssitzung vom 25. August 1903 wurde der Geschäftsführer beauftragt, die nötigen Erhebungen anzustellen um Vorschläge für die Organisation des Unternehmens und der Herstellung der Zeitschrift zu machen. Am 18. Oktober 1903 wurde dem Vorstande in Kassel ein ausführlicher Bericht seitens der Geschäftsführung erstattet und auf Grund desselben beschlossen:

1. Der Verein nimmt die Herstellung der Zeitschrift selbst in die Hand.
2. Der Inseratenteil wird an eine größere Firma verpachtet unter der Voraussetzung, daß dieselbe eine jährliche Mindesteinnahme für den Verein garantiert.
3. Die Zeitschrift ist so zu erweitern, daß die allwöchentlich erscheinenden Hefte 32 Seiten Text haben sollen. —

Der Geschäftsführer wurde mit dem Abschluß der entsprechenden Verträge beauftragt.

Die gesamte Herstellung und der Versand wurde der Spamerischen Druckerei in Leipzig übertragen, der Anzeigenteil und das Beilagenwesen dagegen der Firma Aug. Scherl in Berlin. Gleich hier sei bemerkt, daß der gesamte, umfangreiche geschäftliche Verkehr mit beiden Firmen sich in der koulantesten und angenehmsten Weise abgespielt hat. Beide Firmen sind stets bereit gewesen, uns mit ihrem geschäftlichen Rat zu unterstützen und die Interessen des Vereins zu fördern. Ich spreche daher den Firmen Spamer und Scherl hiermit den Dank des Vereins für ihr stets bewiesenes Entgegenkommen aus. (Bravo.)

Gegen Mitte September 1903 wurde Herr Prof. Dr. Rassow in Leipzig für die Redaktion unseres Unternehmens gewonnen. Derselbe begann sofort mit seinen Vorbereitungen für die Gewinnung von Mitarbeitern und festen Korrespondenten, damit nicht nur das pünktliche Erscheinen der Nr. 1 1904, sondern auch der folgenden Nummern gesichert erscheine. Dies ist denn auch, teilweise unter Überwindung großer Schwierigkeiten, stets gelungen.

Am 7. Mai 1904 konnte der Redakteur dem Vorstande in Frankfurt a. M. berichten, daß das vorliegende Material so mächtig angewachsen sei, daß eine erneute Erweiterung der Zeitschrift eintreten müsse.

Ogleich der Vorstand der Überzeugung war, daß diese Erweiterung dem Verein bedeutende Opfer auferlegen würde, beschloß er dennoch auf Antrag von Prof. Dr. Duisberg: Redaktion und Geschäftsführung zu beauftragen, die Erweiterung durch Herausgabe verstärkter Hefte nach Maßgabe des vorliegenden Stoffes in die Wege zu leiten, wobei jedoch darauf Rücksicht zu nehmen sei, daß die Ausgaben ein gewisses Maß nicht überschreiten sollten. — Noch einige andere Beschlüsse, welche dahin zielten, einen größeren Raum im Textteil der Zeitschrift für wissenschaftliche Mitteilungen zu erhalten, wurden gefaßt, z. B. wurden die Mitteilungen zum Mitgliederverzeichnis in den Anzeigenteil verwiesen.

Im Ganzen sind 7 Hefte in verstärktem Umfang erschienen mit zusammen 544 Seiten an Stelle von 224 Seiten, so daß eine Erweiterung von 320 Seiten Text eingetreten ist. Das starke Anwachsen einzelner Hefte wurde bedingt durch das Bestreben, die gegebene Portogrenze nach Möglichkeit auszunutzen.

Die Mehrherausgabe von 320 Seiten Text, also 10 normalen Heften, erforderte selbstverständlich erhöhte Herstellungskosten u. Honorare, wodurch das schon im ersten Quartal festgestellte Defizit des Unternehmens anwachsen mußte, zumal die Einnahmen durch vermehrten Absatz und vermehrte Inserate mit der Erweiterung nicht gleichen Schritt hielten.

Am 12. November 1904 beriet der Vorstand in Berlin den Haushaltungsplan der Zeitschrift für 1905 und legte dabei auf Vorschlag des Geschäftsführers die folgenden Grundsätze fest:

1. Ab 1. Januar 1905 findet der Versand der Zeitschrift in Deutschland im Wege der Postüberweisung statt.

2. Im Jahre 1905 erscheinen abwechselnd Hefte von 32 und 48 Seiten Text, so daß im ganzen der Umfang der Zeitschrift 2080 Seiten Text beträgt. Eine Erweiterung der Zeitschrift findet im Jahre 1905 über diesen Rahmen hinaus nicht statt.

3. Der Preis der Zeitschrift für Nichtmitglieder wird auf 25 M pro Jahrgang festgelegt.

Außerdem wurden noch einige andere, den gleichen Zweck, Verringerung des Defizits, anstrebende Maßnahmen beschlossen.

Die Abrechnung der Zeitschrift für 1904 schließt mit einem Verlust von 7473,28 M ab.

Der Redner legt eingehend die Gründe für dieses Defizit dar an der Hand des Voranschlags und der Abrechnung für 1904.

Der Verkauf von älteren Jahrgängen hat im Jahre 1904 den Betrag von 4110,96 M erbracht, wovon nur die Unkosten für Fracht etc. mit 49,75 M abgehen. Da der Wert der noch vorhandenen älteren Jahrgänge zum mindesten 1000 M beträgt, hat der Vorstand am 11. März 1905 in Halle beschlossen, die überschießende Summe von 3061,21 M auf den Verlust pro 1904 abzuschreiben, so daß derselbe nur mit der Summe von 4412,07 M vorzutragen ist. Diese Summe repräsentiert also die tatsächliche Unterbilanz unseres Zeitschriftunternehmens pro 1904 und es liegt der Geschäftsführung ob, dafür Sorge zu tragen, daß Ende 1905 nicht nur dieser Verlust getilgt ist, sondern ein Überschuß nachgewiesen werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Die Entwicklung des Inseratenwesens war im Jahre 1904 befriedigend, wenn es auch nicht die Hoffnungen erfüllte, welche wir an die Neuregelung geknüpft haben. Man muß nicht vergessen, daß zu Beginn des Jahres 1904, als der Verein die Zeitschrift übernahm, kaum Inseratenaufträge vorlagen, ferner, daß ein erhöhter Inserententarif zur Durchführung gebracht werden mußte. Immerhin ist es gelungen, die garantierte Mindesteinnahme fast zu erreichen, trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten. Der Verein nimmt den Inseranten- teil auch seit Jahren in steigendem Maßstabe für seine Zwecke in Anspruch, ohne daß hierfür dem Zeitschriftunternehmen eine direkte Vergütung gezahlt wird; dagegen ist die Zahl der unbezahlten Fällanzeigen ganz bedeutend beschränkt worden.

Das Beilagenwesen der Zeitschrift hat sich gut entwickelt und wird sich voraussichtlich im Jahre 1905 noch besser entwickeln. Auch hier hat der Verein die Zeitschrift mehrfach für seine Zwecke in Anspruch genommen z. B. bei der Versendung des Mitgliederverzeichnisses, der Verteilung der Zahlungsaufforderungen etc.

Im Jahre 1905 hat das Inseraten- und Beilagenwesen gegen 1904 ganz bedeutende Fortschritte gemacht, so daß in den ersten 6 Monaten 1905 schon $\frac{2}{3}$ der Gesamteinnahmen 1904 erzielt wurden. Ich bitte an dieser Stelle die

verehrten Vereinsgenossen auch ihrerseits die Hebung des Inseratenwesens im Auge zu behalten, indem sie ihre Aufträge unserer Zeitschrift bezw. der Firma Scherl zuwenden.

Der Absatz und damit die Auflage der Zeitschrift für angewandte Chemie hat sich in 1904 Dank der nie rastenden Vereinsarbeit wieder wesentlich gehoben. An Vereinsmitglieder wurden 219 Exemplare mehr abgesetzt als im vergangenen Jahre, während der buchhändlerische Vertrieb um 3 Exemplare gewachsen ist, der sonstige Verkehr dagegen um 142 Exemplare. Der Gesamtabsatz hat daher um 364 Exemplare zugenommen. Dementsprechend betrug die durchschnittliche Auflage in 1904 4500.

Für das Jahr 1905 sind die Aussichten auf Steigerung des Absatzes ebenfalls sehr günstig, indem bis zum 1. Juni schon ein Mehrabsatz bei Mitgliedern an ca. 110 Exemplaren erzielt wurde. Die Auflage ist daher auf 4650 Exemplaren erhöht worden. (Bravo.)

Die Aussichten des Zeitschriftunternehmens für das Jahr 1905 sind nicht ungünstig, indem die Inserate und der Absatz an Mitglieder größere Einnahmen bringen werden. Durch die Erhöhung des Abonnementpreises werden ebenfalls höhere Einnahmen erzielt werden, während anscheinend der Absatz der Zeitschrift an Nichtmitglieder hierunter nicht gelitten hat.

Durch die Postüberweisung werden ca. 2500—3000 M an Porto pro Jahr gespart werden, welche dem Unternehmen zugute kommen. Bislang funktioniert die Postüberweisung gut, indem nur ein kleiner Prozentsatz der angelieferten Hefte verloren geht. Eine große Schwierigkeit liegt nur darin, daß die Mitglieder immer noch nicht ihre Adressänderungen sofort der Geschäftsstelle mitteilen, wodurch Fehlleitungen von Heften entstehen. Kommt aber die Zeitschrift nicht mehr regelmäßig an, so werden Klagen laut über die Geschäftsstelle und die Expedition, die natürlich an allem Übel Schuld tragen müssen. Ob die Postüberweisung die Fühlung der Mitglieder mit der Geschäftsstelle lockern wird, läßt sich noch nicht beurteilen, da die Zeit seit der Einführung noch zu kurz ist.

Ich kann daher meine Meinung über die Aussicht in 1905 dahin zusammenfassen, daß voraussichtlich ein neuer Verlust nicht entstehen wird, vielleicht aber ein kleiner Überschuß.

An Sie meine verehrten Herren richte ich die Aufforderung, dem Vorstande und der Geschäftsstelle behülflich zu sein, den Absatz der Zeitschrift zu steigern. Dies kann aber nur durch die Werbung neuer Mitglieder geschehen. Setzen Sie sich in Ihren Bezirksvereinen tüchtig dahinter, die noch außerhalb unseres Vereins stehenden Kollegen davon zu überzeugen, daß sie wirklich pro Woche einmal 38 Pf aufwenden können, um geistige Nahrung, soweit sie von unserer Zeitschrift geboten wird und wie sie die wissenschaftliche Technik verlangt, zu bekommen. Jeder organisierte Arbeiter zahlt

mindestens diese Summe ohne mit der Wimper zu zucken, nur der nicht organisierte Chemiker kann die 40 Pf pro Woche nicht erübrigen. (Heiterkeit.)

Steigt unsere Mitgliederzahl (wir haben zur Zeit noch nicht die Hälfte aller deutschen Chemiker in unserem Verbande), so steigen die Einnahmen der Zeitschrift und es ist mir ermöglicht, am Schlusse des Jahres 1905 eine reine Bilanz vorzulegen. Ich habe mir vom Vorstande die Vergünstigung ausbedungen und gewährt bekommen, daß die Abrechnung und die Geschäftsführung der Zeitschrift bei mir als Vorstandsmitglied bleiben sollen, auch wenn ich die Geschäftsführung nicht mehr habe. Helfen Sie mit, daß wir aus der Zeitschrift dasjenige machen, was wir aus ihr machen wollen; helfen Sie aber auch mit, daß vom Verein und von der Vereinskasse Zuschüsse an die Zeitschrift nicht mehr gegeben zu werden brauchen, indem sie stets bemüht bleiben neue Mitglieder zu werben und Anzeigenaufträge der Firma Scherl zuzuweisen. (Lebhafter andauernder Beifall.)

Vorsitzender: Trotz des sehr langen Vortrags unseres Geschäftsführers habe ich mit Freuden konstatiert, daß Sie ihm von Anfang bis zu Ende mit Aufmerksamkeit gefolgt sind. Dies ist der beste Beweis dafür, daß Sie ein Interesse und ein Herz für die Zeitschrift haben und den Ermahnungen unseres Geschäftsführers Folge geben werden.

Hat noch jemand zur Zeitschrift etwas zu bemerken? —

Wenn das nicht der Fall ist, so darf ich wohl in Ihrer aller Namen dem Herrn Geschäftsführer unseren besten Dank für seine ausführlichen Mitteilungen aussprechen.

Wir könnten also übergehen zu:

d. Gebührenordnung.

Berichterstatter Dr. Wirth: M. H. Der Rheinisch-Westfälische Verein hat im vergangene Jahre einen Antrag eingebracht, der angenommen wurde und der dahin ging:

„Der Vorstand wird beauftragt, sich bei den ihm gewordenen Antworten auf die Eingabe an die deutschen Ministerien nicht zu beruhigen, sondern durch schriftliche und mündliche Anträge darauf zu dringen, eine Besserung der Gebühren im Sinne dieser im vorigen Jahre gemachten Eingabe herbeizuführen.“

Dabei mögen die Grundsätze zur Geltung gebracht werden, welche bei dem unter der Ägide des Reichsgesundheitsamtes entstandenen Gebührentarif bereits in Anwendung sind.“

Ich kann zu der Angelegenheit nicht vielmehr berichten als das, was Herr Prof. Dr. Fresenius dem Vorsitzenden in dem nachfolgenden Schreiben mitgeteilt hat:

Herrn Medizinalrat Dr. E. A. Merck
Darmstadt.

Sehr geehrter Herr Medizinalrat!

Nachstehend gestatte ich mir, Ihnen Bericht zu erstatten über die Tätigkeit, welche

die in Mannheim gewählte Kommission in bezug auf die Gebührenfrage für gerichtliche Sachverständige bisher ausgeübt hat. Da es sich vor allem darum handelte, die ev. sofortige Beseitigung des § 8 der Gebührenordnung für Medizinalbeamte vom 9. März 1872 gelegentlich der Beratung des Gesetzes über die Gebühren der Kreisärzte zu erlangen, und da die Beratung dieses Gesetzes in der Landtagskommission, soweit sie nicht schon stattgefunden hatte, jeden Augenblick eintreten konnte, war ein möglichst rasches Handeln nach dem Zusammentritt des Abgeordnetenhauses angezeigt.

Deshalb wurden von der Kommission die Ihnen vorgelegten Entwürfe zu Eingaben einerseits an den preußischen Kultusminister und Justizminister und andererseits an das preußische Abgeordnetenhaus abgefaßt, auf Grund deren dann die von den Verein abgesandten Eingaben vom 11. Juni 1904 abgefaßt wurden.

Nach Beratung des Unterzeichneten mit Ihnen wurde der Beschuß gefaßt, die in Aussicht genommene Reise der Kommission nach Berlin nicht länger hinauszuschieben, obgleich Herr Dr. Hohmann durch eine nicht zu unterbrechende Reise verhindert war, an derselben teilzunehmen.

Demgemäß begaben sich Herr Dr. Woy und ich am Sonntag, den 12. Juni nach Berlin und überreichten die von Ihnen unterzeichnete Eingabe den beiden Ministern persönlich, unter mündlicher weiterer Erörterung der Verhältnisse.

Ferner suchten wir die beiden Referenten im Kultusministerium, Herrn Geh.-Rat Freiherrn v. Zedlitz und Neukirch und Herrn Geh.-Rat Schmidtmaß auf, mit denen wir die Angelegenheit eingehend besprachen und mit denen wir namentlich auch die Dinge erörterten, die wir sachlich für erforderlich hielten, selbst wenn formell nicht ohne weiteres unsere Wünsche, wie sie in der Eingabe niedergelegt sind, durchführbar seien. Es kann sich nämlich der völligen Auferkraftsetzung des Gesetzes vom 9. März 1872 die Schwierigkeit entgegenstellen, daß dort auch noch die Veterinärbeamten in Betracht kommen, deren Gebühren allerdings auch geändert werden sollen, hinsichtlich deren aber auch ein besonderes Gesetz erlassen werden soll. Wir haben für diesen Fall um Beschleunigung der von dem Minister zu erlassenden Gebührenordnung gebeten und um Anerkennung der Prinzipien des unter der Ägide des Kaiserlichen Gesundheitsamtes ausgearbeiteten Entwurfes.

Auch die Festsetzung der Gebühr in Streitfällen durch den Regierungspräsidenten kann man, wenigstens in nicht gerichtlichen Fällen, vielleicht nicht ganz umgehen, und einstweilen wird es dabei natürlich noch nicht möglich sein; die Angelegenheit durch einen Chemiker bearbeiten

zu lassen. Wir haben aber für diesen Fall betont, es möge jedenfalls die Endgültigkeit dieser Entscheidung beseitigt werden.

In analogem Sinne haben wir sodann mit einer Anzahl von Mitgliedern der Kommission des Abgeordnetenhauses verhandelt, wobei wir möglichst alle verschiedenen Parteien aufsuchten. An Herrn Geh.-Rat Gamp, den wir nicht persönlich treffen konnten, und den Präsidenten der Kommission Herrn Oberlandesgerichtsrat Wellstein wollen wir die Eingabe noch selbst schicken.

Da es sich außer der momentan wichtigen, rein preußischen Frage aber auch um die allgemeine Gebührenordnung handelt, so suchten wir noch gemeinsam Herrn Geh.-Rat v. Buchka im Reichsschatzamt auf. Ferner war ich allein noch im Reichsjustizamt bei Herrn Geh.-Rat Oeg, der die vorgebrachten Wünsche mit freundlichem Interesse entgegennahm. Ein Versuch im Reichsamt des Innern, den Referenten zu sprechen, war vergeblich, da in der zur Verfügung stehenden Zeit derselbe nicht zu erreichen war. Schließlich war ich noch im Reichsgesundheitsamt und konferierte, da Herr Präsident Köhler mich nicht persönlich empfangen konnte, eingehend mit Herrn Geh.-Rat Paul und Herrn Reg.-Rat Kerp. Herr Dr. Woy hat die beiden letzteren Besuche nicht mit vornehmen können, da er zu einem Gerichtstermine abreisen mußte.

Wir haben in den Tagen Montag, den 13. bis Mittwoch den 15. alle die oben genannten Herren aufgesucht und glauben die uns gestellte Aufgabe nach Kräften gefördert zu haben. Ob unsere Bemühungen von Erfolg waren, wird in erster Linie davon abhängen, ob das Gesetz in dieser Session des Landtages überhaupt noch zur Verabschlußung gelangt. Aber selbst für den Fall, daß das nicht zutrifft, glauben wir, ist unsere Arbeit namentlich im Kultusministerium, nicht vergeblich gewesen.“

Hochachtungsvoll
Prof. Dr. W. Fresenius.

Weiter ist in der Sache bisher nichts geschehen.

Dr. Woy: Die Kommission hat sich zwar in Berlin die größte Mühe gegeben und im Sinne Ihres Auftrages gewirkt, jedoch war gerade das vorige Jahr politisch für derartige Bestrebungen sehr ungünstig, da durch die Vorbereitung der Handelsverträge, die Kanalvorlage u. a. die Ministerien überreichlich in Anspruch nahmen. Jetzt, wo sich die politische Lage beruhigt hat, haben wir m. E. bessere Aussichten, als im vorigen Jahr, bei Wiederholung unsres Anliegens Berücksichtigung zu finden. Was die Kommission in Berlin tun konnte, das hat sie getan.

Die Eingabe an die Ministerien hat folgenden Wortlaut:

Euer Exzellenz!

Der Verein deutscher Chemiker gestattet sich, unter Bezugnahme auf die ausführliche Eingabe vom 27. April 1903 betreffend Neuregelung der Gebühren der Chemiker für ihre Tätigkeit als gerichtliche Sachverständige nochmals die Bitte auszusprechen, es möge der § 8 des Gesetzes vom 9. März 1872 aufgehoben werden.

Wenn wir gerade im Augenblick diesen einzelnen Wunsch nochmals angelegentlichst uns vorzubringen erlauben, so liegt der Grund dafür in dem Umstände, daß zur Zeit dem Abgeordnetenhouse bereits der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Gebühren der Medizinalbeamten vorliegt, welcher in allen Punkten das Gesetz vom 9. März zu ersetzen bestimmt ist.

Im § 12 des jetzigen Entwurfes heißt es:

„Die Bestimmungen des Gesetzes, betreffend die den Medizinalbeamten für die Besorgung gerichtsärztlicher, medizinal- oder sanitätspolizeilicher Geschäfte zu gewährenden Vergütungen vom 9. März 1872 (Gesetzsammlung S. 265) und der Verordnung vom 17. September 1876 (Gesetzsammlung S. 411) treten in Beziehung auf die unter dieses Gesetz fallenden Personen außer Kraft.“

Das heißt mit anderen Worten, das ganze alte Gesetz wird außer Kraft gesetzt, nur die Bestimmungen in bezug auf die Chemiker bleiben bestehen.

Diese Bestimmungen sind aber offensichtlich ganz unzulänglich, und mindestens ebenso reformbedürftig, wie das ganze übrige Gesetz vom 9. März 1872, und Sie können mit der Bestimmung einer nicht zu überschreitenden Maximalgebühr von M 75,— zu den größten Härten führen. Deshalb erscheint es dringend notwendig, auch diesen Rest des alten Gesetzes zu beseitigen.

Es steht dem auch keinerlei Hindernis im Wege, denn es würde die Frage der Gebühren für die Chemiker in den hier in Rede stehenden Fällen damit keineswegs ungeregelt sein, sondern es würde dann bis auf weiteres (etwa bis zum Erlaß der speziellen, von dem Herrn Minister der Medizinalangelegenheiten festzusetzenden Gebührenordnungen) einfach die für das ganze deutsche Reich gültige Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige vom 30. Juni 1878 in Anwendung kommen.

Diese letztere ist zwar, wie wir in unserer Eingabe vom 27. April 1903 ausführlich dargelegt haben, ebenfalls in vieler Hinsicht wesentlich verbessерungsbedürftig, immerhin würde sie aber dem § 8 des Gesetzes vom 9. März 1872 gegenüber einen erheblichen Fortschritt bedeuten.

Der Verein deutscher Chemiker bittet daher Ew. Exzellenz, es möchten in den § 12 des Entwurfes des neuen Gesetzes in Absatz 2 die Worte:

„In Beziehung auf die unter dieses Gesetz fallenden Personen.“

und in Absatz 3 die Worte:

„Die Vorschrift in dem § 8 dieses Gesetzes findet auch in diesem Falle Anwendung.“ in Wegfall kommen.

Hinsichtlich des letzten Punktes bemerken wir, daß es schon heute mindestens zweifelhaft ist, ob neben dem § 17 der Reichsgebührenordnung, wonach das Gericht die Gebühren festsetzt, der § 10 des Gesetzes vom 9. März 1872 den nur als Sachverständigen zugezogenen Chemikern gegenüber überhaupt noch zu Recht besteht.

In einer Ministerialverfügung vom 9. Juni 1895 ist wenigstens ausdrücklich betont, daß nach § 13 der Gebührenordnung vom 30. Juni 1878 zwar spezielle Taxvorschriften für gewisse Arten von Sachverständigen an Stelle der allgemeinen Sätze der Gebührenordnung vom 30. Juni 1878 allein in Anwendung kommen, daß aber der § 10 des Gesetzes vom 9. März 1872 eine solche Taxvorschrift nicht enthalte, und demnach auch den Chemikern gegenüber nicht anzuwenden sei.

Weiterhin aber gestatten wir uns hervorzuheben, daß bei der Festsetzung der Gebühren durch den Herrn Regierungspräsidenten diese Arbeit tatsächlich dem Herrn Regierungs- und Medizinalrat zufällt. Wenn es auch durchaus gerechtfertigt erscheint, daß die Festsetzung der Gebühren der Medizinalbeamten (inkl. der für die einfachen chemischen Untersuchungen, welche von den Kreisärzten ausgeführt werden können, zu berechnenden) durch den Herren Regierungs- und Medizinalrat erfolgt, so liegt die Sache doch völlig anders bei den chemischen Untersuchungen im allgemeinen.

Eine sachgemäße Beurteilung der betreffenden Arbeiten, ob sie in dem angegebenen Umfang tatsächlich erforderlich waren, und ob die in Ansatz gebrachten Sätze angemessen sind, kann nur von einem Chemiker erfolgen, es ist deshalb nicht möglich, diese Prüfung dem Regierungs- und Medizinalrat zuzuweisen, der seiner ganzen Ausbildung nach tatsächlich nicht genügend sachverständig sein kann, und bei dem deshalb unrichtige Entscheidungen sehr leicht vorkommen können, wie sie denn auch bisher schon vielfache Mißstände in dieser Hinsicht ergeben haben.

Unter diesen Umständen würde eine Bestimmung, wie sie der § 8 des neuen Gesetzentwurfes vorsieht, welche dem Regierungspräsidenten die endgültige Festsetzung der Gebühren für die Chemiker bei gerichtlichen und medizinalpolizeilichen Arbeiten überträgt, eine außerordentliche Härte bedeuten, und die doch nicht im Sinne des Gesetzgebers liegen kann.

Wir bitten von dieser endgültigen Festsetzung der Gebühren für chemische Arbeiten durch den Regierungspräsidenten umso mehr abzusehen, als nach der Fassung des § 12 nicht zu erkennen ist, auf welche Fälle sich die Befugnis des Herrn Ministers der Medizinalangelegenheiten zur Aufstellung von Gebührensätzen beziehen soll und dann auch auf alle diese Fälle die endgültige Entscheidung durch den Herrn Regierungspräsidenten auszudehnen wäre.

Wenn endlich im § 12 des Gesetzentwurfes

der Herr Minister der Medizinalangelegenheiten zur Feststellung von Gebührensätzen ermächtigt werden soll, so gestatten wir uns auch an dieser Stelle nochmals die Bitte auszusprechen, es möchten dabei die Prinzipien berücksichtigt werden, welche dem Gebührentarif zugrunde liegen, welcher von einer Kommission deutscher Nahrungsmittelchemiker unter der Ägide des kaiserlichen Gesundheitsamtes aufgestellt worden ist.

Indem wir bitten, den vorgetragenen Wünschen geneigtes Wohlwollen zu schenken, verharren wir als

Ew. Exzellenz ganz ergebenster

Dr. E. A. Merck,

Vorstand des Vereins deutscher Chemiker E. V.

Vorsitzender: Ich glaube, m. H., es wird praktisch sein, wenn wir den Antrag 13 gleich hier hinzunehmen und dazu möchte Ihnen der Vorstand eine Resolution unterbreiten.

Punkt 13 der Tagesordnung.

Antrag des Bezirksv. Rheinland-Westfalen:

„Der Vorstand möge, da die Gebührenordnung bisher eine Regelung nicht gefunden hat, die Angelegenheit weiter behandeln.“

Berichterstatter Dr. Wirth: M. H., ich möchte mir namens des Rheinisch-westfälischen Vereins folgendes zu bemerken erlauben:

Die in der vorjährigen Hauptversammlung zur Bearbeitung der Gebührenfrage eingesetzte Kommission hat Ihre Bemühungen hauptsächlich dahin gerichtet, daß in dem Gesetzentwurf, betreffend die Gebühren der Medizinalbeamten, der seiner Zeit dem Preußischen Abgeordnetenhaus vorlag, und bereits einer Landtagskommission überwiesen war, diejenigen Bestimmungen entfernt, resp. geändert würden, welche darauf hinzielen, die Bestimmungen des alten Gesetzes von 1872 für die Gebühren der Chemiker bestehen zu lassen.

Da in dem neuen Entwurf der Chemiker nur insoweit gedacht wird, als bestimmt wird, daß für Personen, die nicht unter das neue Gesetz fallen, die Bestimmungen des Gesetzes von 1872 in Kraft bleiben sollen, und die Chemiker gerade die einzigen Personen sind, auf welches dies zutrifft, so würde, falls die Schritte der Kommission Erfolg haben, wenigstens der Mißstand gehoben sein, daß auf die Chemiker andere, ungünstigere Bestimmungen angewendet werden, als die Reichsgebührenordnung für Sachverständige allgemein vorschreibt.

Wenn damit auch gewiß ein hoffnungsvoller und verdienstvoller Anfang gemacht ist, so hält es der Rheinisch-westfälische Bezirksverein doch für nötig, zu beantragen, dem Hauptvorstand aufs neue den Auftrag zu erteilen, diese Angelegenheit weiter zu behandeln, da das fragliche Gesetz noch nicht zu stande gekommen ist, auch seitens der Ministerien keinerlei Zusagen erfolgt sind, welche ein zuversichtliches Abwarten erlauben. Dann aber weil nach Ausscheidung der Chemiker aus dem Gesetz für Medizinalbeamte und einer vorläufigen Ordnung ihrer Gebührenfrage die Re-

vision der Reichsgebührenordnung in Angriff zu nehmen sein wird.

Inzwischen schwiebt aber bei fast allen Gerichten die Streitfrage, ob der Chemiker auch für andere als medizinisch-chemische Untersuchungen und Begutachtungen, speziell in rein technischen Angelegenheiten Anspruch hat, seine Gebühren nach der Reichsgebührenordnung für Sachverständige zu normieren, oder sich gefallen lassen muß, auch in diesen Angelegenheiten seine Gebühren nach dem Gesetz von 1872 für Medizinalbeamte berechnen zu lassen.

Es sind nur vereinzelte Gerichte, die sich überzeugen lassen, daß für technische Untersuchungen und Gutachten die Reichsgebührenordnung gültig ist, meist aber wird die Praxis gehandhabt, daß für den Chemiker überhaupt die Reichsgebührenordnung nicht gilt, sondern in allen Fällen nur das Gesetz von 1872.

Wir bedauern, daß in der Eingabe des Vorstandes an das Abgeordnetenhaus dieser Umstand nicht vorgebracht wurde und bei der Eingabe an die Minister nur kurz erwähnt wurde, da er tatsächlich der empfindlichste Mißstand der bestehenden Verhältnisse ist.

Zur Erzielung befriedigender Verhältnisse erscheint es uns überhaupt nötig, die gesetzgebenden Faktoren zu veranlassen, die neue Ordnung der Verhältnisse nicht ohne die beratende Mitwirkung unserer Interessenvertreter vorzunehmen, wie es in der Eingabe an das Abgeordnetenhaus vorgeschlagen ist.

Die Aufgaben unserer Kommission sind daher durch die erledigten Schritte durchaus nicht erschöpft und es erscheint nötig, eine Kommission für die Gebührenfrage weiter bestehen zu lassen oder in sonstiger Weise für die fortdauernde Bearbeitung der Angelegenheit zu sorgen.

Wir möchten zum Schluß die Anregung geben, der Kommission vielleicht durch eine veränderte Konstitution die Möglichkeit besserer Fühlung mit den betreffenden Behörden sowie zur öfteren persönlicher Beratung unter sich und mit dem Vorstand zu geben, und vielleicht durch eine engere Verbindung mit dem Vorstand eine größere Initiative zu geben.

Geh. Reg.-Rat Dr. Lehne: Der Antrag bewegt sich ganz in dem Sinne der Ausführungen, die im Märkischen Bezirksverein bei Beratungen dieser Frage gemacht worden sind. Auch der Märkische Bezirksverein möchte in erster Linie, daß die Frage nicht einschläft, und das ist der Hauptgrund, weswegen man mich ersucht hat, die Sache hier in der Versammlung vorzubringen. Ich glaube, es würde am besten in der Weise vorgegangen werden, daß hier eine Kommission gewählt wird, welche im Sinne der Ausführungen des Herrn Referenten für eine lebhaftere und eingehendere Bearbeitung der Frage einzutreten hätte. Wir verhehlen uns durchaus nicht, daß große Schwierigkeiten vorhanden sind, diese Frage zu lösen, und deswegen glaubt man in unserem Verein, daß es vielleicht zweckmäßig wäre, wenn man sich dem Vorgehen des Vereins deutscher Ingenieure, der uns ja schon manches-

mal zum Vorbild gedient hat, insofern anschlüsse, daß man zunächst einmal die Festsetzung eines Minimalsatzes für die Gebührenberechnung anstrebt. In dem Verein deutscher Ingenieure soll ein solcher Minimalsatz von 5,00 M für die Stunde angenommen sein und ich habe leider näheres hierüber nicht mehr ermitteln können, da die Frage erst in unserer letzten Vereinsitzung von Herrn Dr. Herzfeld angeregt worden ist. Einen Dringlichkeitsantrag möchte ich zunächst nicht einbringen. Vielleicht nimmt der Vorstand Veranlassung, im Sinne dieser Anregung der Frage näher zu treten.

Vorsitzender: Ich schlage Ihnen vor, m. H., zuerst die Resolution des Vorstandes anzuhören, dann können Sie ja ev. nachher den Antrag auf Dringlichkeit stellen.

Dir. Prof. Dr. C. Duisberg: M. H.! Die Sache schlaf't nicht. Die eingesetzte Kommission hat, wie Sie gehört haben, eifrig gewirkt. Sie hat auch dem wirkl. Ober-Reg.-Rat Gamp, der Mitglied jener Kommission des Abgeordnetenhauses ist, die Eingabe zugesandt; leider aber war es unseren Kommissionsmitgliedern nicht möglich, diesen Herrn, der uns so sehr gewogen ist, in Berlin zu sprechen. Er befand sich damals auf seinem Gut in Pommern. Vor einigen Tagen schrieb mir nun Herr Gamp, daß er nicht nur bei der ersten Lesung, sondern auch bei der zweiten unsere Interessen in der Kommission vertreten habe und fügte eine Korrekturfahne des diesbezüglichen Berichtes bei. In demselben heißt es wörtlich:

„Ein Mitglied der Kommission wiederholt noch einmal die schon bei der ersten Lesung gestellte Anfrage, ob und wann die für Chemiker offenbar zu niedrigen Sätze des Gebührentarifs A 3, 12 und 14 einer Abänderung unterzogen werden würden. Auf diese Anfrage erwägt der Vertreter des Ministers der Medizinalangelegenheiten, daß der, dem Entwurf beigelegte, vorläufige Tarif nach seiner Überschrift sich nur auf die Medizinalbeamten beschränke und beabsichtigt sei, für die Gebühren der Chemiker einen besonderen Tarif zu erlassen. Dieser werde gleichfalls eine Detaillierung der inbetracht kommenden Verrichtungen enthalten und auch eine angemessene Erhöhung der jetzigen Gebührensätze vorsehen.“

Das ist also das Allerneueste, was ich Ihnen in dieser für die Handels- und Gerichtschemiker so wichtigen Angelegenheit mitteilen kann. Sie ersehen daraus, daß wir jetzt weder in der Kommission noch im Abgeordnetenhaus etwas machen können. Nachdem Herr Ministerialdirektor Foerster in der Kommission das obige Versprechen gemacht hat, ist es nunmehr unsere Aufgabe, sich an den Minister selbst zu wenden, damit dieser das Versprechen seines Kommissars sobald als möglich einlöst. Um die Angelegenheit in Fluß zu halten, unterbreite ich Ihnen im Namen des Vorstandes die nachfolgende Resolution, damit dieselbe morgen der Hauptversammlung vorgelegt werden kann.

Was die Kommission selbst angeht, so schlagen wir vor, daß die im vorigen Jahr ge-

wählte Kommission noch durch drei Herren ergänzt wird. Zu den drei Herren, welche Untersuchungen auszuführen pflegen, möchten wir noch solche hinzugewählt sehen, welche derartige Aufträge erteilen. Diese Sechserkommission soll dann dem Herrn Kultusminister näher treten und ihn ersuchen, im Sinne der Versprechungen, die dem Abgeordnetenhouse gemacht sind, die Sache zu regeln. Hiermit glaube ich, sind die Wünsche, die die beteiligten Herren haben, in weitgehendstem Maße berücksichtigt:

„Bezugnehmend auf die Erklärung, welche Herr Ministerialdirektor Foerster als Vertreter des preußischen Ministers der Medizinalangelegenheiten in der Sitzung der Kommission des preußischen Landtages, betreffs Abänderung der Gebührenordnung für Medizinalbeamte, gegeben hat, bittet der Verein deutscher Chemiker den preußischen Minister des Unterrichts und der Medizinalangelegenheiten, möglichst bald den in Aussicht gestellten besonderen Tarif für die Gebühren der Chemiker zu erlassen, der eine Detaillierung der inbetracht kommenden Verrichtungen enthalten soll und eine angemessene Erhöhung der jetzigen seit langer Zeit unhaltbaren Gebührensätze vorsieht.“

Zur dauernden eifrigen Behandlung dieser Angelegenheit wird die im vorigen Jahre gewählte Kommission wie nachstehend ergänzt und beauftragt, mit dem Vorstande schriftlich und mündlich weiter zu wirken.

Vorgeschlagen: Prof. Dr. W. Fresenius, Dr. K. Goldschmidt, Dr. Hohmann, Dr. Langfuhr, Dir. Lüty, Dr. Woy.

Dr. Wirth: Ich möchte bitten, in der Resolution besonders zu betonen, daß die Beratungen im Ministerium unter Zuziehung von Chemikern stattfinden.

Dir. Prof. Dr. Duisberg: Soviel ich weiß, soll die Beratung im Zusammenhang mit der Kommission des Reichsgesundheitsamtes stattfinden.

Dr. Wirth: Ich bitte aber doch darum, dem Antrag die Worte hinzuzufügen:

„Unter Zuziehung von Sachverständigen.“ (Zuruf: Chemikern!) Denn sonst werden vielleicht wieder Ärzte hinzugenommen.

Dir. Prof. Dr. Duisberg: Dann würde also der Satz lauten:

„... möglichst bald den in Aussicht gestellten besonderen Tarif für die Gebühren der Chemiker unter Zuziehung von sachverständigen Chemikern zu erlassen.“

Dr. Woy: Ich bin durch meinen Beruf am allermeisten interessiert, daß die Gebührenordnung in dem von uns gewünschten Sinne geändert wird, und ich kann nur sagen, daß wir eine sehr warme Unterstützung seitens des Herrn von Buchka erfahren haben, und daß auch besonders er in erster Linie berufen sein wird, an der Sache mitzuarbeiten. Ich glaube also, wenn wir diesen Zusatz machen, schadet es nichts, aber ich bin überzeugt, daß, wenn dieser Tarif mit Hilfe des Herrn von Buchka ausgearbeitet wird, die Zuziehung von Chemikern schon von selbst erfolgen wird, so daß der Zusatz eigentlich nur eine oratorische Ergänzung ist.

Geh. Reg.-Rat Dr. Lehne: Den Ausführungen des Herrn Vorredners möchte ich mich anschließen. Ich halte es für sicher, daß Herr von Buchka bei der Bearbeitung des Tarifes mitwirken wird, aber schaden kann es nicht, wenn wir die Worte hinzufügen.

Nachdem die Herren Geh. Reg.-Rat Dr. Lehne, und Dr. Wirth erklärt haben, daß die Resolution die Frage im Sinne ihrer Bezirksvereine gefördert habe, wird auf Befürwortung des Vorsitzenden der Vorschlag zur Ergänzung der Kommission durch die Herren: Dr. Karl Goldschmidt, Dir. Lüty und Dr. Langfuhr angenommen.

9. Bericht des Kuratoriums der Hilfskasse über den Stand derselben.

Vorsitzender: Darüber werden wir das Nähre morgen hören. Einstweilen liegt Ihnen der Bericht des Kuratoriums der Hilfskasse schriftlich vor. Der Bericht hat den folgenden Wortlaut:

Halle-Trotha, den 6. Jnni 1905.

Bericht über die Entwicklung der Hilfskasse des Vereins deutscher Chemiker E. V. im Jahre 1904.

Die Hilfskasse des Vereins deutscher Chemiker hat im Jahre 1904 eine sehr befriedigende Entwicklung genommen.

Das Stammkapital erhöhte sich durch freiwillige Zusendungen und rechnungsmäßigen Überschuß im Laufe des Jahres 1904 von 21920,46 M um 5400,09 M auf 27320,55 M, wodurch sich eine Erhöhung der Wertpapierbestände erforderlich machte. Am Ende des Jahres 1903 waren 24575,70 M in Wertpapieren angelegt. Im Dezember 1904 wurden hinzugekauft M 3000 3½% deutsche Reichsanleihe im Wertbetrage von 2705,50 M, so daß am Jahresende der Bestand an Wertpapieren die Höhe von 27281,20 M erreichte, während 39,35 M noch nicht angelegt waren. Nachstehendes Verzeichnis der mündelsicheren Wertpapiere gibt den Stand der Anlage vom 31. Dezember 1904 wieder:

M 6000 3½%	Bremer Staats-		
	anleihe	M 5994,00	
„ 2000 3½%	Hamburger Staats-		
	anleihe	„ 1999,00	
„ 1000 3½%	Kölner Stadt-		
	anleihe	„ 997,00	
„ 5000 3½%	Halberstädter Stadt-		
	anleihe	„ 4995,00	
„ 14800 3 %	Deutsche Reichs-		
	anleihe	„ 13296,20	
		M 27281,20	

Diese Anlagewerte ergeben jährlich eine feste Zinseneinnahme von 934,00 M.

In der beigehefteten Liste sind die Spender freiwilliger Zusendungen verzeichnet. Allen hochherzigen Gebern sei der Dank des Kuratoriums auch an dieser Stelle für ihre Zuwendungen ausgesprochen, zugleich mit der Bitte, auch fernerhin der Hilfskasse ihr Interesse zu bewahren.

Die Abrechnung der Hilfskasse für 1904 im Vergleich zu dem Haushaltungsplan desselben Jahres ergibt sich aus der nachfolgenden Aufstellung:

Einnahme:	Etat 1904
Zuschuß Hauptverein	1000 1000
Zuschuß Bezirksvereine	820 1081
Zinsen Stammkapital	875 821,99
Jahresbeitrag Caro	20 20
	<hr/> 2715 2922,99
Ausgabe:	Etat 1904
Darlehen	2615 200
Ausg. f. Porto	100 25
Überschuß	<hr/> 2697,99
	2715 2922,99

Die Hilfskasse hat demnach im Rechnungsjahr 1904 einen rechnungsmäßigen Überschuß erzielt in Höhe von 2697,99 M.

Entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung für das Kuratorium sind die Beträge, welche in einem Rechnungsjahr nicht verwendet werden, mit 50% zum Stammkapital abzuführen, während die andere Hälfte der nicht verwendeten Beträge in den Haushaltungsplan des folgenden Jahres einzustellen ist. Demgemäß wurde der Betrag von 1352,99 M dem Stammkapital zugeführt, während 1345 M in den Haushaltungsplan des Jahres 1905 eingestellt wurden.

Innerhalb des Jahres 1904 wurde die Hilfskasse nur zweimal von Mitgliedern des Vereins in Anspruch genommen. Dem einen Gesuch wurde seitens des Kuratoriums Folge geleistet, während das andere Gesuch aus prinzipiellen Gründen abgelehnt werden mußte. Dieses Gesuch wurde an den Bezirksverein, dem das Mitglied angehörte, zur Erledigung weiter gegeben, weil dieser Bezirksverein mehrfach erklärt hatte, die Unterstützungs kasse des Hauptvereins für seine Mitglieder nicht in Anspruch nehmen zu wollen.

Im Jahre 1905 ist die Hilfskasse schon wiederholt in Anspruch genommen worden und war es möglich, den Antragstellern zu helfen.

Der Haushaltungsplan der Hilfskasse für das Jahr 1905 im Vergleich zum Haushaltungsplan 1904 gestaltet sich wie folgt:

	1904	1905
Vortrag aus 1904	— M	1345 M
Zuschuß des Hauptvereins. .	1000 „	1000 „
Zuschuß der Bezirksvereine .	820 „	900 „
Zinsen des Stammkapitals. .	875 „	934 „
Rückzahlung von Darlehen u.		
Zinsen derselben	— „	50 „
Jahresbeitrag eines Mitgliedes	20 „	— „
	2715 M	4229 M

	1904	1905
Darlehen und Unterstützungen	2615 M	4129 M
Ausgabe für Porto	100 „	100 „

2715 M 4229 M

Es ist erfreulich, daß die Hilfskasse schon im zweiten Jahre ihres Bestehens ein Anwachsen der Einnahme zeigt, so daß die Summe, welche für Zwecke der Unterstützung zur Verfügung steht, wesentlich reichlicher bemessen werden kann. Noch erfreulicher aber ist es, daß fast alle Bezirksvereine nicht nur großes Interesse an der Kasse nehmen, sondern dies auch durch Zuwendungen zu den laufenden Ausgaben bekunden. Von den 19 Bezirksvereinen haben nur vier weder zu den laufenden Ausgaben noch zum Stammkapital Beiträge geleistet.

Die Vereine Mittelfranken, Neu York und Württemberg stehen aber im übrigen der Hilfskasse sympathisch gegenüber, während der Bezirksverein Berlin als einziger an seinem gänzlich ablehnenden Standpunkte festhält.

Der Hauptverein hat gelegentlich der Hauptversammlung zu Mannheim beschlossen, der Hilfskasse im Jahre 1905 einen Beitrag bis zu 1000 M zuzuführen. Es darf wohl erwartet werden, daß der Hauptverein bei der günstigen allgemeinen Finanzlage den Gesamtbetrag von 1000 M der Hilfskasse für 1904 auszahlen und einen gleichen Betrag für 1905 bewilligen wird, trotzdem ihre Mittel bisher noch nicht sehr erheblich in Anspruch genommen wurden.

Sehr wünschenswert wäre es, wenn die Freunde der Hilfskasse sich bemühen wollten, das Interesse für dieselbe in immer weitere Kreise des Vereins hineinzutragen. Jede, auch die kleinste Gabe für das Stammvermögen wird mit Freude und Dankbarkeit entgegengenommen. Eine passende Gelegenheit sollte wahrgenommen werden, Beiträge zu sammeln, um das gemeinnützige und segensreiche Unternehmen zu unterstützen.

Das Kuratorium der Hilfskasse.

I. A.: Der Geschäftsführer Fritz Lüty.

Dr. Kast: Ich möchte hier eine Sache zur Sprache bringen, die den Berliner Bezirksverein betrifft. Ich wollte die Angelegenheit eigentlich persönlich mit den Herren vom Kuratorium abmachen, da sie aber in den vorliegenden Bericht aufgenommen ist, so muß ich doch einige Worte darüber sagen. Es findet sich dort ein Satz, der dem Unbeteiligten etwas sonderbar vorkommen muß!

„Dem einen Gesuch wurde seitens des Kuratorium Folge geleistet, während das andere Gesuch aus prinzipiellen Gründen abgelehnt werden mußte. Dieses Gesuch wurde an den Bezirksverein, dem das Mitglied angehörte, zur Erledigung weiter gegeben, weil dieser Bezirksverein mehrfach erklärt hatte, die Unterstützungs kasse des Hauptvereins für seine Mitglieder nicht in Anspruch nehmen zu wollen.“

Hier muß offenbar ein Mißverständnis unterlaufen sein, denn es kann uns sicher nicht eingefallen sein zu sagen: Wir wollen die Haupthilfskasse für unsere Mitglieder nicht in Anspruch nehmen; denn damit würden wir ja den Ast absägen, auf dem wir sitzen und würden unsere Mitglieder wo anders hintreiben. Schließlich sind doch die Bezirksvereinsmitglieder zuerst Mitglieder des Hauptvereins, und als solche

müssen sie auch das Recht haben, die Hauptvereinshilfskasse in Anspruch zu nehmen. Wir sind selbstverständlich gern bereit, unsere Mitglieder, die sich an den Hauptverein wenden, zunächst aus unserer Hilfskasse zu befriedigen, und ebenso hat natürlich das Kuratorium das Recht, Hilfsgesuche überhaupt abzuweisen; das ist ja ganz klar. Aber wir können uns nicht damit einverstanden erklären, daß die Ablehnung von Gesuchen aus „prinzipiellen Gründen“ geschieht. Wir haben selbstverständlich nur gemeint, daß unsere Hilfskasse die Hilfskasse des Hauptvereins nicht in Anspruch nehmen würde, und diese Erklärung möchte ich zur Richtigstellung des Satzes hier abgeben.

Dir. Fritz Lüty: Es tut mir leid, daß die Herren an diesem Satze Anstoß nehmen; das Kuratorium hat aber nicht anders gekonnt, als die Stellung, die der Bezirksverein ganz präzise uns gegenüber eingenommen hat, endlich einmal in seinem Berichte zum Ausdruck zu bringen. M. H., Sie wissen, daß ich mich an die sämtlichen Bezirksvereine, u. a. auch an den Bezirksverein Berlin zunächst privatim mit der Bitte gewendet habe, die Hilfskasse des Hauptvereins zu unterstützen und zwar in erster Linie dadurch, daß die Bezirksvereine einen festen einmaligen Zuschuß zum Stammkapital der Hilfskasse geben und dann auch ev. einen laufenden Beitrag von Jahr zu Jahr zahlen. Die sämtlichen Bezirksvereine haben mir in der entgegenkommensten Weise geantwortet, selbst die kleinsten, z. B. die Saar, Aachen usw. haben in reichlicher Weise, für ihre Verhältnisse sehr beträchtliche Mittel, zum Stammkapital und auch einen laufenden Beitrag zur Verfügung gestellt. Von dem Bezirksverein Berlin habe ich nur die eine Antwort bekommen — ich bin nicht in der Lage, Ihnen das Original vorzulegen, weil ich das Aktenstück nicht mitgebracht habe, bin aber gern bereit, Herrn Dr. Kast das Original in Abschrift einzuschicken — der Bezirksverein Berlin sieht sich nicht veranlaßt, die Hilfskasse des Hauptvereins durch Zuwendungen zu unterstützen, er bemerkte dazu, daß er für seine Mitglieder nicht die Hilfskasse des Hauptvereins in Anspruch nehmen will und wird. Unterzeichnet war das Schriftstück, soviel ich weiß, von Herrn Dr. Ackermann. Ich kann mich aber in letzterer Beziehung irren, weil die Sache schon fast zwei Jahre her ist. Dieses Schriftstück hat natürlich dem Vorsitzenden des Kuratoriums der Hilfskasse, Herrn Dr. Kubierschky, vorgelegen, und als ein Unterstützungsgesuch von einem Mitglied des Bezirksvereins Berlin einging, ist prinzipiell durch einstimmigen Beschuß des Kuratoriums festgelegt worden, dem Berliner Bezirksverein diese Hilfesuchenden zu überweisen mit der Motivierung, daß auf Grund der Erklärung des Bezirksvereins Berlin eine Unterstützung seiner Mitglieder seitens des Kuratoriums der Hilfskasse des Vereins deutscher Chemiker abgelehnt würde. Dieser Brief ist, soviel ich weiß, an Herrn Dr. Ackermann gerichtet worden. — Also das ist der Grund, warum wir die Sache festgelegt haben.

Dr. Kast: M. H. In dieser Sache nimmt der Berliner Bezirksverein einen eigenen Standpunkt ein. Der Berliner Bezirksverein ist ja überhaupt der einzige, der eine Hilfskasse hat (Zuruf: Oh nein!) und der Berliner Bezirksverein hat nicht nur seine Mitglieder, sondern auch andere ohne Ansehen der Person schon jahrelang unterstützt. Unsere Stellung ist deshalb die, wir können doch keine zwei Kassen unterstützen, und es ist doch nur eine Entlastung für die Hauptvereinskasse, wenn der Bezirksverein von sich aus handeln kann. Wir wenden uns aber gegen die Auffassung, die dem Bericht zugrunde liegt: denn Sie treiben ja dadurch unsere Mitglieder von uns weg, diesen Irrtum möchte ich nur richtig gestellt wissen. Wir sind, wie gesagt, gern bereit, unsere Mitglieder möglichst selbst zu unterstützen, aber wir wünschen nicht, daß ihnen mit einer solchen Begründung die Abweisung zugestellt wird.

Dir. Fritz Lüty: Im Namen des Kuratoriums der Hilfskasse gebe ich die Erklärung ab, daß es uns nur angenehm sein kann, wenn der Bezirksverein Berlin den prinzipiell ablehnenden Standpunkt zurücknimmt. Ich bitte Dr. Kast dahin zu wirken, daß seitens der verantwortlichen Leitung des Berliner Bezirksvereins an das Kuratorium der Hilfskasse eine Erklärung ergehet, daß der fragliche Brief in dem Sinne verstanden sein soll, daß der Bezirksverein Berlin, weil er seine eigene Hilfskasse mit reichlichen Mitteln versieht, zur Kasse des Hauptvereins nicht beitragen kann. Dann ist das Kuratorium der Hilfskasse gern bereit, seine Fürsorge auch auf Mitglieder des Berliner Vereins auszudehnen. (Lebhafter Beifall.)

10. Bericht über die von der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte ernannte Kommission zur Förderung des mathematisch-naturwissenschaftl. Unterrichts an den höheren Schulen. Berichterstatter: Prof. Dr. C. Duisburg.

Dir. Prof. Dr. C. Duisburg: M. H. Die Frage, um die es sich hier handelt, ist eine solche, welche nicht nur uns Chemikern beschäftigen wird, sondern die ganzen gebildeten Kreise Deutschlands interessiert. Es ist dies die Unterrichtsfrage, also die Frage, welche Bildung sollen wir unseren Schülern auf den Mittelschulen, d. h. Gymnasien, Realgymnasien oder Oberrealschulen geben, unbekümmert darum, ob dieselben später Staatsbeamte, Juristen, Ärzte, Lehrer, Chemiker usw. werden wollen. Es ist diese Frage meiner Meinung nach, auch für unsere Vereine von erheblicher Bedeutung. Der Verein deutscher Ingenieure hat sich schon seit vielen Jahren durch Wort und Schrift mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Wir haben bis jetzt nichts darin getan. — In Bezug auf die Ausbildung der Chemiker sind wir ja auch seit längerer Zeit auf einem toten Punkt angelangt. Es ist deshalb die Unterrichtsfrage sehr geeignet, das Interesse unserer Mitglieder und Bezirksvereine zu beleben und ich hoffe, daß das Referat, welches ich hier zu erstatten habe, dazu beitragen wird, die Dis-

kussion dieser Frage nicht nur in unseren Bezirksvereinen, nicht nur in dem Kreise unserer Fachgenossen, sondern überhaupt in der breitesten Öffentlichkeit anzuregen.

M. H. Viele von Ihnen werden nicht wissen, daß die Biologie, d. h. die Gesamtheit jener naturwissenschaftlichen Fächer, welche man früher als beschreibende Naturwissenschaft zu bezeichnen pflegte, also Botanik, Zoologie, Mineralogie, Geologie, Physiologie Psychologie im Jahre 1879 von den höheren Klassen der preußischen Mittelschulen verbannt worden ist. Damals wurde bekanntlich in Lippstadt unter der Leitung des berühmten Forschers und Oberlehrers Dr. Müller die Ideen Darwins und Haeckels in der Schule zu fruktifizieren gesucht. Bei einer Interpellation von Seiten des Zentrums im Landtage erklärte der damalige Kultusminister Falck: derartige unreife Darwinsche Ideen gehörten nicht in die Schule, und kurz darauf wurde die Biologie aus den oberen Klassen, der Obersekunda, Unterprima und Oberprima entfernt. Seit jener Zeit wird die Biologie an keiner preußischen Lehranstalt und, soviel ich weiß, an keiner anderen Lehranstalt in Deutschland mehr in den höheren Klassen betrieben und selbstverständlich gibt es zurzeit nur eine kleine Zahl biologisch vorgebildeter Lehrer, da ja für sie keine Aussicht vorhanden ist, als Oberlehrer tätig zu sein. Es sieht also mit der Biologie an unseren Mittelschulen außerordentlich schlecht aus.

Aus diesem Grunde traten im Jahre 1901 in Hamburg etwa 100 Biologen zusammen und faßten eine Resolution, in der unter Aufstellung von neun Thesen die Durchführung des Biologieunterrichts an den höheren Lehranstalten mit etwa 2 Stunden wöchentlich durch alle Klassen hindurch, wie es früher an den Realgymnasien der Fall war, gefordert wurde. Es wurde ein Komitee gebildet, das diese Verhandlungen zur Kenntnis weiterer Kreise bringen sollte, und es gelang denn auch in kurzer Zeit, die Zustimmung von fast 800 Sachverständigen, darunter die hervorragendsten Gelehrten, zu gewinnen. Dieses Komitee erstattete im Jahre 1903 auf der Naturforscherversammlung in Kassel Bericht, und das Plenum dieser Versammlung nahm folgende Resolution an:

„Die Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte nimmt die Hamburger Thesen des Komitees zur Förderung des biologischen Unterrichts an höheren Schulen einstimmig an, indem sie sich vorbehält, die Gesamtheit der Fragen des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts bei nächster Gelegenheit zum Gegenstand einer umfassenden Verhandlung zu machen.“

Im vorigen Jahr hat dann in Breslau eine Gesamtversammlung der beiden wissenschaftlichen Hauptgruppen mit der Tagesordnung stattgefunden:

„Bericht und Debatte über den mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht an den höheren Schulen.“

Die Herren, die sich dafür interessieren, lesen am besten gelegentlich die Referate, die

dort von den Herren Professor Dr. Fricke, Geheimrat Klein, Professor von Merkel und Sanitätsrat Laubuscher erstattet worden sind. Sie werden dann eine Fülle interessanter Anregungen finden. Es entspann sich dann eine längere Debatte und im Laufe derselben kam folgende Resolution zu Stande:

„In voller Würdigung der großen Wichtigkeit der behandelten Fragen spricht die Versammlung dem Vorstande den Wunsch aus, in einer möglichst vielseitig zusammengesetzten Kommission diese Frage weiter behandelt zu sehen, damit einer späteren Versammlung bestimmte abgeglichenen Vorschläge zu möglichst allseitiger Annahme vorgelegt werden können.“

In diese Kommission hat der Hauptvorstand der Naturforscherversammlung die folgenden 12 Herren hineinberufen: Als Vorsitzenden Prof. Dr. Gutzmer, Mathematiker in Jena, als Schriftführer Prof. Dr. Rassow in Leipzig, den Redakteur unserer Zeitschrift. Als Beisitzer Geheimrat Prof. Dr. Klein, Mathematiker in Göttingen, Prof. Dr. Pietzker, Oberlehrer für Mathematik und Physik am Gymnasium in Nordhausen und gleichzeitig Vorsitzender des Vereins zur Förderung des Unterrichts in der Mathematik und in den Naturwissenschaften, Professor Dr. Poske, Oberlehrer für Physik am Gymnasium in Berlin, Geheimrat Prof. Dr. Chun, Zoologe in Leipzig, Prof. Dr. Kramer, Psychiater in Göttingen, Prof. Dr. K. Fricke, Oberlehrer für Naturwissenschaften an der Oberrealschule in Bremen, Prof. Dr. Kraepelin, Direktor des naturhistorischen Museums in Hamburg, Dr. Bastian Schmidt, Oberlehrer am Realgymnasium in Zwickau, Dr. Schotten, Mathematiker und Direktor der Oberrealschule in Halle a. S., Geheimrat Prof. Dr. von Borries, Professor für Maschinenkunde an der technischen Hochschule zu Charlottenburg und Dir. Prof. Dr. Duisberg in Elberfeld als Vertreter der angewandten Chemie des Vereins deutscher Chemiker.

Diese Kommission hat sich in eifriger Weise der Behandlung der ihr gestellten Aufgabe unterzogen. Ich muß gestehen, ich habe schon viele Kommissionssitzungen in meinem Leben mitgemacht, aber so gründlich bin ich noch niemals auf schriftlichem und mündlichem Wege herangeholt worden. Am 29. und 30. Dezember vorigen Jahres haben wir eine Sitzung in Berlin gehabt und haben uns dort über folgende Grundsätze verständigt:

„Die Unterrichtskommission erkennt die Mathematik und die Naturwissenschaften als den Sprachen durchaus gleichwertige Bildungsmittel an und hält fest an dem Prinzip der spezifischen Allgemeinbildung der höheren Schulen.“

Das heißt also, daß die drei Lehranstalten in der Weise wie sie jetzt differenziert sind, auch künftig erhalten bleiben sollen, das Gymnasium nach der rein philologischen

Richtung, das Realgymnasium als Realanstalt aber als Übergangsanstalt, als Vermittelung zwischen Gymnasium und Oberrealschule, und die Oberrealschule als rein realistische Anstalt, in der der naturwissenschaftlich-mathematische Unterricht zusammen mit dem Unterricht in den modernen Sprachen dominieren soll.

Die Kommission erklärt die tatsächliche Gleichberechtigung der höheren Schulen, Gymnasium, Realgymnasium und Oberrealschule als durchweg notwendig und wünscht deren vollständige Anerkennung.

Bekanntlich sind zur Zeit die drei Lehranstalten zwar gleichwertig, aber noch nicht gleichberechtigt. Wer Jurist werden will, und kommt von einer Oberrealschule, muß noch die Bestätigung eines Hochschullehrers darüber beibringen, daß er genügend Kenntnisse im Lateinischen besitzt.

Die Kommission wünscht, daß den Abiturienten weder eine einseitig sprachlich-historische noch eine einseitig naturwissenschaftliche-mathematische Bildung gegeben werde; sie erklärt es daher für unerlässlich, daß auf den Gymnasien den Naturwissenschaften ein breiterer Raum gewährt werde, und zwar besonders auch der seither ungünstig vertretenen Chemie und Biologie. Allerdings wird dadurch erforderlich, daß die klassischen Sprachen einige Stunden hierfür hergeben.

Bezüglich der Realgymnasien erkennt die Kommission einen Misstand und sieht eine Überlastung der Schüler darin, daß in neuerer Zeit der sprachliche Unterricht so ausserordentlich überwiegt und daß insbesondere durch die drei sprachlichen Hauptfächer diese Anstalten zu Sprachschulen umgewandelt sind im Gegensatz zu dem Zustande vor 1882. In der Kommission herrscht Übereinstimmung, daß im Hinblick auf die Biologie den Naturwissenschaften in den Realgymnasien ein breiterer Raum gewährt werden muß.

Unsere sämtlichen Bildungsstätten für unsere Jugend sind in erster Linie Sprachschulen, beim Gymnasium ist es Griechisch und Latein nach der klassischen Richtung, beim Realgymnasium sind es sogar drei Sprachen Latein, Französisch und Englisch und auch in der Oberrealschule überwiegt, wenn Sie die Stundenzahl berücksichtigen, bei weitem das Studium der Sprachen mit Französisch und Englisch. Eine gute und richtige Mischung von sprachlicher und naturwissenschaftlich mathematischer Bildung ist nun das, was wir fordern:

Für die Naturwissenschaften sind in den Oberklassen der Realgymnasien 7 Wochenstunden erforderlich — zur Zeit gibt es deren nur fünf — und diese sind folgendermaßen zu verteilen: Physik 3 Stunden, Chemie 2 Stunden, Biologie 2 Stunden. Diese Stundenzahl ist so zu erlangen: von der U III gibt die Mathematik

1 Stunde und Latein 1 Stunde ab, alsdann kommen auf die Naturwissenschaften zu den bisherigen 5 Stunden 2 hinzu, womit die verlangten 7 Stunden gegeben sind.

Die Mathematiker wollen den Realgymnasiasten dieselbe mathematische Bildung geben, wie den Gymnasiasten und sind bereit, eine Stunde zu Gunsten der Biologie zu opfern. Ein gleiches Opfer wollen sie aber bei den Oberrealschulen nicht bringen. Wir sind schließlich übereingekommen, der Oberrealschule eine weitere Ausgestaltung in der Mathematik zu geben und haben uns dann bereit erklärt, in der Chemie, in der wir Chemiker bis jetzt an den Oberrealschulen eine Stunde mehr wie an den Realgymnasien hatten, eine Stunde zum Vorteile der Biologie zur Verfügung zu stellen.

Aber auch die Übungen sind unbedingt erforderlich und hierfür muß noch die erforderliche Zeit gefunden werden. In demselben Umfange wie auf den Realgymnasien wird auch auf den Oberrealschulen für den Unterricht in Physik, Chemie und Biologie nebst den Übungen zu sorgen sein. Die Kommission ist der Meinung, daß es mit dem gesamten naturwissenschaftlichen und mathematischen Unterricht auf den höheren Schulen besser bestellt wäre, wenn diesen Fächern auch in den leitenden Stellen eine ausreichende Vertretung gewährt würde. Sie spricht daher den Wunsch aus, daß in höherem Maße als bis jetzt geschehen, Mathematiker und Naturwissenschaftler zur Leitung der Schulen wie in die oberen Schulbehörden berufen werden.

Wie Sie wissen, m. H., überwiegen zurzeit in der Direktion der Schulen die Philologen. Es existieren zurzeit in Preußen 300 Gymnasien gegenüber 107 Realgymnasien und es ist nicht zu erwarten, daß so schnell ein Umschwung zu gunsten der Realgymnasien eintritt.

Das waren zuerst die Grundsätze der Fragen, über die wir uns verständigt haben. Es sind dann Sub-Kommissionen gebildet worden, eine mathematisch-physikalische Kommission, eine biologisch-chemische Kommission, eine Kommission für allgemeine Fragen über Pädagogik und Schulhygiene und eine Präfektkommission und in diesen Kommissionen ist inzwischen sehr eifrig gearbeitet worden.

Es fanden dann am 17., 18. und 19. April Sitzungen in Göttingen statt, und dort haben wir uns bereits über die Lehrpläne verständigt, die nunmehr der Hauptversammlung in Meran vorgelegt werden sollen, damit bei weiterer intensiver Bearbeitung der Sache in den beteiligten Kreisen im Jahre 1906 auf der Naturforscherversammlung in Köln die endgültige Beschlußfassung erfolgen kann.

Was meine Tätigkeit in der Sache betrifft, muß ich Ihnen mitteilen, daß ich selbstverständlich in die chemisch-biologische Kommission hineingekommen bin, und ich habe es für meine Pflicht gehalten, dort neben der Chemie haupt-

sächlich die Interessen der bedrängten Biologie zu vertreten. Die Biologie muß, um einen Platz an der Sonne zu bekommen, von den anderen Fächern Opfer verlangen. Die Zahl der Stunden läßt sich, darin sind wir alle einig, auch nicht um eine einzige vermehren. Wie ich Ihnen sagte, wollen die Mathematiker um keinen Preis auf den Oberrealschulen von der ihnen zur Verfügung stehenden großen Stundenzahl eine abgeben. Man möchte am liebsten die Oberrealschüler in Mathematik soweit ausbilden, daß die Abiturienten, welche Baumeister und Ingenieure werden wollen, es nicht mehr nötig haben, auf der Hochschule überhaupt noch Mathematik zu treiben. Ich habe dem energisch widersprochen, aber die Vertreter des Vereins deutscher Ingenieure, der bekanntlich den Unterricht möglichst abkürzen und die jungen Leute recht früh in selbständige und verantwortungsvolle Stellungen bringen will, stärkten den Mathematikern den Rücken. Dafür haben wir Chemiker dann von den drei Stunden Chemie in der Oberrealschule eine der Biologie konzediert, da zwei Stunden Chemie pro Woche von Untersekunda an ausreichend sind, wenn für praktische Übungen in Chemie, zusammen oder abwechselnd mit solchen in Physik und Biologie noch eine Stunde freigemacht wird.

Nun will ich Sie nicht aufhalten mit Mitteilungen über die übrigen Wünsche der Mathematiker. Ich will nur kurz erwähnen, daß die Reformidee darauf hinausgeht, alles, was bis jetzt als sogenannte angewandte Mathematik in der Physik und auf anderen Gebieten getrieben worden ist, in die Mathematik selbst zu übernehmen. Man will sich beschränken, die verschiedenen Spezialarten des Rechnens und des mathematischen Wissens nicht mehr, oder wenigstens nicht mehr so breit wie bisher, zu erörtern. Man will aber, und das ist das neue, was man zu erzielen hofft, den Funktionsbegriff selbst im Gymnasium schon in der Tertia dem Verständnis des Schülers näher rücken und die Schüler zum räumlichen Denken anregen.

Mit Unterstützung des Kultusministeriums, bei dem die Kommission bereitwilligstes Entgegenkommen gefunden hat, werden mit diesen Reformplänen bei 5 Lehranstalten, Gymnasien und Realgymnasien bereits Versuche durchgeführt. So weit sind also die Mathematiker schon gekommen.

Die Physik soll nicht als mathematische, sondern als wirkliche Experimentalwissenschaft behandelt werden, und die Schüler sollen in physikalischen Übungsstunden, welche mit solchen in Chemie und Biologie abwechseln, beobachten lernen. Bei all diesen Fächern, auch bei der Biologie, ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß eine große Zahl der Schüler schon nach Absolvierung der Untersekunda mit dem Einjährig-Freiwilligen-Zeugnis ins Leben tritt, und auch diesen ein gewisser Abschluß in mathematisch-naturwissenschaftlicher Bildung zu geben ist.

Aber m. H., mit der Biologie — und ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir Chemiker die Biologie als allgemein bildendes Fach nicht entbehren können — steht es schlecht, denn für

Biologie ist zurzeit an keiner Lehranstalt Zeit und Raum, und doch darf den Schülern keine Stunde mehr aufgeladen werden, als bisher.

M. H., was soll nun die Biologie? Sie soll, was heute als Grundlage für jeden gebildeten Menschen Geltung haben muß, zeigen, was das Leben ist, und wie die Lebensfunktionen sich betätigen. Wir wollen damit nicht den Materialismus in die Schule bringen, sondern im Gegenteil, wir wollen den Schüler befähigen, daß er unreifen Ideen Widerstand entgegensetzen kann, daß er in naturwissenschaftlich-philosophischer Richtung zu denken versteht. Trotzdem haben wir uns bezüglich der Gymnasien auf den Standpunkt stellen müssen, daß wir keine Möglichkeit sehen, der Biologie und auch der Chemie die erforderliche Geltung zu verschaffen, wenn die Gymnasien nicht selbst uns durch Opfer in den Sprachen den Weg zeigen. Aber im Realgymnasium und auf der Oberrealschule muß in der angedeuteten Weise Raum geschaffen werden. Wir wollen uns jedoch nicht in alle diesbezügl. Lehrpläne vertiefen.'

Ehe ich aber zum Punkte übergehe, der uns hier am meisten interessiert, zur Behandlung der Chemie auf der Schule, will ich Ihnen doch noch die Wünsche vortragen, die wir bez. der Erdkunde haben. Wir haben diese in die folgenden Thesen zusammengefaßt:

1. Der Unterricht in der Erdkunde ist an allen höheren Schularten in angemessener Weise bis in die oberen Klassen durchzuführen.
2. Der erdkundliche Unterricht muß wie jeder andere von fachmännisch vorgebildeten Lehrern erteilt werden.
3. Es ist wünschenswert, daß das Studium der Erdkunde auf der Universität zu den naturwissenschaftlichen Studien in nähere Beziehungen tritt.

Bei dem Unterricht in der Chemie handelt es sich für uns nicht um die Frage, was muß ein junger Mann für Schulkenntnisse in Chemie haben, um Chemie zu studieren und tüchtiger Chemiker zu werden, sondern was muß jeder Mensch der Anspruch auf höhere Bildung machen will, der also als Jurist oder als Verwaltungsbeamter oder als Mediziner an maßgebender Stelle seinen Beruf voll erfüllen soll, in Chemie wissen.

Wir sind nun alle der Ansicht, daß der Chemicunterricht an den Schulen nicht richtig erteilt wird. Man trägt dort unsere Wissenschaft nach dem Muster der Hochschulvorlesungen vor, man legt allzu viel Gewicht auf die Theorien und auf das stöchiometrische Rechnen, das sogar im Abiturientenexamen eine große Rolle spielt. Meiner Meinung nach braucht ja aber der Schüler keine stöchiometrische Rechnungen auszuführen zu können. Dagegen sollte er nicht nur die Elemente der anorganischen, sondern auch die der organischen Chemie, welche die meisten Lehranstalten vollkommen vernachlässigen, kennen.

Das schwierigste bei diesem Lehrplan ist, daß ein gewisser Abschluß in der U II gegeben werden muß; denn die Hälfte, an vielen Schulen sogar 2 Drittel der Schüler verlassen die Schule

mit U II mit dem Einjährigenzeugnis und die müssen einen gewissen Abschluß bekommen, und das muß auch in bezug auf die Chemie der Fall sein; infolgedessen muß der U II ein Jahr rein propädeutisch verwandt werden. In diesem einfachen Einführungskursus sollen die natürlich vorkommenden Stoffe in elementarer Weise behandelt und den Schülern in allgemeinen Umrissen die Atom- und Molekültheorie klar gemacht werden. In der Obersekunda setzt dann ein intensiver systematischer Chemieunterricht ein, in welchem die Elemente in der bekannten Reihenfolge, aber auch vom einfachen zum komplizierteren fortschreitend, zu erläutern sind. Gleichzeitig ist den Schülern im Chemieunterricht das erforderliche Maß von Mineralogie und Krystallographie beizubringen. Alles ist durch einfache und leichtverständliche Experimente zu erläutern, bei denen der Schüler nicht untätig bleiben darf, sondern wenn irgend möglich, selbst mitzuwirken hat, um ihm auch auf diese Weise Interesse an diesem Fach beizubringen.

Die physikalische Chemie darf dabei nicht vernachlässigt werden, sondern ist allerdings erst auf der Oberprima mit ihren theoretischen Anschauungen zu behandeln, aber lange nicht so weitgehend, wie dies jetzt vielfach gefordert wird. Ich war leider nicht bei der Hauptversammlung der Bunsengesellschaft in Karlsruhe und habe nicht gehört, was Herr Prof. Wagner dort vorgebracht hat; aber die Forderung, die er in seinem Aufsatz gestellt hat, teile ich nicht. Was aber auf der Schule in allen naturwissenschaftlichen Fächern betrieben wird, soll nicht oberflächlich, sondern gründlich getrieben werden. Bei den chemischen Übungen, auf die wir großen Wert legen, und die entschieden den Vorzug vor den physikalischen Übungen verdienen, weil sie alle Sinne zu schärfen geeignet sind und bei denen sich am besten die Beobachtungsgabe entwickeln läßt, müßte mit den einfachsten Dingen begonnen und die Analyse beiseite geschoben werden. Alles was geschieht, speziell beim präparativen Arbeiten soll aber gemessen und mit der Wage gewogen werden und zwar mit der gewöhnlichen Apothekerwage, nicht mit der chemischen Wage, damit das Verständnis für Maß und Gewicht den Schülern zu eigen wird. In der organischen Chemie wollen wir nur die einfachen Stoffe, wie Holzgeist, Weingeist, Äther, Fette, Kohlenhydrate, Gärung, Fermente, Eiweißstoffe usw. und einige Derivate der aromatischen Reihe vorführen. Aber wir halten dafür, daß die Chemie des Kohlenstoffs mit der Reichhaltigkeit seiner Verbindungen in Ketten und Reihen die erforderliche Berücksichtigung erfährt.

M. H., ich will hier heute auf die Sache nicht weiter eingehen; wenn die ausführlichen Berichte vorliegen, werden wir uns erneut damit zu beschäftigen haben. Die Pläne werden ja, wie gesagt, der Naturforscherversammlung zu Meran unterbreitet und dann hoffentlich in unserer Vereinszeitschrift veröffentlicht werden.

Warum haben wir aber im Vorstande beschlossen, diese Angelegenheit auf die Tages-

ordnung unserer diesjährigen Versammlung zu setzen, und was bezwecken wir damit? In erster Linie wollen wir unsere Bezirksvereine und alle Mitglieder derselben dazu anregen, sich der so wichtigen Schulfrage anzunehmen und sie im engeren oder weiteren Kreise zu besprechen und zu beraten. Dabei spielt die spezifisch chemische Bildung, soweit sie für den Chemiker erforderlich ist, nur eine untergeordnete Rolle. Es kommt in erster Linie auf die Allgemeinbildung, wie sie für alle Gebildeten erforderlich ist, an, auf jene Fülle an Wissen und Können, die die Mittelschulen allen denjenigen mit auf den Weg geben sollen, die später im Leben dazu berufen sind, irgendwie entscheidend einzuwirken, sei es auf unsere Gesundheit, sei es auf unser geistiges Wohl, sei es auf unsere wirtschaftliche Arbeit und Tätigkeit.

M. H., wir leiden ja heute daran, daß wir Chemiker von den Juristen kaum noch verstanden werden. So ist es mir z. B. passiert, daß der Direktor einer Kammer am Landgericht in Elberfeld, als ich ihm als Sachverständiger den Unterschied zwischen Oleum, 66er und 60er Schwefelsäure klar gemacht hatte, dem Gerichtssekretär folgendes diktierte: „Der Sachverständige unterscheidet drei Arten von Schwefelsäure, die rauchende, die 1860er und die 1866er Schwefelsäure“ (große Heiterkeit), und dabei geschah dies nicht etwa in Gedankenlosigkeit, sondern der Herr Direktor war sehr überrascht, als er erfuhr, daß es sich um Grade Baumé und nicht um Jahrgänge handelte (wiederholte Heiterkeit).

Eine andere Erscheinung, die die Unkenntnis der Naturvorgänge zeitigt, ist jener unbegreifliche Wunderglaube, wie er sich in Naturheilmethoden, Kurpfuschertum usw. unter Vernachlässigung der Medizin als Wissenschaft kundgibt. —

Ich möchte Sie ferner bitten, auch noch über folgende Erwägungen Betrachtungen anstellen zu wollen: Auf den Vorschlag des vortragenden Rats Geheimrat Matthias im Kultusministerium will man Versuche darüber anstellen, ob nicht schon auf der Schule eine Differenzierung der Schüler durchführbar ist. Es soll also in der Oberprima dem Schüler freistehen, seiner Anlage, Befähigung und Neigung gemäß, sich gewisse Fächer auszusuchen und auf andere zu verzichten. Also derjenige, der Chemiker werden will, soll das Recht haben, sagen wir auf Geschichte und Geographie oder auf Sprachen in einem gewissen Umfange zu verzichten und dafür mehr Chemie, Physik und Mathematik usw. treiben dürfen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das zu weitgehend ist; es würde sich das übrigens auch nicht leicht durchführen lassen, denn es gehören dazu unendlich viele Lehrkräfte, und es würde auch schwierig sein, die Disziplin aufrecht zu erhalten; denn dann tut eben jeder, was ihm paßt. Ich meine auch, wir sollten den Unterricht an den Mittelschulen nicht abkürzen in dem Sinne, daß wir irgend etwas

zu streichen suchen, was für die allgemeine Bildung notwendig ist. Wollen wir kürzen, so soll es bei der Vorbereitung zum Staatsdienst geschehen, da hier meiner Meinung nach eine große Verschwendug an Zeit getrieben wird und sich durch Intensität mehr erreichen läßt. Wenn Referendare und Assessoren 10 Jahre brauchen, ehe sie zu einer selbständigen Stellung kommen, so ist das eben eine Verschwendug an Zeit; das gleiche gilt auch beim Regierungsbaumeister usw.

Ich stehe auch hier in einem gewissen Gegensatz zu den Ingenieuren. Diese meinen, es müßte für gewisse Fächer eine spezifische Vorbildung an den Schulen gegeben werden, die den jungen Menschen befähigt, möglichst rasch durch die Hochschulen hindurch und zu einer selbständigen und verantwortlichen Stellung zu kommen. So sehr ich Letzteres auch wünsche, so möchte ich doch andererseits, daß die Allgemeinbildung nicht Schaden leidet; denn ich habe die Beobachtung gemacht, daß gerade die Allgemeinbildung für uns Chemiker von großer Bedeutung ist, und ich kann nur sagen, daß, soweit mir die Ingenieure bekannt sind, es den Ingenieuren sehr oft hieran mangelt und daß, wenn nach dieser Richtung weitergehende Forderungen gestellt würden, dies gerade den Stand der Ingenieure wesentlich heben würde.

M. H.! Das Vorgetragene enthält nun viele Fragen, die der ernsten Beratung unterzogen werden müssen. Deshalb m. H., nehmen Sie sich alle der hier gestellten Probleme an, denken Sie darüber nach, schreiben Sie Aufsätze über derartige Themen für unsere Zeitschrift, damit auch wir Chemiker zeigen, daß wir Anteil und Interesse an dieser hochwichtigen Schulfrage nehmen. Eröffnen Sie bitte nun in privaten Kreisen und in den Bezirksvereinen eine lebhafte Debatte über diesen interessanten und wichtigen Gegenstand, damit wir bei der nächstjährigen Hauptversammlung Stellung zu all diesen Fragen nehmen können. (Lebhafter Beifall.)

11. Antrag des Bezirksvereins Oberschlesien:

„Der Oberschlesische Bezirksverein stellt den Antrag, das alljährlich erscheinende Mitgliederverzeichnis in der Weise vervollständigen zu wollen, daß als Anhang ein Verzeichnis der Mitglieder nach den Wohnorten aufgenommen wird, wie dies z. B. bei „Stahl u. Eisen“ der Fall ist.“

Berichterstatter Dir. Fr. Russig: Der vorliegende Antrag ist hervorgegangen aus der Mitte unseres Vorstandes und zwar von einem Mitgliede, welches außer unserem Chemikerverein auch noch dem Verein deutscher Eisenhüttenleute angehört, wie so manche unserer Mitglieder im Oberschlesischen Industriebezirk diesem Verein angehören. Derselbe hat in seinem Mitgliederverzeichnis, welches ungefähr

dieselbe Anzahl umfaßt, wie das unsrige nämlich 3100, die Einrichtung getroffen, daß in seinem Anhang die Mitglieder nach den Wohnorten geordnet sind und es hat sich herausgestellt, daß das in vieler Hinsicht Vorteile bietet. Wenn man z. B. von der Ostgrenze des Reiches nach dem Westen reist, weiß man sofort an der Hand dieses Verzeichnisses, wen man an den besuchten Orten treffen kann, man kann alte Verbindungen wieder anknüpfen, neue suchen, kurz und gut der persönliche Verkehr unter den Mitgliedern wird durch diese Einrichtung wesentlich erleichtert. Wir haben s. Z. bereits dem Hauptvorstande einen diesbezüglichen Antrag schriftlich eingereicht, der aber nach einem Schreiben vom 21. Nov. 1904 vorläufig und zwar mit der Begründung zurückgestellt worden ist, daß die bedeutende Erweiterung der Vereinszeitschrift die Mittel des Vereins so weit in Anspruch genommen habe, daß nicht mehr für eine Erweiterung des Mitgliederverzeichnisses aufgewendet werden könne. Nun haben wir aber geglaubt, diesen unseren Antrag nochmals der Hauptversammlung vorlegen zu sollen, wegen der großen Vorteile die uns tatsächlich für das Vereinsleben, für den persönlichen Verkehr der Mitglieder untereinander usw. daraus erwachsen. Sie haben vorhin gehört, daß der Herr Geschäftsführer uns aufgefordert hat, wir sollen uns doch Mühe geben, die Mitglieder, welche noch keinem Bezirksverein angehören, an uns zu fesseln, weil sich herausgestellt hat, daß die Mitglieder der Bezirksvereine dem großen Verein auch treuer anhängen als solche, die nebenher laufen. Wenn wir die Wohnorte dieser Mitglieder leicht aus einem solchen Anhange ermitteln können, so ist es eine Kleinigkeit, den betreffenden Herrn soweit sie in Orten unseres Vereinsbezirk wohnen, Einladungen zu unseren Versammlungen zu schicken, sie persönlich aufzusuchen und sie zu bearbeiten; während es uns wirklich nicht zugemutet werden kann, die 3200 Nummern des Mitgliederverzeichnisses daraufhin durchzusehen, um diejenigen herauszusuchen, die in unserem Bezirke wohnen. Wir haben deshalb geglaubt, diesen Antrag einreichen zu müssen und die Erwägung anregen zu sollen, ob es sich nicht ermöglichen läßt, die Mittel die für diese Erweiterung des Mitgliederverzeichnisses notwendig sind, wenn auch nicht im laufenden so doch im nächsten Jahre flüssig zu machen.

Dir. Fritz Lüty: Der Antrag ist nicht neu. Daß der Oberschlesische Bezirksverein denselben Antrag schon einmal eingereicht hat, wissen Sie; aber auch Sachsen-Anhalt hat eine ähnliche Frage am 1. Februar 1904 angeregt, nämlich ein Mitgliederverzeichnis in dem Sinne drucken zu lassen, daß wir nach dem Vorbild des Ingenieurvereins die Mitglieder nachher nach Bezirksvereinen noch einmal gruppieren sollten, damit die Bezirksvereine ihrerseits nicht in die Lage kommen, Verzeichnisse drucken zu müssen. Ich habe unter dem 14. April 1904 Herrn Prof. Dr. Precht geantwortet, daß die Mittel dazu nicht ausreichen und ich habe den

dazu notwendigen Betrag auf 250 bis 300 M angegeben.

Sie sehen also, daß die Wünsche verschieden sind, Ordnung nach Postorten, Ordnung nach Bezirksvereinen. Ich habe mich indessen im Auftrage des Vorstandes mit der Spamerischen Buchdruckerei in Verbindung gesetzt, um festzustellen, um welche Summe es sich da handeln könnte. Ich bemerke, daß Sie aus der Abrechnung des Hauptvereins ersehen, daß das Mitgliederverzeichnis uns 986 M gekostet hat, eine ziemlich bedeutende Ausgabe, also rund 25 Pf pro Mitglied des Hauptvereins. Die Spamerische Buchdruckerei teilte mir nun folgendes mit:

„Unter Bezugnahme auf Ihre gefl. gestrige Anfrage gestatten wir uns Ihnen hierdurch mitzuteilen, daß die Mehrkosten des Anhanges (Verzeichnis nach Orten geordnet) sich wie folgt stellen würden:

Satz, 5 Bogen à 78 M	M 390,00
Druck (Auflage 3600), 5 Bogen	
à 18,20	91,00
Papier, EO 4215	190,00
Buchbinderarbeiten, 5 Bogen	
Mehrheftung usw. pro 1000	
M 7,00	25,20
	Summa M 696,20

Dieser Betrag wäre also dem jetzigen hinzuzurechnen.“

M. H., ich gebe Ihnen anheim, zu erwägen, ob wir wirklich 700 M mehr ausgeben sollen für das Mitgliederverzeichnis nur deshalb, damit wir den Herren Schriftführern der Bezirksvereine die Arbeit leicht machen. Der Schriftführer eines jeden Bezirksvereins bekommt unser Mitgliederverzeichnis, sein eigenes Mitgliederverzeichnis liegt ihm vor, es liegen ihm außerdem vor die Adressenänderungen der Mitglieder seines Bezirksvereins. Es können daher nur noch in Frage kommen die außerordentlichen Mitglieder, die noch hinzuzufügen sind. Wöchentlich erscheint der Zu- und Abgang, wie die Zeitschrift ihn bringt. Ich glaube nicht, daß Sie geneigt sein werden, unter diesen Umständen bei der jetzigen Finanzlage 700 M aufzuwenden, damit ein besonderes Ortsverzeichnis oder eine Liste der Mitglieder für jeden der 19 Bezirksvereine aufgestellt wird. Ich bitte Sie namens des Vorstandes, den Antrag abzulehnen.

Vorsitzender: Der Vorstand ist nicht in der Lage, bei der jetzigen Finanzlage Ihnen die Annahme dieses Vorschlags zu empfehlen.

Dr. Wirth: Ich möchte zu dieser Angelegenheit fragen, ob es sich nicht empfehlen würde, diejenigen Herren, welche als Vertreter von Behörden und dergl. Mitglieder sind, mit Namen zu nennen. Das ist bisher nicht der Fall. Ich will Ihnen nur einen Fall anführen: Vorsitzender des Aachener Bezirksvereins ist Herr Dir. Dr. Kapff. Derselbe steht aber nicht mit seinem Namen und seiner Adresse im Mitgliederverzeichnis, sondern nur unter: „Preußische höhere Fachschule für Textilindustrie, Vertreter Dr. Kapff.“ Das ist m. E. ein Übelstand.

Dir. Fritz Lüty: Das ist z. B. bei dem agrikulturchemischen Laboratorium in Breslau auch der Fall. Aber die Herren müssen bedenken, daß die Institute ihre Vertreter zum Teil ernennen, zum Teil auch nicht. Herr Dr. Kapff ist wiederholt Vertreter seines Instituts gewesen, das ist eine Tatsache, die nicht zu leugnen ist; aber deshalb kann ich ihn doch nicht als Mitglied führen. Wir hatten früher im Mitgliederverzeichnis aufgeführt z. B. einerseits „Städtisches Untersuchungsamt Elberfeld“ und andererseits „Dr. Heckmann, Stadtchemiker, Vorsteher des Untersuchungsmates Elberfeld“. Da ist die Anregung gekommen, man möge solche Sachen weglassen, denn das wäre eine doppelte Aufführung desselben Mitgliedes. Daran anschließend sind andere gekommen z. B. Doppelfirmen und haben verlangt, daß jedes Mitglied der Firma gesondert aufzuführen sei. Auch dies geht nicht, da nicht der Einzelne Mitglied des Vereins ist, sondern die Firma. Diese aber kann z. B. bei Abstimmungen nur durch ein vertretungsfähiges Mitglied handeln.

Dir. Fr. Russig: Ich möchte mich nur schützen vor der Annahme, daß ich dem Schriftführer des betr. Bezirksvereins nur die Arbeit erleichtern wollte, das hat mir fern gelegen. Mich leitet das Interesse des ganzen Vereins und aller Mitglieder, der Mitglieder nämlich, welche sich über die anderen informieren wollen, die sie bei ihren Besuchen in anderen Gegenden treffen können. Das ist der Hauptvorteil, den der Antrag im Auge hat, nicht etwa eine Erleichterung der Arbeit der Schriftführer. Wir haben von einer großen Anzahl von Bezirksvereinen Zustimmung zu dem Antrag bekommen, und ich habe deshalb geglaubt, daß auch eine Mehrheit im Vorstandsrat dafür vorhanden sein würde. Was die von Herrn Lüty genannte Summe betrifft, so kommt sie mir wirklich ungeheuer hoch vor und da jetzt der Versand der Zeitschrift durch die Post erfolgt, meine ich, könnte eine so große Summe nicht herauskommen.

Dir. Fritz Lüty: Das hat mit der Zeitschrift gar nichts zu tun. Was wir an der Zeitschrift sparen, müssen wir zur Tilgung des Defizit in erster Linie verwenden. Was wir für das Mitgliederverzeichnis ausgeben, geben wir bei den allgemeinen Vereinsausgaben aus.

Dir. Fr. Russig: Wir würden aber auch andererseits neue Mitglieder dadurch werben.

Dir. Fritz Lüty: Eine Annehmlichkeit ist es gewiß; aber, daß eine große Ausgabe damit verbunden ist, steht fest. Ich möchte anheim geben, ob die Bezirksvereine nicht die 700 M aufbringen wollen, dann wird der Hauptverein gern bereit sein, dem Wunsche nachzukommen; es braucht ja nur für jedes Mitglied 50 Pf angewiesen zu werden, dann bekommen wir 1250 M heraus, die genügen, um den Wünschen der Herren Russig und Precht zu entsprechen.

Prof. Dr. Precht: Ich habe vor Jahren mit Herrn Dir. Lüty über die vorliegende Frage korrespondiert und auch mit ihm darüber

gesprochen. Der Bezirksverein Sachsen-Anhalt hat infolge der großen Kosten davon Abstand genommen, einen Antrag wie Oberschlesien einzubringen, und ich glaube, der Oberschlesische Bezirksverein hätte das gleiche getan, wenn er sich vorher mit dem Herrn Dir. Lüty ins Einvernehmen gesetzt hätte. Ich möchte empfehlen, bei allen Anträgen, die an den Hauptverein gelangen sollen, sich zunächst möglichst mit dem Herrn Geschäftsführer ins Einvernehmen zu setzen.

Geh. Reg.-Rat Dr. Lehne teilt mit, daß der Märkische Bezirksverein, solange er die unerfreuliche Finanzlage nicht gekannt hat, dem Antrag sympathisch gegenüber gestanden sei, glaubt aber, daß in anbetracht der schlechten Kassenverhältnisse zunächst darauf hinzuarbeiten sei, daß man aus den Schulden herauskomme.

Prof. Dr. Stockmeier glaubt ebenfalls, obschon der Mittelfränkische Verein dem Antrage an sich zustimme, daß seine Wünsche in dieser Beziehung zurückgestellt werden müssen, und bittet Herrn Dir. Fr. Russig seinen Antrag zurückzuziehen.

Dir. Russig: Ich denke, Prof. Duisberg wird eine Resolution zu Stande bringen, wonach der Vorstand die Sache im Auge behält und bei der nächsten Gelegenheit auf die Tagesordnung bringt. (Zuruf: Bei günstiger Finanzlage.)

Vorsitzender: Bringen Sie den Antrag vielleicht in zwei Jahren wieder, nachdem Sie sich vorher mit der Geschäftsstelle verständigt haben.

Dir. Russig: Nun, wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren, ich ziehe daher den Antrag zurück.

Vorsitzender: Ich kann also morgen mitteilen, daß der Antrag zurückgezogen ist. (Zustimmung!)

12a. Antrag des Bezirksvereins Oberschlesien:

In Erwürfung, daß die Zeitschrift für angewandte Chemie als officielles Organ des Vereins deutscher Chemiker die Pflege der persönlichen Beziehungen unter den Mitgliedern und des gegenseitigen Wettbewerbes der Bezirksvereine in Erfüllung ihrer Vereinspflichten zu fördern berufen ist, beantragt der Oberschlesische Bezirksverein beim Hauptverein die Wiedereinführung der seit Juli 1904 auf die Umschlagseiten verwiesenen Mitgliedernachrichten auf die Textseiten der Zeitschrift für angewandte Chemie und die Veröffentlichung auch derjenigen Punkte der von den Bezirksvereinen an den Geschäftsführer des Vereins laufend erstatteten Sitzungsberichte, welche in der Hauptsache nur für die Mitglieder des berichtenden Bezirksvereins Interesse haben. Ferner beantragt der Oberschlesische Bezirksverein deutscher Chemiker die Be-

kanntmachung der aus dem Verein austretenden Mitglieder an derselben Stelle, an der die Vorschläge für neu aufzunehmende Mitglieder veröffentlicht werden.

Berichterstatter Dir. Fr. Russig: Auch dieser Antrag bezweckt eine Förderung des persönlichen Moments in unserem Vereinsleben, und zwar nicht nur bei den Bezirksvereinsversammlungen und Hauptversammlungen, sondern auch in der Vereinszeitschrift. Der Antrag setzt sich aus drei Teilen zusammen, und zwar sowohl in bezug auf seine historische Entwicklung, als auch auf die Punkte, die er anstrebt. Der älteste Teil ist jedoch in der Mitte des Antrages zu finden und wurde durch die Kürzung der Referate unseres Bezirksvereins, die wir an den Geschäftsführer im Jahre 1904 eingeschickt haben, veranlaßt. Ich betone ausdrücklich, daß wir uns nicht über die verspätete Wiedergabe der Referate beschwert haben, sondern nur über die Kürzungen, die ohne unser Einverständnis bzw. ohne Benachrichtigung unseres Vereins an den Berichten vorgenommen worden sind.

Ich will an der Hand der Zeitschrift für angewandte Chemie, Heft 8, beispielsweise nur einige Kleinigkeiten erwähnen. Die Angelegenheit ist durch Schriftwechsel zum Teil geklärt. Ich möchte aber doch mitteilen, was uns damals bewogen hat, den Antrag zu stellen.

Wir haben die Versammlungsberichte eingereicht und haben u. a. die Anzahl der Teilnehmer an unseren Sitzungen mitgeteilt. Wir haben geglaubt, Wert darauf legen zu sollen, um auch nach außen den anderen Bezirksvereinen ein kleines Lebenszeichen aus Oberschlesien zu kommen zu lassen, weil wir annahmen, daß andere Vereine sich auch dafür interessieren, was für einen Besuch wir bei unseren Versammlungen haben. Diese Daten sind uns gestrichen worden.

Wir haben z. B. bei dem Vortrage des Herrn Dr. Mathesius seine Literaturangaben mitgeteilt, und diese sind in der Zeitschrift gestrichen und geändert worden. In dem gedruckten Bericht der Zeitschrift wird nämlich hingewiesen auf einen Bericht, der im Jahre 1902 in unserer Zeitschrift, Seite 715, erschienen ist, während der Vortrag in „Stahl und Eisen“ im Jahre 1903, Seite 925, erschienen ist. Diese falsche Angabe in der Zeitschrift stammt nicht von uns, sondern ist durch Korrektur hineingekommen und bezieht sich jedenfalls nicht auf den Vortrag, der in Frage stand.

Dann ist bei einer Sitzung ein Vortrag ausfallen, weil der Vortragende, ein unserem Bezirksverein nicht angehörendes Mitglied des Hauptvereins, erkrankt war. Wir hatten das auch in dem Bericht erwähnt und geglaubt, dadurch gewissermaßen einen Akt der Höflichkeit gegen den Vortragenden zu erfüllen, indem wir mit einigen Worten des Bedauerns den Grund des Ausfalles erwähnten. Ich glaube, der Herr ist dadurch, daß nun keine Notiz darüber in dem Bericht darüber gestanden hat, etwas verschnupft worden, umsomehr, als er uns den Vortrag ohne jede Vergütung halten wollte.

Das sind Kleinigkeiten, aber doch immerhin Imponderabilien, die für den persönlichen Verkehr und für die Propaganda für unseren Verein von Bedeutung sind. Wir haben nun an den Herrn Geschäftsführer geschrieben und bekamen von ihm sowohl wie von der Redaktion eine Antwort, die uns eigentlich in Erstaunen setzte; denn wir hatten absolut nicht die Absicht gehabt, der Geschäftsführung oder der Redaktion einen Vorwurf zu machen, sondern hatten nur unser Bedauern ausgesprochen, daß wir von dieser Streichung nicht benachrichtigt worden wären. Nun hat uns der Herr Geschäftsführer vorgeschlagen, wir sollten große und kleine Berichte einschicken, oder in den Berichten anstreichen, was wir besonders hervorgehoben haben wollten. Wir hatten die Sache einstweilen ad acta gelegt, bis dann der zweite Fall passierte, auf den sich unser Antrag bezieht, nämlich die Beschneidung der Mitgliedernachrichten bzw. die Verweisung derselben auf die Umschlagseite. Wir haben darin wieder ein System erblickt, das Persönliche fiel dadurch noch mehr aus dem Rahmen des Vereinsorganes heraus. Die Zeitschrift hat mit den Personen, denen sie doch auch dienen soll, eigentlich gar keine Beziehungen mehr, obwohl sie doch nach unserer Auffassung das Organ des Vereins deutscher Chemiker bilden soll. Wir haben diese Verweisung der Mitgliedernachrichten auf die Umschlagseite als Gelegenheit benutzt, diese beiden Anträge zusammenzufassen und dem Hauptvorstande zu unterbreiten, und haben auch den übrigen Bezirksvereinen von unserem Beschuß Mitteilung gemacht. Der Hauptvorstand hat unsere Anträge bezügl. der Mitgliedernachrichten wegen der ungeheuren Vermehrung des Materials an interessanten Publikationen abgelehnt, und wir haben heute wiederholt gehört, daß sich vorläufig daran nichts geändert hat.

Ich möchte nun noch bemerken, weshalb wir dazu gekommen sind, diese Anträge nochmals vor den Verein zu bringen. Wir waren nämlich der Ansicht, daß gerade die Pflege der persönlichen Nachricht in den Mitteilungen der Bezirksvereine sehr viel wert ist, um das Interesse an unserer Zeitschrift und an unserem Vereine, sowie an den Bezirksvereinen zu beleben.

Wenn nun der Kostenpunkt als ausschlaggebend betrachtet wird, so haben wir ja in den Ausführungen des Herrn Lüty schon ein neues Morgenrot aufleuchten sehen, denn er hat ja vorgerechnet, daß in diesem Jahre schon bedeutend größere Einnahmen aus den Inseraten herauskommen werden, er hat ferner den gestiegenen Absatz im Jahre 1905 erwähnt und gesagt, daß die Hefte abwechselnd mit 32 bzw. 48 anstatt 96 Druckseiten erscheinen sollen, so daß das Defizit in kurzer Zeit gedeckt werden wird und im Laufe des Jahres vielleicht noch ein Überschuß herauskommt, dank der bewährten Führung, die Herr Lüty sich auch weiterhin noch vorbehalten hat. Ich möchte nur bemerken, daß die Anträge des Oberschlesischen Vereins und die Bestrebungen, das persönliche Moment in unserem Verein mehr zu heben, dieselben sind,

die im Oberschlesischen Bezirksverein eigentlich in der ganzen Zeit seines Bestehens die herrschenden waren. Der Antrag bezügl. der Gebührenfrage ist seinerzeit von Matzureck gestellt worden, auch die Frage der Stellenvermittlung ist von uns (Jentzsch) angeregt worden und die Unterstützungskasse hat der jetzige Vorsitzende des Oberschlesischen Bezirksvereins in Vorschlag gebracht.

Wir sind uns in diesem Wirken treu geblieben und wenn wir heute wieder Anträge bringen, die den Verein zu einer größeren Bedeutung des persönlichen Elementes veranlassen sollen, so glauben wir, daß der Hauptverein auch selbst Vorteile davon hat. Es würde ferner viele unserer Mitglieder interessieren, wenn auch über die Tätigkeit des Vorstandes im Laufe des Vereinsjahres einmal hin und wieder etwas erschiene, wie es im letzten Jahre einmal der Fall gewesen ist, in bezug auf die gemeinsamen Konferenzen mit anderen Vereinen über die Prinzipien die bezüglich der Ausbildung von Chemikern usw. aufrecht erhalten werden sollen. Ich möchte glauben, daß durch eine Mitteilung über Gegenstände, wie wir sie heute gehört haben, die Besprechung in den Bezirksvereinen wesentlich erleichtert würde, wenn derartige Sachen hin und wieder als Nachrichten veröffentlicht würden. Solche Anregungen würden dankbar von den Bezirksvereinen begrüßt werden.

Dann möchte ich noch betonen, daß durch die Aufnahme von persönlichen Mitteilungen usw. vielen Bezirksvereinen wesentliche Ausgaben erspart blieben. Wenn die Mitglieder über das, was in den Bezirksvereinen vorgeht, durch die Berichte in unserem Blatt Kenntnis erhalten, wird es sich erübrigen, besondere Mitteilungen der Bezirksvereine drucken zu lassen. Ich habe hier von verschiedenen Bezirksvereinen teilweise periodische, teilweise chronisch gewordene Zeitschriften. Im Interesse der Einheitlichkeit des Vereins ist es besser, wenn es möglichst vermieden wird, daß sich eine solche Zersplitterung bildet. Abgesehen davon, daß viele Vereine nicht die Mittel haben, derartige Unternehmungen ins Leben zu rufen, möchte ich fragen, ob nicht die Möglichkeit vorhanden ist, angesichts der in Aussicht stehenden günstigen Geschäftslage eine Ausnahme zu machen und dem Antrage des Oberschlesischen Bezirksvereins in der eben skizzierten Weise Folge zu geben. Ich bemerke noch, daß wir hierzu auch eine ganze Anzahl zustimmender Äußerungen von verschiedenen Bezirksvereinen erhalten haben, die ich auf den Tisch des Hauses niederlegen kann.

Dir. Fritz Lüty: Zunächst spreche ich Herrn Dir. Russig im Namen des Vorstandes den Dank dafür aus, daß der Oberschlesische Bezirksverein durch seine Anträge die anderen Vereine angeregt hat. Ich habe ja schon gesagt: Die Berichterstattung ist wesentlich besser geworden als sie früher gewesen ist.

Der Bericht von Oberschlesien, der vorhin

erwähnt wurde, ist am 19. Januar 1905 eingegangen. Er behandelt die Versammlung vom 18. März 1904, und ist bei der Redaktion am 21. Januar 1905 in Druck gegeben worden. Zwischen dem 19. und 21. Januar liegen zwei Tage, zwischen der Versammlung und der Berichterstattung elf Monate.

Ich meine, meine Herren, angesichts dieses Umstandes werden Sie uns zugestehen, — ich habe den ganzen Bericht des Oberschlesischen Vereins mitgebracht mit den Korrekturen der Redaktion — daß die Redaktion ganz recht hat, wenn sie die Sachen streicht die längst überholt sind. Ich bemerke ausdrücklich: Die Geschäftsführung streicht in keinem Bezirksvereinsbericht, sie hat höchstens ab und zu eine Bemerkung gemacht, wie: „ist wohl schon berichtet“ oder: „gehört nicht hierher“.

Die Bearbeitung der Bezirksvereinsberichte für die Veröffentlichung in der Zeitschrift ist lediglich Sache des Herrn Redakteurs.

Es ist ferner bei dem Oberschlesischen Bericht vom 21. Januar 1905 vorgekommen, daß wir dabei geschrieben haben: „Und spricht gleichzeitig sein Einverständnis mit dem Vorgehen des Vorstandes in einer die Zeitschrift und die Firma Scherl betreffenden Angelegenheit aus“. M. H., es handelt sich hier um geschäftliche Verhältnisse. Wir haben kein Recht uns über die Firma Scherl zu beklagen und können auch in der Zeitschrift nicht von Bezirksvereinen über sie klagen lassen, wenn kein Grund dazu vorliegt. Meines Wissens hat der Redakteur niemals wesentliches gestrichen, höchstens die Bemerkungen wie „Ein festliches, fröhliches Mal vereinigte die Teilnehmer“ oder: „Nach längerer Sitzung trennten sich die Teilnehmer nachts um so und so viel Uhr“; das gehört wahrlich nicht in den Bericht hinein. In den letzten zwei Jahren ist aber nicht einmal die Teilnehmerzahl gestrichen worden, so viel ich darüber unterrichtet bin¹⁾.

Ich bitte Sie meine Herren, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen und andererseits auf die finanzielle Lage unserer Zeitschrift Rücksicht zu nehmen. Wir können heute noch keinen Wechsel ziehen auf die Zukunft; es sei denn, daß Herr Russig so liebenswürdig ist, ihn einzulösen. Ich für meine Person bitte

¹⁾ In dem Originalberichte, den der Oberschlesische Bezirksverein der Geschäftsführung über die Sitzungen vom 8. März 1903, 4. Juli 1903, 18. November 1903 und 9. Januar 1904, am 19. Januar 1904 eingesandt hat, ist die Zahl der Teilnehmer von den einzelnen Versammlungen angeführt, ebenso findet sich bei dem Vortrag von Dr. Hase eine andere Literaturangabe vor, als im Sitzungsbericht abgedruckt wurde. Die Redaktion hat aus dem Jahresbericht u. den eben erwähnten Sitzungsberichten einen Sammelbericht veröffentlicht, der S. 255, XVII. Jahrg. d. Zeitschr. f. angew. Chem. erschien. Die Abstriche beziehen sich nur auf unbedeutende Sachen; Teilnehmerzahlen von einzelnen Versammlungen haben doch nach Jahresfrist ein Interesse für weitere Kreise nicht mehr.

Sie nach wie vor: Lassen Sie auch gefl. im Interesse unseres Inseratenteils die Anmeldungen der Mitglieder, wo sie sind!

Wenn der Bezirksverein Oberschlesien behauptet, die Anmeldungen wären nicht stets auf der gleichen Seite des Umschlages untergebracht, so muß ich darauf erwidern, daß ich sofort den Wünschen der Herren aus Oberschlesien Rechnung getragen und veranlaßt habe, daß die Anzeigenfirma die Anmeldungen stets auf einer bestimmten Seite des Umschlages erscheinen läßt, ferner daß auch der Stellennachweis auf einer bestimmten Seite erscheint. Die Mitteilungen der Sitzungen der Bezirksvereine im Sitzungskalender finden Sie auch immer auf der gleichen Seite des Umschlages, so daß Ihnen die Auffindung sehr bequem gemacht ist; es ist nichts weiter, als das die Mitteilungen nachher nicht mitgebunden werden, das ist aber auch das einzige. Sie können die Mitteilungen zum Mitgliederverzeichnis ausschneiden und damit machen, was Sie wollen: Ihren Schriftführern ist ein großer Vorteil dadurch geboten, daß sie nicht in der Zeitschrift nachzublättern brauchen.

Geh. Reg.-Rat Dr. Lehne: Ich möchte mir eine Frage an unseren verehrten Vorsitzenden gestatten. Wäre es nicht möglich, daß man über die tatsächlichen Verhältnisse etwas früher unterrichtet würde. Wir kennen ja die Taktik unseres geschätzten Herrn Dir. Lüty: sein bestes Pulver verschießt er oft erst im letzten Augenblick in der Versammlung. Das ist sehr politisch, aber für uns in den Bezirksvereinen doch etwas unbequem. Allerdings ist hier in dem Bericht des Herrn Redakteurs ein Satz, der eigentlich die Resolution, die ich einbringen wollte, gegenstandslos macht. Die Mühe zeitraubender Beratungen in den Bezirksvereinen könnte man sich manchesmal ersparen, wenn man den Geschäftsbericht etwas früher bekäme.

Vorsitzender: Die Anregung ist sehr dankenswert aber es ging in diesem Jahre nicht.

Geh. Reg.-Rat Dr. Lehne: Es heißt hier: „Besonders schnell werden von der Redaktion jedesmal die Sitzungsberichte der Bezirksvereine veröffentlicht. Wenn von manchen Seiten über mangelhafte Berücksichtigung der Berichte der Bezirksvereine seitens der Zeitschrift geklagt worden ist, so ist die Schuld dafür den Bezirksvereinen selber zuzumessen, die ihre Sitzungsberichte zu spät oder überhaupt nicht der Geschäftsführung oder der Redaktion¹⁾ eingesandt haben.“

Auch eine andere Beobachtung hat sich hier aufgedrängt. früher war es allgemein Regel, daß die Schriftführer nur Herrn Geschäftsführer Lüty die Sache schicken sollten. Das scheint nach diesem Bericht überholt zu sein (Nein!), dann möchte ich doch den Wunsch aussprechen,

dass die Versammlung zur Resolution des Märkischen Vereins Stellung nimmt, da es wünschenswert wäre, daß ferner die Berichte der Bezirksvereine immer nur an den Geschäftsführer gehen und von diesem sofort an den Redakteur weitergeleitet werden.

Dir. Lüty: Die letzte Bestimmung ist nicht nötig, denn bei dem Geschäftsführer bleibt, wie schon erwähnt, der Bericht keinen Tag liegen. Ich habe Ihnen aber hier Berichte mitgebracht, aus denen Sie ersehen können, daß wir im Oktober 1904 Berichte bekommen haben über eine Versammlung, die im April 1903 stattgefunden hat.

Geh. Reg.-Rat Dr. Lehne: Das ist natürlich ein Unfug. Aber im übrigen kann ich nur sagen, daß ich es für richtig halten würde, in der Weise zu verfahren.

Dir. Fritz Lüty: Der Geschäftsführer behält, wie gesagt, keinen Tag die Bezirksvereinsberichte in den Händen. Der Bericht geht sofort weiter und bei der Redaktion bleiben die Berichte auch nicht liegen. Der Antrag des Oberschlesischen Bezirksvereins hat insofern gutes gewirkt, als jetzt alle Bezirksvereine sich schuldig gefühlt haben, und seit der Zeit wesentlich mehr Berichte schicken. Vor allen Dingen hat der Märkische Bezirksverein die gute Einrichtung getroffen, seinen Schriftführer zu kontrollieren, indem er die Berichte jetzt eingeschrieben schickt und infolgedessen einen Belag dafür hat, wann er seine Berichte abgesandt hat.

Dr. Woy: M. H., mein Bezirksverein gehört zu denjenigen, die die Anregung von Oberschlesien aufgenommen haben, daß das Mitgliederverzeichnis und die Nachrichten über die Personalien in das Hauptblatt kommen sollen. Wenn sie eine englische Zeitung in die Hand nehmen, so finden Sie, daß die erste und zweite Seite meist Personalnachrichten gewidmet sind. Das ist m. E. auch das Allerwichtigste und nicht, daß alle möglichen wissenschaftlichen und sonstigen Sachen gebracht werden, die sich überall wiederholen und den Zwecken des Vereins nicht dienen. Es ist gesagt worden: Das können wir nicht, es mangelt uns an Platz. Alles, was wir heute gehört haben, hat mich noch nicht überzeugt, daß es unmöglich wäre, dem Antrag zu entsprechen. Wenn Sie sich die Hefte ansehen, so finden Sie 3—4 Seiten lediglich mit geschützten Namen vollgeschrieben und ich glaube, daß außer dem Redakteur, der die Sachen durchlesen muß, unter 100 Mitgliedern nicht mehr als 3 sind, die die Patentanmeldungen alle durchlesen. Wer ein besonderes Interesse daran hat, bezieht seine Patentliteratur direkt. Alle diese Art Patentsachen sind vollständig überflüssig. Der Raum, der dadurch beansprucht wird, könnte für die persönlichen Nachrichten verwandt werden und dadurch würde den Zwecken des Vereins erheblich besser gedient sein. Ich möchte deshalb auch namens unseres Bezirksvereins den Antrag unterstützen, daß die Personalnachrichten wieder in das Hauptblatt kommen, wenn auch Herr Scherl den Wunsch hat, daß sie in den

¹⁾ Im Bericht des Herrn Redakteurs ist der diesbezügliche Usus nicht richtig angegeben. Die Berichte der Bezirksvereine gehen stets und nur durch die Hände der Geschäftsstelle an die Redaktion.

Nebenteil kommen, weil ihm das für seine Insserate paßt. Schließen wir uns doch in dieser Beziehung dem englischen Vorbilde an!

Prof. Dr. Rassow: Ich habe die letzten 6 Nummern der Zeitschrift hier und möchte den Herrn Vorredner bitten, mir doch die Nummern zu zeigen, in denen 5, 4 oder 3 Seiten geschützte Namen stehen. In einer Nummer ist eine Spalte dadurch in Anspruch genommen, in zweien etwa eine halbe und in drei Nummern fehlen die Wortzeichen ganz. Das dürfen Sie mir doch nicht zutrauen, daß ich unsere Zeitschrift mit diesen Dingen nur anfüllen will. Ich habe schon daran gedacht, daß wir die Wortzeichen und Patentanmeldungen auf den gelben Umschlag verweisen sollten, wir würden dann alle 8 Tage 3—4 Seiten freibekommen für Mitteilungen von bleibendem Wert; das gäbe aber 200 bis 250 Seiten im Jahr mehr zu drucken und drucken kostet Geld! Darum habe ich den Wunsch vorläufig zurückgestellt.

Dr. Woy: Ich kann garantieren, daß es einmal 3 Seiten waren.¹⁾

Vorsitzender: Herr Russig, wollen Sie Ihren Antrag aufrecht erhalten?

Dir. Russig: In Anbetracht der vom Vorstande dargelegten Unmöglichkeit, dem Antrage wegen der schlechten Finanzlage Folge geben zu können, stelle ich den Antrag auf ein oder zwei Jahre zurück, und werde mich mit meinem Bezirksverein ins Benehmen setzen.

12 b. Antrag des Rheinisch-Westfälischen Bezirksvereins:

Um die Mitgliederliste der Bezirksvereine mit der des Hauptvereins übereinstimmend zu halten, ist sowohl der Austritt aus dem Hauptverein wie auch der Übertritt in einen anderen Bezirksverein in der Vereinszeitschrift bei den Mitteilungen zum Mitgliederverzeichnis zu veröffentlichen. Referent: Dr. Wirth. Korreferent: Dir. Fritz Lüty.

Berichterstatter Dr. Wirth: Wir haben den Antrag gestellt, daß bei den Mitteilungen zum Mitgliederverzeichnis auch der Austritt der Mitglieder angezeigt werden soll. Das wird wohl nicht so große Kosten machen, daß daran die Angelegenheit scheitern könnte. Es ist besonders für die Geschäftsführung und die Schriftführer der Bezirksvereine oft sehr störend, daß in den Bezirksvereinen Herren als ordentliche Mitglieder geführt werden, die vielleicht schon vor einem Jahre aus dem Hauptverein ausgetreten sind, oder womöglich gestrichen wurden, weil sie den Beitrag nicht gezahlt hatten. Bisher erhielten die Bezirksvereine gar keine Mitteilung, wenn eines ihrer Mitglieder aus dem Hauptverein austrat, sondern das erfuhr man erst, wenn das neue Mitgliederverzeichnis erschien. Um hierin Wandel zu schaffen, stellen wir den Antrag, daß auch der Austritt der Mit-

glieder in den Nachrichten zum Mitgliederverzeichnis mit aufgeführt wird.

Dir. Fritz Lüty: Darauf habe ich zu erwiedern, daß dieser Antrag von der Geschäftsführung schon im Jahre 1898 gestellt worden ist und daß im Jahre 1898 ein Heft des Jahrganges erschien, in welchem die Rubrik vorhanden war: „Ausgetreten sind“. Damals war Herr Hofrat Dr. Caro Vorsitzender. Auf seine Anregung hat sich der Vorstand mit der Angelegenheit befaßt und nach reiflicher Überlegung beschlossen, daß eine solche Veröffentlichung nicht stattfinden soll.

Ich möchte feststellen, daß die Sache tatsächlich doch nicht so ist, wie der Herr Vorredner sie dargestellt hat. Mancher Bezirksverein hat unter der Tatsache gelitten, einen nicht ganz prompt arbeitenden Schriftführer zu haben und infolgedessen hat der Bezirksverein die betreffenden Mitteilungen oft nicht bekommen, weil der Schriftführer des Bezirksvereins der Geschäftsstelle überhaupt keine Mitteilungen zugehen ließ und selbst auf eingeschriebene Briefe keine Antwort erzielte. Sie werden zugestehen, daß gerade in solchen Fällen selbst ein so geduldiger Geschäftsführer, wie ich es bin, beim besten Willen nichts machen kann. Ich will weiter feststellen, daß etwas derartiges bei den Bezirksvereinen niemals eintritt, die in offizieller Korrespondenz mit dem Hauptverein bleiben. Alle diese Vereine bekommen 1—2 mal im Jahre das Gesamtverzeichnis zugestellt, korrigieren es, setzen die Namen der neu eingetretenen Mitglieder ein, weisen die Austritte nach und geben dann die Sache zurück, und wenn die Herren sich bei ihren Schriftführern erkundigen, werden sie das bestätigt finden. Außerdem gibt es einen Moment, wo die Herren der Bezirksvereine den Geschäftsführer stets zu finden wissen, das ist bei der Abrechnung im November; dann wird festgestellt: Die Mitglieder sind dann und dann übergetreten.

Ich bitte daher die Bezirksvereine, dem Geschäftsführer regelmäßig Mitteilung zu machen, von allen Veränderungen, die bei ihnen vorkommen. Augenblicklich erfahren wir oft erst, wenn wir die Mitglieder direkt zur Zahlung auffordern, daß sie den Austritt den Bezirksvereinen längst mitgeteilt haben. Jetzt ist mir erst ein solcher Fall vorgekommen, daß mir ein Mitglied sagte: Ich gehöre nicht zu Frankfurt, ich gehöre zum Oberrhein, die Leute aus Frankfurt wollen nur meinen Beitrag haben. Hätte ich ihn nun zu Frankfurt gesetzt, so wäre der Teufel los gewesen.

Gegen die Mitteilung des Austritts in der Zeitschrift hat der Vorstand prinzipiell nichts einzuwenden; aber die Übertritte von einem Bezirksverein zum anderen zu veröffentlichen — das wäre eine wesentliche Erschwerung, die in manchen Fällen keine Klarstellung herbeiführen würde —, das können wir nicht zur Einführung empfehlen. Weisen Sie nur Ihre Schriftführer an, daß sie sich allmonatlich mit der Geschäftsführung in Verbindung setzen. Das halte ich für rationeller.

¹⁾ In den 26 Heften des ersten Halbjahrs 1905 haben wir durchschnittl. je 0,32 Seiten Wortzeichen gebracht; im Höchstfall 1,25 Seiten und in sieben Fällen überhaupt keine. Rassow.

Dr. Kast: Der Antrag kommt einem Wunsche des Berliner Bezirksvereins entgegen. Ich will Herrn Lüty zugeben, daß es wohl einmal vorkommen kann, daß ein Schriftführer seine Pflicht nicht erfüllt; aber der Weg, den er vorgeschlagen hat, ist zu umständlich. Ich glaube, es wäre gut, wenn der Geschäftsführer den Bezirksverein mitteilen wollte, wenn ein Mitglied ausgetreten oder übergetreten ist. Es kommt leider oft vor, daß ein Mitglied austritt, ohne es der Mühe wert zu halten, seinen früheren Bezirksverein zu benachrichtigen. Das ist ja nicht schön, aber man kann ein Mitglied nicht dazu zwingen, zumal da es ja verschiedenen Bezirksvereinen zu gleicher Zeit angehören kann. Der Schaden kommt dann erst zum Vorschein, wenn die Rückvergütung ausbezahlt wird. Das Mitgliederverzeichnis ist übrigens nicht so tadellos, daß man sich unbedingt darauf verlassen könnte und schließlich möchte ich anführen, daß, wenn die Bezirksvereine die Veränderungen nicht beizeiten erfahren, und wenn man die einzelnen Bezirksvereine resp. der Geschäftsführer nicht dazu verpflichtet, dem alten Bezirksverein entsprechende Mitteilung zu machen, der Arbeit hinter den Kulissen Tür und Tor geöffnet ist, insofern, als dann ein Bezirksverein dem anderen hinter seinem Rücken die Mitglieder wegnehmen kann. Wenn der Übertritt mitgeteilt werden muß, so würde das nicht so einfach sein.

Ich möchte dann noch bitten, — und ich glaube, das ließe sich leicht bewerkstelligen — und würde den Schriftführern eine große Arbeit ersparen — daß bei Wohnungsänderungen der Buchstabe des betreffenden Bezirksvereins vor den Namen des Mitgliedes gesetzt wird. Jetzt muß der Schriftführer jedesmal erst im Mitgliederverzeichnis nachsehen, ob das Mitglied seinem Bezirksverein angehört oder nicht. Also irgend etwas muß hier geschehen, da man sich auf das Mitgliederverzeichnis nicht unbedingt verlassen kann. Wenigstens sind, was den Berliner Bezirksverein betrifft, verschiedene Fehler darin.

Dir. Fritz Lüty: Bedenken Sie, m. H., daß die Geschäftsführung Sie monatlang in der Zeitschrift auffordert, die Adressen anzugeben, weil das Verzeichnis demnächst erscheinen soll. In der ganzen Zeit seit dem Erscheinen des neuen Verzeichnisses sind nicht 10 Berichtigungen gekommen. Demnach kann die Zahl der Fehler doch nicht allzugroß sein. Sorgen Sie dafür, daß Sie in ihren Bezirksvereinen eine Geschäftsorganisation haben, die wirklich dem Verein Ehre macht. Einzelne Vereine arbeiten schon zurzeit tadellos.

Dr. Kast: Die Mitglieder, die ich im Auge habe, (es betrifft speziell zwei) sind sehr lange Mitglieder des Berliner Bezirksvereins gewesen, der eine fehlt ganz im Verzeichnis, und bei dem anderen ist das „B“ weggelassen.

Dir. Lüty: Ich bitte um Angabe der Namen!

Dr. Kast: Dr. Bein.

Dir. Lüty: Der ist drinn, ich habe den Namen noch heute gelesen.

Dr. Kast: Das ist ein anderer.¹⁾

¹⁾ Herr Dr. Bein, den Herr Dr. Kast hier im Auge hat, hat am 30. Dez. 1904 seinen Austritt aus dem Verein der Geschäftsstelle schriftlich erklärt.

Dr. Wirth: Ich möchte unseren Antrag so formulieren, daß der Austritt der Mitglieder in der Zeitschrift bekannt gemacht würde, daß jedoch der Übertritt von dem Schriftführer des betreffenden Bezirksvereins mitgeteilt wird.

Vorsitzender: Damit ist der Vorstand vollständig einverstanden, wenn Sie den Antrag so formulieren, daß nur die Austritte angezeigt werden sollen. Ich schlage Ihnen vor, m. H., den Antrag anzunehmen.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des abgeänderten Antrages.

14. Dringlichkeitsantrag betr. die vom Verband deutscher Patentanwalte erstrebte Änderung des deutschen Patentgesetzes.

Der Verein deutscher Chemiker hält es für erforderlich gegenüber einer vom Verband deutscher Patentanwalte dem Reichstag eingereichten und dort in der Reichstagsitzung vom 14. März besprochenen Denkschrift, betitelt: Mißstände im Patentwesen, zu erklären, daß der chemischen Industrie derartige Mißstände nicht bekannt sind, daß vielmehr das Patentamt seit der vor etwa zwei Jahren begonnenen Neu-Organisation das ernste Bestreben zeigt, das im Interesse der Erfinder und der Industrie geschaffene Patentgesetz in einer für die Beteiligten erfolgreichen und nützlichen Weise zu handhaben. Wir betonen wiederholt, daß die Grundlagen der deutschen Patentgesetzgebung sich durchaus bewährt haben, und daß die deutsche chemische Industrie insbesondere, unentwegt auf dem Boden des Vorprüfungsverfahrens steht. Wenn die Industrie trotzdem noch einige Reformwünsche hat — es sei dabei an die vor drei Jahren auf unserer Hauptversammlung in Düsseldorf angenommene Resolution über die Zulassung von Abhängigkeitsklärungen und die Schaffung eines Patentgerichtshofs erinnert —, so läßt sich eine solche Reform bei voller Aufrechterhaltung der bewährten Grundlagen des jetzigen deutschen Patentsystems durchführen.

Prof. Dir. Dr. C. Duisberg: M. H., von einer innerpolitischen Frage müssen wir jetzt zu einer äußerpolitischen übergehen. Die Suppe wird kalt, der Fisch wird auch schon in der Butter schwimmen, aber ich muß dennoch zu meinem Bedauern Ihre Zeit noch einen Augenblick in Anspruch nehmen. Es handelt sich um jene Eingabe der deutschen Patentanwälte an den Reichstag. Vom Vorstand des Vereins der deutschen Patentanwälte ist eine Denkschrift ausgearbeitet und im Dezember an alle Reichstagsmitglieder gesandt worden. Darauf hat gelegentlich der Reichstagsverhandlung am 14. März bei Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern der Abgeordnete Dr. Böttiger von der national-liberalen Partei diese Eingabe zum Gegenstand

einer Erörterung gemacht und es hat sich darüber eine lange Debatte entsponnen. Mit der Verlesung dieser Denkschrift will ich Sie nicht belästigen, sie verdient nicht, daß man sie wörtlich zur Verlesung bringt; ich will Ihnen nur mitteilen, wie der nationalliberale Abgeordnete Dr. Paasche die Denkschrift gekennzeichnet hat, er sagte:

„Diese Denkschrift ist eine so scharfe Kritik der Verwaltung des Patentamtes, wie man es bisher von irgend welchen, mit einem großen staatlichen Amt arbeitenden Männern kaum jemals gehört hat. Es ist eine geradezu unerhörte Art und Weise der Kritik an einer Behörde, die seit 15 Jahren und noch länger zur vollen Zufriedenheit der Industrie und des Handelsstandes gearbeitet hat, so schwerwiegende Vorwürfe zu erheben, wie sie auch von den extremsten Gegnern irgend einer staatlichen Einrichtung noch nicht laut geworden sind. Es ist unsere Pflicht, ganz energisch dagegen Widerspruch zu erheben, daß man uns eine solche Kritik unterbreitet und damit den Reichstag eventuell mit ihr identifizieren will.“

Und der Staatssekretär des Innern, Graf von Posadowsky, führte aus:

„Ich muß aber zu meinem Bedauern sagen, daß in den Patentanwaltsstand ein Geist der Unruhe eingezogen ist, ein Maß von Beschwerden aus persönlichen, aus angeblich sachlichen Gründen, daß es dem Verkehr zwischen der Behörde und dem Patentanwaltsstande in keiner Weise nützlich sein kann. Wenn aber dieser Stand eine ähnliche Stellung anstrebt, wie der Rechtsanwaltsstand, dann muß er sich auch sagen, daß er sich in den gleichen Formen bewegen muß der Behörde gegenüber, und daran hat es im wesentlichen gefehlt.“

Was den Gegenstand der Denkschrift anbetrifft, so läuft sie, wenn dies auch nicht offen ausgesprochen wird, darauf hinaus, die Grundlage des Patentgesetzes, die Vorprüfung, zu stürzen. Ich erinnere Sie daran, daß seiner Zeit in Frankfurt auf dem Kongreß für gewerblichen Rechtsschutz von Seiten der Patentanwälte der Antrag gestellt worden war, das Patentamt solle nur auf Neuheit, nicht aber auf Patentfähigkeit prüfen, und daß es uns damals gelungen ist, diesen Antrag zu Fall zu bringen. Es ist daher begreiflich, daß wir berechtigte Sorgen haben, diese Bestrebungen könnten erneut an Boden gewinnen und die Regierung zu der Ansicht geführt werden, die Industrie sei gleicher Meinung wie die Patentanwälte. Da wir nur einmal im Jahre zusammenkommen, es im nächsten Jahre wahrscheinlich zu spät sein wird, haben wir es für richtig gehalten, Sie schon jetzt mit dieser Angelegenheit zu befassen. In Übereinstimmung mit dem Vor-

stande schlage ich Ihnen daher folgende Resolution vor. Dieselbe ist nicht, wie Herr Russig meinte, hier in aller Eile fabriziert worden, so daß unsere Tätigkeit quasi auf eine Resolutionsfabrik hinauslaufen würde, sondern wohl vorbereitet. Dieselbe lautet:

„Der Verein deutscher Chemiker hält es für erforderlich gegenüber einer vom Verband deutscher Patentenwälte dem Reichstag eingerichteten und dort in der Reichstagsitzung vom 14. März besprochenen Denkschrift, betitelt: Mißstände im Patentwesen, zu erklären, daß der chemischen Industrie derartige Mißstände nicht bekannt sind, daß vielmehr das Patentamt seit der vor etwa zwei Jahren begonnenen Neu-Organisation das ernste Bestreben zeigt, das im Interesse der Erfinder und der Industrie geschaffene Patentgesetz in einer für die Beteiligten erfolgreichen und nützlichen Weise zu handhaben. Wir betonen wiederholt, daß die Grundlagen der deutschen Patentgesetzgebung sich durchaus bewährt haben, und daß die deutsche chemische Industrie insbesondere, unentwegt auf dem Boden des Vorprüfungsverfahrens steht. Wenn die Industrie trotzdem noch einige Reformwünsche hat — es sei dabei an die vor drei Jahren auf unserer Hauptversammlung in Düsseldorf angenommene Resolution über die Zulassung von Abhängigkeitserklärungen und die Schaffung eines Patentgerichtshofs erinnert —, so läßt sich eine solche Reform bei voller Aufrechterhaltung der bewährten Grundlagen des jetzigen deutschen Patentsystems durchführen.“

Zur Begründung brauche ich nicht viel zu sagen. Denken Sie nur an die Verhandlungen, die wir seinerzeit in Düsseldorf geführt haben, wo uns das Patentamt das weitestgehende Entgegenkommen gezeigt hat, wo alle unsere Wünsche, soweit es auf Grund des Gesetzes geschehen konnte, erfüllt worden sind. Wir haben wahrhaftig allen Grund, in dieser Sache dem Patentamt beizuspringen und ich bitte Sie, diese Resolution ohne Debatte anzunehmen. (Bravo!)

Vorsitzender: Wenn niemand Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Resolution ohne Debatte angenommen wird. Sollte jemand dagegen sein, so bitte ich ihn, sich zu erheben. — Die Resolution ist einstimmig angenommen.

Damit sind wir am Schluß unserer Tagesordnung angelangt. Ich danke den Herren für ihre große Ausdauer und schließe hiermit die Sitzung. (Schluß 6 Uhr.)

Referate.

I. 2. Pharmazeutische Chemie.

Verfahren zur Reinigung sulfonierter Schwefelverbindungen der Mineralöle. (Nr. 161 663. Kl. 12o. Vom 23./12. 1900 ab. G. Hell & Comp. in Troppau.)

Patentanspruch: Verfahren zur Reinigung sulfonierter, künstlicher wie natürlicher Schwefelverbindun-

gen der Mineralöle nach Entfernung der anorganischen Salze durch Dialyse, dadurch gekennzeichnet, daß die osmosierte Lösung eingedampft, darauf mit Ätheralkohol ausgezogen und die Lösung wiederum eingedampft wird. —

Das Verfahren bezweckt die Entfernung eines die rotbraune Färbung des Endproduktes des